



- 48. Woche der Begegnung
- Auf den Spuren des Paulus (I)
- Was macht den christlichen Soldaten aus?
- Bundeskanzler Erhard und die Bundeswehr
- Einsätze auf dem Balkan – ein Rückblick
- Weihnachten in der Geschichte

EDITORIAL 2

SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN 3

**48. WOCHE DER BEGEGNUNG 2008:
ALS MENSCH, SOLDAT UND CHRIST
IN VERANTWORTUNG! – ALLEIN MIT GOTT?** 4

ZENTRALE VERSAMMLUNG (ZV):
 Vortrag des Wehrbeauftragten
 von Reinhold Robbe 7
 Potsdamer Erklärung der ZV 9

MITTWOCH: BISCHOFSTAG 10

BUNDESKONFERENZ DER GKS:
 „Als Mensch, Soldat und Christ
 in Verantwortung! – Allein mit Gott?“ 11

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

 Von der Tragödie zum „Paradies“ – Eindrücke
 aus Süd-Dafur
 von Klaus Liebetanz 13

 Zur Proliferationsproblematik
 von Werner Bös 17

 Peace Brigades International
 von Klaus Liebetanz 21

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

 Ärzte für die dritte Welt (KNA) 25

 Islamische Präsenz im Internet (KNA) 25

 Uganda nach dem Bürgerkrieg (KNA) 27

 Stabilitätsanker Ehe von Jürgen Liminski 28

 Auf den Spuren des Paulus (I)
 von Paul Schulz 31

 Einsätze auf dem Balkan – ein Rückblick
 von Andreas Rauch 35

BILD DES SOLDATEN

 Was macht den katholischen Soldaten aus
 von Klaus Liebetanz 40

 Kommentar dazu
 von Dr. Klaus Achmann 44

RELIGION UND GESELLSCHAFT

 Kirche im arabischen Raum (PS) 45

 Muslime in der deutschen Gesellschaft
 (KNA) 46

 Vatikanstaat: neuer Kommandant (PS) 46

 Weihnachten in der Geschichte
 von Andreas M. Rauch 48

BLICK IN DIE GESCHICHTE

 90 Jahre Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge
 (BB) 53

 50 Jahre Bundeswehr: Prof. Dr. Ludwig Erhard
 – Der zweite Bundeskanzler und die Bundeswehr
 von Dieter Kilian 54

KIRCHE UNTER SOLDATEN

 Seminar für Funktionsträger der GKS
 von Bertram Bastian 64

Apostolat Militaire International
 von Bertram Bastian 65

Patrozinium in Bonn
 von Reinhold Gradl 66

AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS

GKS-Kreis Köln-Wahn 67

GKS-Kreis Bonn 67

GKS Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler 66

GKS Bereich Süd 69

KURZ BERICHTET 6, 18, 24, 27, 34, 39, 43, 45, 47, 52, 53, 69

BUCHBESPRECHUNG 70

TERMINE 71

IMPRESSUM 72

editorial:

Liebe Leserschaft,



nachdem ich vom Bundesvorstand unserer Gemeinschaft während der Woche der Begegnung als verantwortlicher Redakteur berufen worden bin, liegt nun das erste „Arbeitsergebnis“ vor Ihnen. Gemäß unseren Leitlinien ist der AUFTRAG das verbindende Organ nach innen und außen. Demzufolge finden Sie auch Beiträge von innen und außen in den Heften. Schreiben Sie weiterhin Beiträge aus Ihren Kreisen und Ausschüssen, teilen Sie der Redaktion Ihre Meinung mit, damit die Kommunikation zwischen der Redaktion und der Leserschaft keine Einbahnstrasse wird und unsere Zeitschrift das wichtige Bindeglied unserer Gemeinschaft bleibt, ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Für die Weihnachtszeit und den anstehenden Jahreswechsel wünsche ich Ihnen und Ihren Familien alles Gute, Gottes reichen Segen und Gesundheit

Jh
J. Jenssen

Paul Schulz, der „Navigator“, verlässt die Brücke

Kein Geringerer als Karl Kardinal Lehmann bezeichnete die Journalisten „als Navigatoren im Meer der Unübersichtlichkeit, im Dienst am Menschen und an der Gesellschaft“.

Wenn also Paul Schulz als Verantwortlicher Redakteur unserer Verbandszeitschrift „Auftrag“ das Lotsenamt an Bertram Bastian übergibt (siehe Editorial Heft 271), ist es zweifelsohne angemessen, solch gewichtige Bezüge herzustellen.

Mehr als eine Dekade lang hat Oberstleutnant a.D. Paul Schulz uns geholfen, die Übersicht zu behalten. Zuerst als Redakteur (seit 1994) und dann als Chefredakteur (seit 1996) ist er seiner Berufung, wie er selbst sagt, mit missionarischem Eifer gefolgt und hat sein Lebenswerk in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, deren Bundesvorsitzender er von 1987 bis 1992 war, neben seinem vielfältigen ehrenamtlichen Engagement in verschiedenen kirchlichen Bereichen und Organisationen beständig weiter gebaut.

Der „Auftrag“ ist das Gesicht, der „footprint“, das „label“, wie heutzutage neudeutsch gesagt wird, der GKS in der Öffentlichkeit. Für alle Leser unserer anspruchsvollen Zeitschrift ist der „Auftrag“ mit dem Namen Paul Schulz verbunden. Dass es sich dabei um eine positive Wahrnehmung handelt, ist in erster Linie das Verdienst des Chefredakteurs.

In der GKS wurde immer wieder um das Niveau des Verbandsorgans gerungen. Fragen der Friedensethik und des beruflichen Selbstverständnisses der Soldaten der Deutschen Bundeswehr, der Parlamentsarmee mit dem Alleinstellungsmerkmal „Innere Führung“, lassen sich mit dem Anspruch von Lokalberichterstattung nicht dis-



kutieren. So muss der „Auftrag“ die Gratwanderung immer wieder neu angehen, Forum für die Dokumentation der Aktivitäten des Verbandes auf allen Ebenen und gleichzeitig anspruchsvolles Medium zur Erörterung unserer Ideen und zur Teilhabe am politischen Prozess sein.

Das hohe Ansehen des „Auftrag“ belegt, dass der Redaktion dieser Balanceakt gelungen ist. Die GKS kommt in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit vor und die Mitglieder finden sich in ihrer Verbandszeitschrift wieder. So soll es sein, so soll es bleiben.

An dieser Stelle müssen ein „Vergelt's Gott“ und eine tiefe Verbeugung als Anerkennung für die vielen Jahre der Navigation in turbulenten Zeiten genügen. Es ist Paul Schulz hoch anzurechnen, dass er die Planung seiner Nachfolge von langer Hand tatkräftig unterstützt und ein geordnetes Haus übergeben hat.

Ich fordere die Leserschaft auf, ihre Sicht der „Ära Schulz“ der Redaktion mitzuteilen. Einem Zeitungsmann kann man keine größere Freude machen, als kritisch zu lesen und sich mit Leserbriefen zu Wort zu melden. Der „Alte“ geht nicht endgültig von Bord, sondern macht nur auf der Brücke Platz und wird Mitglied der Redaktion bleiben.

Dem „Neuen“, Oberstleutnant a.D. Bertram Bastian, wünsche ich Gottes Segen für die Arbeit als Verantwortlicher Redakteur des „Auftrag“ und immer eine gute und flüssige Schreibe.

*Paul Brochhagen, Oberstleutnant
Bundesvorsitzender der GKS*



48. Woche der Begegnung:

Als Mensch, Soldat und Christ in Verantwortung – Allein mit Gott?



Zur 48. Woche der Begegnung, dem Treffen der organisierten Laien im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs, trafen sich die Delegierten vom Montag, den 15. September bis Samstag, den 20. September im Tagungshotel Seminaris in Potsdam, der Landeshauptstadt von Brandenburg. Das Generalthema „Als Mensch, Soldat und Christ in Verantwortung – Allein mit Gott?“ wurde von der Zentralen Versammlung – die Umbenennung in Katholikenrat beim Katholischen Militärbischof wurde auf dieser Versammlung angeregt – in Form einer Podiumsdiskussion mit Impulsreferat aufgearbeitet, bevor als weiterer Schwerpunkt die Potsdamer Erklärung verabschiedet wurde.

Am Mittwoch, den 17. September feierte Militärbischof Walter Mixa mit den Delegierten und Gästen ein feierliches Pontifikalamt und lud anschließend zu einem Empfang.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten führte im Rahmen der Woche der Begegnung vom 18. bis 20. September ihre Bundeskonferenz durch und widmete sich dem Thema vertiefend in Arbeitsgruppen.

Zentrale Versammlung:

Für den erkrankten Militärgeneralvikar, Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut, zelebrierte der Wehrbereichsdekan Süd, Msgr. Reinhold Bartmann, den Eröffnungsgottesdienst und sprach nach der Eröffnung der Zentralen Versammlung durch den Vorsitzenden, StFw Ralf Eisenhardt, auch das Grußwort. Dabei ging er in verkürzter Form ebenfalls auf die Lage der Militärseelsorge ein.

Am nächsten Morgen eröffnete der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe, die Podiumsdiskussion zu dem Thema mit einem Impulsvortrag (Siehe Seite 7).



Wehrbeauftragter Reinhold Robbe im Gespräch mit Gästen während der Pause

Auf dem Podium stellten sich CoS SHAPE, General Karl-Heinz Lather, der Leiter des Katholischen Büros in Berlin, Prälat Dr. Karl Jüsten, der Vorsitzende der KAS, MdB Markus Grübel und der Wehrbeauftragte den Fragen des Auditoriums. Der Schwerpunkt lag naturgemäß bei den Aus-

landseinsätzen der Soldatinnen und Soldaten. Hier wurde verdeutlicht, dass nach deutschem Rechtsverständnis selbstverständlich die Staatsgewalt als Garant des Lebens in Fällen ermitteln muss, in denen Personen durch Schusswaffengebrauch zu Schaden kommen. Genauso selbstverständlich sollte es aber auch sein, dass der Dienstherr den betroffenen Soldaten alle erdenkliche Rechtsmittel zukommen lässt, um ihn rechtlich zu vertreten, denn der im Einsatz befindliche Soldat ist ja mandatiert, er wurde vom Parlament beauftragt, dort im Ausland seinen Dienst zu tun. Bis zur endgültigen, rechtlichen Klarstellung, wie der Dienstherr hier seiner Fürsorgepflicht nachkommen wird, gab der Wehrbeauftragte aber auch deutlich zu verstehen, dass er sich hier an der Seite der Soldaten befindet. General Lather erinnerte nochmals an die jeweiligen Rules of Engagement (RoE), die jedem Soldaten in dem betreffenden Einsatzgebiet die Grenzen aber auch die Möglichkeiten seines Handelns aufzeigen würden. Innerhalb dieser Grenzen handelt er auftragsgemäß und bräuchte sich vor keiner Untersuchung zu fürchten.

Wiederholt wurde auch bei dieser Diskussionsrunde deutlich, dass eine breite sicherheitspolitische Diskussion in der Gesellschaft nach wie vor fehlen würde, eine „reisserische“ Berichterstattung über Einzelfälle immer den Gesamteinsatz in Frage stellen würde. Hier könne nur die stete Wiederholung der Argumente und das Drängen auf eine grundsätzliche Diskussion die Gesellschaft näher an die Einsätze bringen.

Die Betreuung im Einsatzland war und bliebe das Hauptanliegen der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS), der Markus Grübel vorsteht und zu der er in



Vorsitzender der Zentralen Versammlung dankt den Teilnehmern an der Podiumsdiskussion, v.l.n.r. StFw R. Eisenhardt, MdB M. Grübel, Wehrbeauftragter R. Robbe, Prälat Dr. K. Jüsten, Gen K.-H. Lather

der Fragerunde Stellung bezog. Dazu gehöre auch die Oasen mit dem Ort der Ruhe und Stille zur Besinnung,

ein Thema, das auch von Prälat Jüsten aufgegriffen wurde, denn gerade ein Mensch und Christ in Verantwortung bräuchte unbedingt die Rückbesinnung auf Gott, um seiner Verantwortung gerecht zu werden. Zum Schluss dankte der Vorsitzende der Zentralen Versammlung den Gästen und überreichte allen ein kleines Präsent zur Erinnerung an die lebhafteste Fragerunde.

Bevor am späten Nachmittag die Sachausschüsse ihre Arbeit vorstellten (siehe auch www.zentraleversammlung.de), wurde die Potsdamer Erklärung diskutiert und finalisiert, bevor sie von der Versammlung angenommen wurde (siehe Seite 9). Die Nachbarschaftshilfe 2007/2008 wurde von StFw Peter Weber vorgestellt und der Beschluss, diese Hilfe für das Loyola-Gymnasium zu verlängern wurde angenommen. Der Auftrag aus der letztjährigen Zentralen Versammlung, die Bezeichnung der Laiengremien im Jurisdiktionsbereich des katholischen Militärbischofs zu überdenken und evtl. den Bezeichnungen der Laienarbeit in Deutschland anzupassen, wurde vorgestellt. Die Versammlung kam überein, dem Bischof vorzuschlagen, die Zentrale Versammlung umzubenennen in „Katholikenrat beim katholischen Militärbischof“ und die Seelsorgebezirksräte sollen wieder „Pfarrgemeinderäte“ genannt werden. Zum Abschluss des Tages trug der Geschäftsführer der KAS, Rainer Krotz, über die Arbeit der Organisation vor.

Der Mittwoch ist traditionell der „Bischofstag“. In Anwesenheit des Katholischen Militärbischofs für die Bundeswehr, Dr. Walter Mixa, trugen die Bereiche vor, was an katholischem Leben sich in den verschiedenen Bereichen im abgelaufenen Jahr ereignete. Aufmerksam verfolgte der Bischof diese Vorträge und schaltete sich in die Aussprache aktiv ein (siehe Bild).

Nach dem Wort des Vertreters des Priesterrates und dem Wort des Bischofs zum Abschluss, schloss der Vorsitzende der Zentralen Versammlung mit den Worten:

Zum Abschluss möchte ich Ihnen, lieber Herr Militärbischof, die Er-

gebnisse der diesjährigen Zentralen Versammlung präsentieren und damit gleichzeitig die Bitte verbinden, unsere Arbeit wieder wohlwollend zu begleiten. Und weil ich nun sage „wieder wohlwollend begleiten“, las-



Bischof Mixa nimmt aktiv Anteil an den Berichten der Moderatoren, v.l.n.r. Bischof Mixa, Oberstlt Richard, Moderator der Arbeitskonferenz beim Leitenden Militärdekan Mainz, Oberstlt Graichen, Moderator der Zentralen Versammlung

sen Sie mich an dieser Stelle, Ihnen meinen aufrichtigen Dank zum Ausdruck bringen. Sie muntern uns immer wieder auf unsere Arbeit in der Kirche mit Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen anzugehen. „Keine stummen Hunde“, das hat sich tief in mein Gedächtnis eingegraben und hilft mir in vielen Situationen doch meine Meinung zu vertreten auch wenn es nur dazu dient, etwas Erlebtes oder Gesagtes nicht unwidersprochen stehen zu lassen. Und ich weiß, es geht vielen hier im Raum so. Sie führen uns immer wieder vor Augen, dass es unsere gemeinsame Aufgabe als Christen ist unsere Kirche und unsere Gesellschaft zu gestalten und führen uns als Hirte in Ihrer Fürsorge in unserer Religiosität. Dafür danke ich Ihnen an dieser Stelle.

Die Zentrale Versammlung hat unter dem Titel: „Als Mensch, Soldat und Christ in Verantwortung – Allein mit Gott?“ insbesondere das Wohl der Soldatinnen und Soldaten und Ihrer Familien genauer untersucht und dazu eine Position eingenommen. Wir appellieren damit an Verantwortliche in der Politik, die Gesellschaft, den Dienstherrn und die Kirche Sorge zu

tragen für die Soldaten und Ihre Familien. Ich möchte Ihnen unsere Erklärung, Herr Militärbischof hiermit offiziell überreichen, damit Sie sehen, wo uns die Sorge drückt und wo wir auch kirchlich Handlungsbedarf se-

hen. Es soll Ihnen aber auch dienen, um die Sorge der Soldaten an vielen Stellen weiterhin zum Ausdruck zu bringen, indem Sie nun sagen können – diese Sorgen haben mir meine Berater, die sich ehrenamtlich in der Militärseelsorge engagieren noch einmal deutlich ans Herz gelegt.

Die Nachbarschaftshilfe soll auch ein weiteres Jahr den Aufbau des Loyola-Gymnasiums im Kosovo unterstützen, Herr Militärbischof. Es ist in einem intensiven Prozess dazu gekommen, dieses Engagement noch ein weiteres Jahr fortzuführen. Wir haben auch in der Vergangenheit schon Projekte über 3 bzw. 4 Jahre geführt. Herr Militärbischof, wir können dankbar sein für die Entwicklung Osteuropas in den vergangenen zwei Dekaden. Das führt aber auch dazu, dass die dringendste Not in vielen Teilen unter sehr starker Hilfe der katholischen Kirche und auch Renovabis abgestellt wurde. Nun gilt es, die begonnene Arbeit zu konsolidieren. Seit Bestehen der Nachbarschaftshilfe konnten wir über 235.000 Euro dazu beisteuern. Dazu kommt das unschätzbare Signal als Soldaten des Friedens Aufbau und nicht Zerstörung zu leisten. Aus

diesem Grunde auch unser diesjähriger Beschluss. Ich bitte Sie, wieder eine Kollekte zu diesem Zweck anzuweisen.

Sie haben es einfach, Herr Militärbischof, sie können sagen, wenn Sie danach gefragt werden: „Ich bin der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr“ und alles ist klar. Wenn ich sage, ich bin der Vorsitzende der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs, dann sehe ich in Ehrfurcht erstarrte und erstaunte Gesichter und zuweilen habe ich den Eindruck auch ein bisschen aufschneiderisch zu wirken. Aus dem Kreise der Delegierten kam der Wunsch auf, die Namen der Gremien des organisierten Laienapostolates an sich selbst erklärende Bezeichnungen anzupassen, wie sie auch in den anderen Bereichen der Kirche in Deutschland verwendet werden. Und die Transformation auch der Dienststellen in der Militärseelsorge bot dazu Anlass. Deshalb bitten wir Sie, Herr Militärbischof, den Gremien durch Verordnung künftig die Namen: Pfarrgemeinderat, Dekanatskonferenz und Katholikenrat zu geben. Das KMBA hat die Rechtslage dazu geprüft, wir haben darüber abgestimmt und richten deshalb nun diese Bitte an Sie.

Wir verfolgen mit großer Sorge die Geschehnisse in Afghanistan. Am Rande dieser Zentralen Versammlung habe ich das immer wieder gehört. Es ist kaum fassbar, dass in einem Land, in dem wir zur Hilfe eingesetzt sind, bzw. zur internationalen Konfliktverhütung, einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus, unsere Soldaten einen derart gefährlichen Dienst leisten müssen. Was aber ganz besonders bewegt, ist dann die Form der Berichterstattung der Medien, die ich zum Teil für unverantwortlich halte und die ich auf das schärfste kritisiere. Wenn in den Zeitungen Artikel überschrieben sind: „Soldaten töten Frau und Kinder“, der Sachverhalt von hinten aufgegriffen wird, indem zunächst berichtet wird, dass Soldaten auf ein Auto geschossen haben sollen, dann noch mit einer Aussage, dass der afgha-

nische Polizeipräsident aussagt, das Auto habe sich von den Soldaten weg bewegt und dann, ganz zum Schluss, erst der Hinweis auf den Checkpointeinsatz fällt und die vor- und mehrmaligen Warnungen, welche das Auto stoppen sollten, halte ich das für eine äußerst unfaire Berichtserstattung. Der Dienst, den unsere Soldaten leisten, ist aller Ehre wert und verdient zunächst Respekt, natürlich darf und muss er im nächsten Schritt auch hinterfragt werden können. Ich danke der GKS, die sich in den berufsethischen Fragen, gerade auch zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr immer wieder positioniert.

Die evangelische Militärseelsorge hat im April des Jahres verlautbaren lassen, dass sie mit den Stellenreduzierungen an die Grenzen der Möglichkeit herantreibt, den staatlichen Auftrag der Militärseelsorge zu erfüllen. Das habe ich für sehr mutig gehalten. Wenn ich es auf die Situation in der katholischen Militärseelsorge reflektiere, sehe ich das ebenso. Die Arbeit der Militärseelsorgerinnen und Militärseelsorger verteilt sich, gemessen an den Aufgaben, auf wenige Schultern. Was sie leisten ist wirklich enorm. Ich bin schon der Meinung, dass wir als Soldatinnen und Soldaten, als Bedarfsträger an dieser Seelsorge, diesen Sachverhalt deutlicher und kritischer begleiten könnten. Ich bitte Sie, lieber Herr Militärdekan Ottersbach, an die Militärseelsorge-

rinnen und Militärseelsorger unseren Dank für ihre Arbeit ausdrücklich mitzunehmen.

Die Arbeit des Zentralinstitutes für Ehe und Familie in der Gesellschaft der katholischen Universität Eichstätt ist für die Militärseelsorge von unschätzbarem Wert. Nun sollen Seelsorgekonzepte entwickelt werden, welche im Hinblick auf die Auswirkungen von Auslandseinsätzen Soldaten, deren Partnern und Familien helfen können. Die Frage nach Ängsten und deren Ursachen, die Möglichkeit der vorbeugenden Arbeit und die Vorbereitung darauf belastende Lebensumstände zu meistern und die Fähigkeit der Bewältigung zu entwickeln, wird in einem Projekt untersucht. Herr Militärbischof, Sie lassen genau an den Punkten arbeiten, wo sich bislang kaum jemand herangewagt hat. Dafür danken wir Ihnen.

Noch ein kurzer Ausblick zum Schluss. Im nächsten Jahr wird die Zentrale Versammlung in Hamburg tagen. Wir sind also wieder räumlich in der Diaspora zu Gast. Wir wollen uns im Hinblick auf den 2. ökumenischen Katholikentag mit der Ökumene in der Militärseelsorge beschäftigen. Ich bitte Sie alle, kräftig daran mitzuwirken und wenn Sie Interesse an dieser Arbeit haben, es mir dringend zu sagen, wir brauchen noch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. □

Weihnachtsmarken erhältlich

Die beiden Wertzeichen erschienen als Gemeinschaftsmarke mit dem Vatikan, wie das Bundesfinanzministerium in Berlin mitteilte. Insgesamt gab das Ministerium am 13.11.08 fünf neue Briefmarken heraus, davon zwei Weihnachtsmarken.

Die traditionellen Weihnachtsmarken zeigen den Angaben zufolge Darstellungen der Geburt Christi von Albrecht Dürer und von Raffaello. Auf der Marke im Wert von 45 Cent ist Dürers um 1500 entstandene „Geburt Christi“ aus der Alten Pinakothek in München zu sehen, auf der Marke zu 55 Cent Raffaellos „Anbetung der Magier“ von 1517-1519; das Bild gehört zur künstlerischen Ausgestaltung des Apostolischen Palasts im Vatikan. Beide Wertzeichen werden mit Zuschlägen von 20 beziehungsweise 25 Cent zugunsten der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege herausgegeben.

(BB nach KNA)

Impulsvortrag des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages

„Als Mensch, Soldat und Christ in Verantwortung! – Allein mit Gott?“

Die engagierte inhaltliche Begleitung unserer Bundeswehr durch die Christen in unserem Land ist wichtiger und notwendiger denn je. Die heutige Lebenssituation unserer Soldaten wird durch Auslandseinsätze und die Transformation geprägt.

Die früher ausschließlich auf die Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtete Bundeswehr existiert bekanntlich nicht mehr. Im Vordergrund stehen neue Bedrohungsszenarien.

So beteiligt sich Deutschland derzeit mit rund 6.100 Soldaten an einer Reihe von Einsätzen im Ausland. Diese Anzahl beeindruckt zunächst einmal an sich. Doch was verbirgt sich Konkretes dahinter?

Leider auch sehr viel Negatives. Unsere Soldaten, die stellvertretend für Deutschland ihren Dienst leisten, sehen sich vor Ort immer größeren Gefahren ausgesetzt. Man müsste meinen, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass der gefährliche und entbehrungsreiche Einsatz der Soldatinnen und Soldaten in der Heimat entsprechend gewürdigt würde. Dem ist leider nicht so wie wir alle wissen. Im Gegenteil, die Soldaten verbinden mit Auslandseinsätzen und Transformation vor allem:

- immer mehr Aufträge bei immer weniger Personal,
- unzureichende Ausbildung und Ausrüstung,
- schlechte Unterbringung,
- fehlende Vereinbarkeit von Dienst und Familie,
- finanzielle Einbußen und
- die zunehmende Sorge um die eigene Zukunft.

Es verwundert angesichts dessen nicht, dass das Vertrauen der Soldatinnen und Soldaten in die militärische und politische Führung der Streitkräfte gelitten hat. Dies belegt nicht zuletzt auch die große Studie des Deutschen Bundeswehrverbandes zur Berufszufriedenheit der Sol-

daten. Es besagt viel, wenn Berufssoldaten ihren Kindern von einer Tätigkeit in der Bundeswehr abraten. Lassen Sie mich im Folgenden einzelne, unsere Soldaten wesentlich belastende Missstände beispielhaft hervorheben:

Schutz und Sicherheit der Soldatinnen und Soldaten verdienen im Einsatz höchste Priorität. Gleichwohl kommt es vor, dass im Ausland, insbesondere in Afghanistan geschützte Fahrzeuge fehlen oder Ausbildung und Inübhaltung für Material teilweise erst vor Ort in den Einsatzgebieten möglich sind.

In bestimmten Verwendungsebenen der Bundeswehr ist ein beständiger Mangel zu beklagen. Für Heeresflieger, Feldjäger sowie Ärzte und Sanitätspersonal bedeutet dies eine chronische überproportionale Einsatzbelastung.

Im Inland haben Soldaten aufgrund von unzumutbaren Infrastrukturdefiziten teilweise eine Acht-Mann-Stubenbelegung, verkalkte Duschköpfe, undichte Fenster, fehlende Türschlösser oder Schimmelbildung hinzunehmen.

Die truppenärztliche Versorgung krankt im wahrsten Sinne des Wortes an einsatzbedingten Personalengpässen. Erfahrene Truppenärzte müssen zur Aufrechterhaltung der truppenärztlichen Versorgung durch zivile Vertragsärzte, denen oftmals entsprechende Erfahrungen fehlen, ersetzt werden.

Die Umstrukturierung des Sanitätsdienstes auf einsatzorientierte Notwendigkeiten führt zu größeren Transportwegen zum nächsten Bundeswehrkrankenhaus bzw. Fachsanitätszentrum mit entsprechend längeren dienstlichen Ausfallzeiten.

Immer mehr Soldaten sehen sich auf aufgrund der schulischen Situation ihrer Kinder oder der Berufstätigkeit des Partners gezwungen, zum Dienstort zeit- und kostenaufwändig zu pendeln.

Welche Konsequenzen haben Transformation und vor allem die Auslandseinsätze nun für die Familienangehörigen der Soldaten?

Die an mich als Wehrbeauftragter dazu gerichteten Eingaben sind eindeutig. Sie hängen zusammen mit der mehrmonatigen Abwesenheit des Vaters oder Mutter und mit Belastungen heimkehrender Soldaten, die in zunehmendem Maße ärztlicher, psychiatrischer Behandlung bedürfen. Hinzu kommen die bekannten, zusätzlich belastenden Rahmenbedingungen für die Familienangehörigen, wie fehlende Kindergartenplätze, zu starre, den Dienst der Soldatenfamilien außer Acht lassende Öffnungszeiten von Kindergärten oder Halbtagschulen, Verwendungen fernab von einem helfenden familiären Umfeld, wie etwa den Großeltern.

Die Beispiele zeigen eindrücklich, dass die „Rahmenbedingungen“ unserer Soldaten nicht einfach nur ein Ärgernis sind. Wohlverstandene Fürsorge sieht anders aus.

Die Vollständigkeit gebietet es, aber auch auf das hinzuweisen, was die Vereinbarkeit von Dienst und Familie fortan besser ermöglichen soll.

Die Politik, also Bundesregierung und Parlament versuchen, nicht zuletzt auf Grund von Hinweisen des Wehrbeauftragten, auf einige der genannten Probleme zu reagieren.

So soll beispielsweise die von mir kritisierte, zum Teil katastrophale Unterbringung der Soldatinnen und Soldaten in Kasernen der alten Bundesländer durch vorgezogenen Mitteleinsatz des Bundesministeriums der Verteidigung angegangen werden. Ein erster - wenn auch bescheidener - Etappenerfolg ist hier inzwischen zu verzeichnen. Im Mai 2007 hat der Generalinspekteur die Teilkonzeption „Vereinbarkeit von Familie und Dienst in den Streitkräften“ erlassen. Ein wichtiger Aspekt dieser Konzeption ist die Kinderbetreuung. Der

Betreuungsbedarf wird gegenwärtig ermittelt.

Die weitere Entwicklung, insbesondere die Reaktionen des Ministeriums werde ich im Blick behalten. Schon jetzt kann ich aber feststellen, dass es eine Verbesserung in diesem Bereich nicht zum Nulltarif geben wird.

Erkannt wurde auch der Handlungsbedarf für die Kinderbetreuung in Notsituationen durch die Einrichtung von Eltern-Kind-Arbeitszimmer in Einheiten der Bundeswehr, wo dies möglich ist. Soldaten haben ferner die Möglichkeit zur Teilzeit und, allerdings noch unzureichend, zur Telearbeit. Personalamt und Stammdienststelle der Bundeswehr sind bestrebt, Soldatinnen und Soldaten heimatnah einzusetzen.

Mit verbesserter Kaserneninfrastruktur, Teilzeit oder Telearbeit allein ist es jedoch nicht getan. Wenn der Soldatenberuf eine attraktive Berufsalternative für junge Menschen sein soll, müssen mehr Anreize und vor allem bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Der Bundeswehr mangelt es aber nicht nur an Haushaltsmitteln, sondern sie ist, und das ist aus meiner Sicht entscheidender, mit fehlender gesellschaftlicher Anerkennung konfrontiert.

Der Stellenwert der Bundeswehr, ihr Ansehen in der Gesellschaft ist hoch. Dabei wird aber differenziert. „Blauhelm“-Einsätze oder Beiträge zum Aufbau und zur Entwicklung gesellschaftlicher Strukturen (Stichwort „Entwicklungshelfer, Brunnenbauer“) genießen breite gesellschaftliche Akzeptanz. Ganz anders aber verhält es sich für den politisch immer wesentlicher werdenden Afghanistaneinsatz. Auf die Bekämpfung des Terrorismus „vor Ort“ ist zwar die Bundeswehr aufgrund der Transformation eingestellt, große Teile unserer Gesellschaft aber nicht.

Notwendig erscheint mir in diesem bedeutsamen Zusammenhang, dass die politisch Verantwortlichen den Soldaten und der Bevölkerung offen und ehrlich gegenüber treten und ihnen unabhängig von anstehenden Wahlterminen die Gefährdungen des Terrorismus für die Staatengemeinschaft und das deutsche Gemeinwe-

sen, die entsprechende Konzeption der Auslandseinsätze, die (deutschen) politischen Handlungsspielräume ungeschminkt aufzuzeigen. Hier ist die Politik gefragt. Hier sind wir aber auch alle gefragt. Auch unsere Kirchen übrigens.

In diesem Zusammenhang ist an die große Verantwortung des Deutschen Bundestages zu erinnern, der mit seinem konstitutiven Beschluss zur Entsendung bewaffneter Streitkräfte erst die notwendige Grundlage für einen Einsatz schafft.

Er verantwortet die höchst gefährlichen Einsätze unserer Soldatinnen und Soldaten mit dem Risiko von Verwundung und Tod und nach Lage der Dinge auch der Notwendigkeit des Tötens.

Gefragt ist aber auch die Bundeswehr selbst. Ihr fehlt noch weiterhin ein Selbstbild, ein Selbstverständnis, das der Einsatzarmee Bundeswehr, das heißt ihrem jetzigen Aufgabenspektrum entspricht.

Die Entwicklung eines neuen Selbstverständnisses kann die Bundeswehr aber nicht allein leisten, ebenso wenig wie es der Verteidigungsminister einfach zu verfügen vermag. Identitätsstiftendes müssen Politik und Gesellschaft und damit auch die Kirchen mitentwickeln. Die Kirchen sind aufgrund ihrer seit nunmehr 50 Jahren wirkenden Militärseelsorge ein unverzichtbarer Partner. Aufgrund der Auslandseinsätze hat sich auch das Tätigkeitsfeld der Militärseelsorge wesentlich erweitert. Militärpfarrer begleiten unsere Soldaten in alle Einsatzgebiete und stehen ihnen als Seelsorger und Ansprechpartner zur Verfügung. Sie kennen die Sorgen, Nöte und Ängste der Soldatinnen und Soldaten sehr genau und helfen permanent dabei, auftretende Probleme zu lösen. Der Dienst der Militärpfarrer im Zusammenwirken mit Militärpsychologen geht dabei weit über die seelsorgerische Tätigkeit hinaus.

Den Familienangehörigen in der Heimat sind die Angehörigen der Militärseelsorge ein kompetenter und wertvoller Ansprechpartner. Wie bedeutsam der Beitrag der Kirchen ist, zeigten auch die Vorgänge hinsichtlich des Posierens mit menschlichen

Gebeinen in Afghanistan als Beispiel eines eklatanten Werteverlustes. Vorgänge ähnlichen Charakters begegnen mir als Wehrbeauftragter immer wieder auch im Umgang zwischen Bundeswehrangehörigen.

Sie sind Ausdruck dessen, dass viele junge Menschen, die als Grundwehrdienstleistende, Unteroffizier- und Offizieranwärter zur Bundeswehr kommen, oftmals erst mit Wertmaßstäben vertraut gemacht werden müssen, die ihnen aus Schule und Elternhaus nicht mehr geläufig sind.

Das ist keine leichte Aufgabe. Eine Aufgabe, die manche Vorgesetzte auch überfordert. Letztlich hat hier auch Innere Führung versagt. Umso mehr bin ich den Kirchen dankbar dafür, dass sie sich bereit erklärt haben, bei der Vermittlung dieser Werte im Rahmen des lebenskundlichen Unterrichts ganz wesentlich mitzuwirken.

Und ganz besonders dankbar bin ich auch allen Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr, die ich beispielsweise auf dem Deutschen Katholikentag oder auf dem Evangelischen Kirchentag oder beim Friedensgebet in Köln und heute hier treffe. Und damit meine ich alle Soldaten, die sich als Christen bekennen. Alle Soldaten, die im täglichen Leben, im täglichen Dienstbetrieb dafür sorgen, dass der Mensch in unserer Bundeswehr im Mittelpunkt steht. Ein Satz, der oftmals mal eben so dahin gesprochen wird. Leider hin und wieder zu leichtfertig dahin gesprochen wird. Denn wenn alle in unserer großen Bundeswehr etwas mehr auf den Nächsten blicken würden, etwas bewusster darauf achten würden, dass der Kamerad oder die Kameradin dankbar ist für jede kleine Freundlichkeit, für jedes gute Wort und nicht selten auch für jedes kleine Lob, dann würde vieles sehr viel einfacher sein. □

Die nachstehend abgedruckte Potsdamer Erklärung der Zentralen Versammlung ist als Faltblatt erschienen und bis zu den Katholischen Militärpfarrämtern verteilt worden. Dort können Interessierte sich das Faltblatt abholen.

Potsdamer Erklärung der Zentralen Versammlung

Sorge tragen für die Soldaten und ihre Familien

Der Dienst in der Bundeswehr heute

Die Bundeswehr als Beitrag für die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten befindet sich in einem tief greifenden Wandlungsprozess. Auftrag und Aufgaben haben sich fundamental verändert. Der Dienst in den Streitkräften erfordert, dass Soldaten sich für unsere Werteordnung sittlich in die Pflicht nehmen lassen, aktiv für diese eintreten und in letzter Konsequenz unter Einsatz des eigenen Lebens ihren Auftrag erfüllen. Dazu ist ein stabiles ethisches Fundament für Soldaten unerlässlich. Dieses gründet als Christ im Glauben und als Mensch in der Familie und Gesellschaft. Das Anliegen der Zentralen Versammlung ist es, die besondere Situation der Soldaten der Bundeswehr als Mensch, Staatsbürger und Christ bei allen Entscheidungen und Handlungen durch eine ganzheitliche Betrachtung zu würdigen. Sie will mit dieser Erklärung aufzeigen, in welchem Spannungsfeld soldatischer Dienst stattfindet und wo Handlungsbedarf besteht. Damit zeigt die Zentrale Versammlung ihre Verantwortung für die Soldaten und ihre Familien auf.

Sorge tragen für den Menschen

Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland fehlt, zumindest in Teilen, eine umfassende ethische und politische Bildung, welche es Ihnen ermöglicht, die im Grundgesetz verankerten Werte bewusst und überzeugt zu schützen. In der Bundeswehr spiegelt sich insofern die Gesellschaft wider.

Wir erinnern: Die Grundlagen für die Werte und Regeln des Zusammenlebens sind aus der Verantwortung vor Gott und den Menschen im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland definiert. Deren Vermittlung muss in den Lernorten des Lebens geschehen. Dabei muss deutlich sein, dass die staatliche Rechtsordnung nicht zu einer Wertorientierung des Einzelnen führt und dieses auch nicht beabsichtigt. Dieses Wis-

sen ist für den soldatischen Dienst unerlässlich.

Sorge tragen für die Familien

Der Beruf des Soldaten belastet das Familienleben mehr als viele andere Berufsbilder. Stichworte sind: familienferne Standorte und Wochenendpendeln, Gefährdung der Gesundheit und des eigenen Lebens bei Auslandseinsätzen, Ehescheidungen und Familientraumata, Unvereinbarkeit gemeinsamer beruflicher Interessen, Kinder fern von generationsübergreifenden Familienstrukturen, schulische Nachteile (Fächerkanon, Schulsystemwechsel, etc...), Sozialisationsbrüche und vieles mehr. Soldaten und ihre Angehörigen in Auslandsstandorten sind darüber hinaus anderen außergewöhnlichen Belastungssituationen ausgesetzt.

Wir erinnern: Soldatenfamilien haben einen besonderen Anspruch auf Fürsorge seitens der Politik und des Dienstherrn. Ein stabiles familiäres Umfeld für die Soldaten verlangt die Umsetzung grundsätzlicher, meist politisch motivierter und durchaus gut gemeinter Weisungen in konkrete, fassbare Maßnahmen. Die Vereinbarkeit von Familie und Dienst erfordert vor allem auch finanzielle Aufwendungen und belastbare Regelungen durch den Dienstherrn.

Mit Eintritt in die Streitkräfte können soziale Kompetenz und ethische Werte nicht einfach per Vorschrift befohlen oder durch ständiges Beschwören herbeigeredet werden. Sie müssen durch die Soldaten der Bundeswehr im täglichen Dienst identifiziert, erlebt und positiv erfahren werden. Durch ihre Vorgesetzten müssen sie konsequent vorgelebt werden.

Wir erinnern: Der lebenskundliche Unterricht hat die Aufgabe, dem Soldaten grundlegende Hilfe im täglichen Leben zu geben und damit einen Beitrag zur Förderung der sittlichen, geistigen und seelischen Entwicklung zu leisten, die mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten

bestimmen. Versäumnisse sind nicht zu akzeptieren.

Sorge tragen für die freie Religionsausübung

Die Bedeutung der Militärseelsorge in der Bundeswehr ist für Soldaten, welche nicht in kirchennahen Milieus aufgewachsen sind, schwer zu erfassen. Vorgesetzte müssen in der Militärseelsorge eine wertvolle Unterstützung sehen und das Recht ihrer anvertrauten Soldaten auf freie Religionsausübung sowie das ehrenamtliche Engagement in der Militärseelsorge ermöglichen und fördern.

Wir erinnern: Der Soldat hat das Recht auf freie Religionsausübung in den Streitkräften. Die Weisung des Generalinspektors zur Zusammenarbeit mit den Angehörigen der Militärseelsorge ist in der Truppe bei vielen Vorgesetzten, Offizieren wie Unteroffizieren, kaum bekannt. In der Unteroffizier- und Feldwebelausbildung wird sie nicht behandelt. Die Militärseelsorge ist Ansprechpartner für alle Soldaten, unabhängig ihrer religiösen Überzeugungen.

Sorge tragen für die besonderen Risiken des Dienstes

Geiselnahme, Verwundung und Tod sind besondere Risiken in Auslandseinsätzen im erweiterten Aufgabenspektrum. Soldaten haben den Eindruck, dass bei Eintritt solcher Ereignisse zunächst die politisch korrekte und verwaltungstechnische Abhandlung im Vordergrund steht. Die Zentrale Versammlung vertritt die Auffassung, dass der notwendigen, nachhaltigen Fürsorge der Soldaten und ihrer Familien nicht ausreichend Rechnung getragen wird. Besonders die Versorgung und Betreuung der Hinterbliebenen wird als nicht ausreichend betrachtet, wenn der Soldat sein Leben einsetzen muss.

Wir erinnern: Soldaten treibt die Sorge um die materielle Familienabsicherung besonders um. Hier besteht eine gegenseitige Treueverpflichtung zwischen dem Soldaten und dem Staat.

Dass der tote Kamerad nicht vergessen wird, dem verwundeten Soldaten besondere Aufmerksamkeit gelten muss, und deren Angehörige eine nachhaltige Betreuung und Fürsorge erfahren, muss ein ernsthaftes Anliegen des Dienstherrn sein.

Appell

Die Zentrale Versammlung richtet mit dieser Erklärung einen Appell an die Politiker des Deutschen Bun-

destages, die über die Einsätze der Bundeswehr entscheiden. Sie müssen deutlicher erklären, warum konkrete Einsätze verlangt werden. Diese Verpflichtung ist gegenüber der Gesellschaft allgemein, und den Soldaten insbesondere, zu erfüllen. Der Appell richtet sich an den Dienstherrn, dem die Fürsorgepflicht für den Soldaten und seine Angehörigen in der konkreten Umsetzung obliegt. Er richtet sich auch an die Gesellschaft,

welche durch mehr als nur freundliches Desinteresse den Dienst des Soldaten begleiten sollte. Des Weiteren an die Kirche, die durch Aufzeigen ethischer Kriterien für Einsätze und deren Bewertung dem Soldaten Entscheidungshilfe geben muss, inwiefern sein Handeln richtig und moralisch ist. Darüber hinaus wird erst durch die genügende Gestellung von Seelsorgern eine funktionsfähige Militärseelsorge ermöglicht. □

Mittwoch: Bischofstag

Nachdem Militärbischof Dr. Walter Mixa tagsüber aus den Berichten der Moderatoren der Arbeitskonferenzen entnehmen konnte, wie es mit der Laienarbeit in seinem Jurisdiktionsbereich bestellt ist, wurde abends traditionell mit den Delegierten der Zentralen Versammlung und deren Gästen, sowie mit den angereisten Delegierten zur Bundeskonferenz der GKS ein Pontifikalamt zelebriert und anschließend bat der Militärbischof zum Empfang, bei dem er Gen Karl-Heinz Lather den Orden „Ritter des heiligen Papstes Silvester“ überreichen konnte.



Feierliches Pontifikalamt von Militärbischof Walter Mixa, als Konzelebrant der Berliner Erzbischof Georg Kardinal Sterzinsky und der Leitende Wehrbereichsdekan Erfurt, Msgr. Hartmut Gremler (von rechts) (die anderen Konzelebranten sind nicht auf dem Bild)

Umrahmt vom Bundesvorsitzenden der GKS, Oberstlt Paul Brochhagen (links) und dem Vorsitzenden der ZV, StFw Ralf Eisenhardt (rechts) warten der Innenminister und stellvertretende Ministerpräsident des Landes Brandenburg Jörg Schönbohm, Ministerialdirigent Dr. Ulrich Schlie (Planungsstab BMVg) und der Inspekteur Heer, GenLt Hans-Otto Budde, der die Grüße des Ministers überbrachte, auf den Beginn des feierlichen Empfangs.





der evangelische Militärgeneralkaplan Dr. Peter Brandt bei seinem Grußwort



Es freuen sich über die Auszeichnung sowohl der Bischof als auch der „Ausgezeichnete“



Der Präsident der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands, Franz-Josef Schwack war ebenfalls unter den Gästen und nahm an der Bundeskonferenz teil.

48. Woche der Begegnung:

Als Mensch, Soldat und Christ in Verantwortung – allein mit Gott?

Die Bundeskonferenz der GKS beschäftigte sich in Arbeitsgruppen mit dem zentralen Thema dieser 48. Woche der Begegnung. Vorbereitet vom Sachausschuss „Innere Führung“ unter Leitung von Oberstlt Gerhard Stolz, trug der verantwortliche Referent im Fü S I 4 für die ZDv 10/1 vor, Oberstlt i.G. Reinhold Janke, bevor drei Arbeitsgruppen sich den Unterthemen Mensch – Soldat – Christ annahmen.

Bundeskonferenz der GKS

Das zentrale Thema dieser Woche der Begegnung „lag im Ziel“, das wurde im Rückblick auf die Predigt des Militärbischofs und auf die Grußworte der Gäste am Abend vorher mehr als deutlich. Bischof Mixa

sagte in seiner Predigt in der alten Garnisonskirche Peter und Paul, dass in der Bibel keine Stelle gegen Soldaten zu finden sei. Der heutige Soldat, der gemäß Grundgesetz in einer Verantwortung vor Gott und den Menschen seinen Dienst erfülle, erwarte

mit Recht, da er vom Parlament geschickt wurde, dass er nicht allein gelassen werde, weder von Vorgesetzten, noch von Politikern. In seiner Begrüßung der Gäste stellte der Militärbischof nochmals klar, dass gerade jetzt, wo Tod und Verwundung den Soldaten

im Einsatz mehr denn je bedrohen, die Gesellschaft sich nicht aus der Verantwortung stehlen dürfe, dass dies als „Berufsrisiko“ abgegolten werde und mit der Zahlung von Zulagen erledigt sei. Deshalb sei es erfreulich, dass die ZV sich dieser Problematik angenommen hätte und dazu die Potsdamer Erklärung (siehe Seite 9) verabschiedet habe.

ZDv 10/1, in der die Einsatzsituation besonders gewürdigt wird.

Die Arbeit der drei Arbeitsgruppen wurde unterstützt durch die Dipl. Sozial-Pädagogin Christiane Denfeld-Busche, welche die Opfer des Attentats in Kabul auf den Bundeswehr-Bus psychologisch betreute, und dem Oberleutnant Friedhelm Brandau, der sich in diesem Bus befand, als das At-

verabschiedet. Oberstlt Paul Brochhagen würdigte seinen selbstlosen Einsatz gerade während der Umzugsphase der Bundesgeschäftsstelle nach Berlin und überreichte ihm neben einer Dankurkunde auch ein kleines Präsent. Stabsfeldwebel Ralf Siegmann, stellvertretender Vorsitzender der GES, bedankte sich beim Bundesvorsitzenden der GKS mit einem kleinen Gebetsbüchlein für die Einladung und die kameradschaftliche Betreuung während dieser Woche.

Am Samstag, dem 20.09.08, wurde nach dem Morgenlob und dem Reisesegen noch der Haushalt der GKS vom Bundesvorsitzenden vorgestellt. Ein „Dankeschön“ des litauischen Gastes, Herrn Hptm Vytautas Daunaravicius machte den Teilnehmern nochmals die internationale Verbindung und Bedeutung der GKS deutlich, die von vielen Nationen als Muster und Beispiel für die Integration der Religionsausübung in den militärischen Alltag angesehen wird.



(v.l.n.r.): OTL i.G. Reinhold Janke, OTL Gerhard Stolz, Bundesvorsitzender GKS OTL Paul Brochhagen, Dipl. Soz-Päd Christiane Denfeld-Busche, OL Friedhelm Brandau bei der Diskussion der Arbeitsergebnisse

Nach der Eröffnung der Bundeskonferenz und den Grußworten der Gäste, beschäftigte sich die Bundeskonferenz im Bildungsteil vertiefend mit dem Thema. Zur Einstimmung hielt der verantwortliche Referent des Fü S I 4, der gleichzeitig der Beauftragte des Ministers für Drogen- und Suchtprävention ist, einen Vortrag über Schwerpunkte der neuen

tentat geschah. Beide brachten ihre persönlichen Erfahrungen direkt in die Arbeitsgruppen ein. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden im Plenum diskutiert und das Gesamtergebnis wird im Sachausschuss aufgearbeitet werden. Über die Ergebnisse wird berichtet werden.

Bevor man das Thema abschloss, um nach dem Kulturprogramm den Gästeabend feierlich zu begehen, vertiefte ein Vortrag von Militärdekan a.D. Heinz Peter Miebach die Gesamthematik. Im Gebets- und Gottesdienstraum, der im Tagungshotel eingerichtet wurde, schlug er einen Bogen von der Erschaffung der Erde und der Menschen, über den Kreuzestod Jesus Christus bis hin in die heutige Zeit. Er machte auch an seinem persönlichen Beispiel deutlich, dass der Mensch auf seinem Weg immer mit Gott unterwegs ist, auch wenn man es manchmal nicht merken würde oder nicht merken wolle.



Militärdekan a.D. Heinz Peter Miebach während seiner Reflektion im Andachtsraum

Während des Gästeabends wurde der ehemalige Bundesgeschäftsführer, Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann vom Bundesvorsitzenden



Der Bundesvorsitzende OTL Paul Brochhagen überreicht Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann die Dankurkunde



Gäste der Bundeskonferenz waren unter anderen der stellvertretende Vorsitzende der Gemeinschaft Evangelischer Soldatinnen und Soldaten (GES) StFw Ralf Siegmann und der litauische Hauptmann Vytautas Daunaravicius

Von der Tragödie zum „Paradies“ – Eindrücke einer Reise nach Süd-Darfur

VON MAJ A.D KLAUS LIEBETANZ

Anlässlich einer Ergebnisprüfung bei deutschen humanitäre Hilfsprojekten in Süd-Darfur hat das Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ und Fachberater für Katastrophenmanagement, Major a.D. Klaus Liebetanz, im Mai 2008 folgende Eindrücke gesammelt und aus seiner Sicht und Erfahrung bewertet. Er will damit einen Hintergrundbeitrag für katholische Soldaten zu einer christlich inspirierten Sicherheitspolitik geben.

Verbrannte Dörfer

Beim Einchecken auf dem internationalen Flughafen von Khartum nach Nyala, der Provinzhauptstadt von Süd-Darfur, werden die Batterien der Digitalkamera des deutschen Ergebnisprüfers höflich aber bestimmt konfisziert. Auf den Einwand, wie er ohne eine funktionierende Kamera den deutschen Behörden dokumentieren soll, dass die deutschen Mittel für humanitäre Hilfe sinnvoll in Süd-Darfur ausgegeben worden seien, werden schließlich die Batterien im Cockpit des Flugzeuges bis zur Ankunft in Nyala aufbewahrt. Während des Fluges lüftet sich das Geheimnis des Fotografierverbots: In der fast wüstenähnlichen Landschaft von Darfur sind aus dem Flugzeugfenster bis kurz vor Nyala die bis auf die Grundmauern niedergebrannten ehemaligen Dörfer deutlich zu erkennen.

Die Tragödie von Darfur

In der Zeit von 2003 bis 2005 haben die von der sudanesischen Zentralregierung ausgerüsteten Janjaweed-Milizen zahlreiche Dörfer überfallen und die Bevölkerung ermordet oder vertrieben. Aus zentral-sudanesischer Sicht sollte durch die Zerstörung der Ortschaften und durch die Vertreibung der Bevölkerung den Rebellenbewegungen „Sudan Liberation Movement“ (SLM) und „Justice and Equality Movement“ (JEM) die logistische Basis für weitere Terroranschläge entzogen werden. Janjaweed-Reitermilizen gingen mit großer Brutalität gegen die Zivilbevölkerung vor. Die Männer wurden ermordet und die Frauen und Mädchen vergewaltigt, wie Human Rights Watch (HRW) und Amnesty International (AI) bei ihren Befragungen von Überlebenden

in den Flüchtlingslagern feststellten. Nach Aussagen des vormaligen VN-Koordinators für Humanitäre Hilfe, Jan Egelund, wurden in der Zeit von 2003 bis 2005 ca. 200.000-300.000 Menschen in Darfur umgebracht. Bereits 2004 hat sowohl das amerikanische Repräsentantenhaus wie auch der US-Senat die Vorgänge nach sorgfältiger Untersuchung in West-Darfur als Genozid verurteilt.

Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft

Die internationale Gemeinschaft hat sich nicht dazu durchringen können, die ethnischen Säuberungen durch die mörderischen Janjaweed-Milizen mit militärischen Mitteln (z.B. durch Kampfhubschrauber) zu unterbinden. Die Interessenlage im Sicherheitsrat war zu unterschiedlich. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die treffende Feststellung des deutschen Generals Manfred Eisele, des ehemaligen Assistenten von Kofi Annan im Peacekeeping Department der Vereinten Nationen „Die Vereinten Nationen und speziell der Sicherheitsrat sind keine Gemeinschaft der gutwilligen Menschen, sondern eine Zweckgemeinschaft von Staaten zur Durchsetzung ihrer jeweiligen nationalen Interessen“.

Die zunächst hoch gelobte internationale Initiative „Responsibility to Protect“, die im September 2005 sogar in den Abschlussbericht des VN-Weltgipfels aufgenommen wurde, hat sich als bloße Absichtserklärung ohne ernsthafte Konsequenzen herausgestellt. Barack Obama hat das Verhalten der internationalen Gemeinschaft gegenüber den Gräueln in Darfur bei seiner Berliner Rede am 24. Juli 2008 an der Siegestsäule ausdrücklich als Schande bezeichnet.

Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland

Obwohl die Spitzen der Bundesrepublik jährlich am 27. Januar, dem Tag der Befreiung von Auschwitz, im Deutschen Bundestag feierlich ihr Versprechen wiederholen „nie wieder Völkermord“ zuzulassen, haben sich die jeweiligen Bundesregierungen gegenüber den unerträglichen Zuständen in Darfur erstaunlich zurückhaltend gezeigt. Der Begriff „Genozid“ wurde offiziell sorgfältig vermieden, obwohl Human Rights Watch und das einzige deutsche Genozidforschungsinstitut an der Ruhr-Universität Bochum anhand von sudanesischen Quellen einen Genozid bereits 2004 nachgewiesen haben. Auch an dem größten Peace-Keeping-Einsatz der Vereinten Nationen in Darfur (mit geplanten 19.000 Soldaten und 8.000 Polizisten) ist Deutschland nur mit fünf Beobachtern und drei Transporthubschraubern „bei Bedarf“ beteiligt. Nach einer möglichen Wahl von Barack Obama am 4. November 2008 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten wird er voraussichtlich von Deutschland einen weitaus größeren Einsatz bei weltweiten Friedensmissionen fordern. Ob das dann auch noch auf die Begeisterung der Obama-Fans in Deutschland treffen wird, ist fraglich.

Gute medizinische Versorgung in den Flüchtlingslagern

Die relativ kleine deutsche Hilfsorganisation HUMEDICA aus Kaufbeuren betreibt in fünf großen Flüchtlingslagern in der Nähe von Nyala und in einem weiteren in Kass (ca. 80 Km nordwestlich von Nyala) die Gesundheitsfürsorge für ca. 270.000 im Land verbliebene Flüchtlinge (IDP's, Internal Displaced Persons). Alle vom

Prüfer besichtigten medizinischen Kliniken von Humedica in Süd-Darfur (El Sherief, Al Salam, Otash und Kass sowie der Betrieb zweier mobiler Kliniken in Dereige und Mosey) machten einen gut geführten und professionellen Eindruck. Die Kliniken werden von jungen engagierten sudanesischen Ärzten geleitet. Der verantwortliche medizinische Koordinator Dr. Ali Tarig nimmt seine Aufgabe verantwortungsvoll und vorausschauend wahr, so z.B. für die neu eingerichteten Stationen für schwere Cholerafälle in der bevorstehenden Regenzeit. Die medizinischen Einrichtungen von Humedica werden täglich von 150 bis 300 Patienten aufgesucht. Schwierige Fälle werden mit den eigenen Ambulanzfahrzeugen in das jeweilige Distriktkrankenhaus gebracht. Die sudanesischen Ärzte von Humedica betreuen in den ersten Morgenstunden „ihre“ Patienten im Distriktkrankenhaus. Die medizinische Betreuung der Flüchtlinge ist kostenlos. Sowohl UN-OCHA (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) in NYALA, wie auch die verantwortliche sudanesishe Behörde HAC (Humanitarian Aid Commission) bescheinigen dem Prüfer eine gute und unverzichtbare Arbeit von Humedica im medizinischen Bereich für ca. 270.000 Flüchtlinge.

Schwierige Arbeitsbedingungen für ausländische Helfer

Neben den ca. 200 lokalen Mitarbeitern, darunter fünf junge engagierte Ärzte und zahlreiche medizinische Fachleute, beschäftigt Humedica auch vier Expats (Expatriats, zwei aus Deutschland und zwei aus Kanada) in Süd-Darfur. Die Arbeitsbedingungen der wenigen europäischen und kanadischen Mitarbeiter von Humedica in Süd-Darfur stellen eine besondere Herausforderung an Charakter und Stehvermögen dar. Die Temperaturen betragen in den Sommermonaten zwischen 40 und 45 Grad, leider auch nachts, was bei Stromausfall besonders unangenehm ist. Der mehrtägige Ausfall des Internets und des Mobilfunks ist keine Seltenheit und bedeutet eine zusätzliche Belastung. Die frühe Ausgangssperre (in Kass liegt sie bei 18.00 Uhr, wegen der Nähe der Rebellenhochburg Dschebel Mara)

lassen wenig Abwechslung zu. Die Mitarbeit in Darfur setzt erheblichen Idealismus und eine stabile Persönlichkeit voraus.

Glaubensstärke und innere Freiheit

Am 22. Mai 08 wurde der bisherige Cheflogistiker von Humedica im Darfur-Projekt durch die international

rin aus Deutschland für die Medikamentenlagerung, –Ausgabe und Zusammensetzung verantwortlich sein. Das Ganze wurde mit der gesamten Belegschaft besprochen. Der Vorgang ist für eine europäische Hilfsorganisation sehr ungewöhnlich. Es ist nicht gerade ungefährlich, wenn man eine Schlüsselfigur in einer fremden Kultur



Gemeinsames morgendliches Gebet von Muslimen und Christen zum Gelingen des Tageswerkes und bei schwierigen Situationen im Innenhof des Humedica-Office.

erfahrene Koordinatorin Silvia Gonzalez abgelöst. Er stand unter dem Verdacht, die Medikamentenausgabe zu seinen Gunsten manipuliert zu haben. Er hatte gute Kontakte zur mittleren Ebene der sudanesischen Behörde HAC und hatte es stets verstanden die Aufenthaltsgenehmigung von internationalen Mitarbeitern zu beenden, wenn diese dabei waren, ihm auf die Schliche zu kommen. Durch das umsichtige Vorgehen von Frau Gonzalez u.a. durch enge Zusammenarbeit mit dem Leiter von HAC in Nyala, einem gläubigen Muslim und Gegner der Korruption, konnte sich Humedica von ihrem Cheflogistiker trennen. Wenige Tage später folgten die zahlreichen Verwandten, die der ehemalige Logistiker in der umfangreichen Medikamentenlagerhaltung und im Fuhrpark von Humedica untergebracht hatte. Die Masse von ihnen wurde in die IDP-Camps versetzt. Alle wichtigen Schlösser wurden ausgewechselt. Mitte des Jahres wird eine Apotheke-

auf die Straße setzt. In einem persönlichen Gespräch hat Frau Gonzalez, eine tiefgläubige Christin, dem Ergebnisprüfer zu verstehen gegeben, dass sie in Süd-Darfur auf das Äußerste eingestellt sei und dadurch ihre innere Freiheit nicht aufgegeben habe. Die gleiche Erfahrung machte der Ergebnisprüfer auch schon bei anderen deutschen Hilfsorganisation kleinerer christlicher Glaubensgemeinschaften, die einen erstaunlichen Mut an den Tag legten. So wurde z.B. ein Mitarbeiter der adventistischen Hilfsorganisation ADRA in Afghanistan aufgefordert, einen Teil der Hilfsgüter beim lokalen Machthaber abzuliefern. Trotz der Drohung, ihn bei passender Gelegenheit umzubringen, blieb der Helfer jedoch gewissenhaft beim vorgesehenen Verteilerplan. Der Mann, ein Russe aus Moskau, war verheiratet und hatte zwei Kinder. Eine solche heroische Haltung ist bei den großen traditionell christlichen Hilfsorganisationen aus den bisherigen Erfahrungen des Er-

gebnisprüfers weniger zu erkennen. Dort wird auch kaum noch gemeinsam gebetet. Darüber hinaus sind die europäischen Mitarbeiter dieser Organisationen meistens nicht vor Ort tätig sondern „weit ab vom Schuss“ – wenn überhaupt – in den jeweiligen Hauptstädten tätig. Man nennt das großzügig „vertrauensvolle Partnerschaft“, ohne zu bedenken, welchen Zwängen die lokalen Mitarbeiter dadurch möglicherweise ausgesetzt werden.

Gemeinsames Gebet von Muslimen und Christen

Im Humedica-Projekt in Süd-Darfur beten Muslime und Christen gemeinsam, sei es am Morgen für das Gelingen des Tageswerkes und in schwierigen Situationen, wie z.B. nach einem Überfall von Rebellen auf ein Fahrzeug der Hilfsorganisation im IDP-Camp Al Salam, wo einer der Fahrer schwer verletzt und einer der Kidnapper auf der Flucht von der sudanesischen Polizei erschossen wurde, sei es auch bei oben geschilderten Entlassung eines korrupten sudanesischen Logistikers. Beide monotheistischen Religionen (Islam und Christentum) fühlen sich für eine menschlichere Zukunft verantwortlich. Auf der unteren Ebene gibt es keine Berührungsängste.

Ständiger Zustrom in den Flüchtlingslagern

Folgende von Humedica betreuten IDP-Camps verzeichnen einen ständigen Zuwachs an Flüchtlingen: Lager Otash von 56.000 IDP's im Oktober 2007 auf 73.000 IDP's bis Mai 2008, Lager Dereige von 25.000 auf 45.000 IDP's, Lager Al Salam von 37.000 auf 65.000, Lager Mosey von 8.000 auf 12.400 IDP's.

Gründe für die Zunahme der IDP'S in den diesen Lagern:

- Die Sicherheitslage ist durch die verstärkte Tätigkeit der Rebellenbewegungen und durch die Zunahme von Kriminalität in Süd-Darfur instabiler geworden. Dies ist jedoch nicht der entscheidende Grund für die annähernde Verdopplung der Flüchtlingszahlen im letzten halben Jahr.
- Für die Masse der Bewohner der ländlichen und weit abgelegenen Ortschaften wirkt die Situation

der Flüchtlinge in den Lagern wie ein Paradies. Sie brauchen sich und ihre Kinder nicht mehr den ganzen Tag in einer äußerst ariden und wüstenähnlichen Landschaft damit abzumühen, um ein extrem dürftiges Leben zu führen. In den Flüchtlingslagern ist eine ständige Versorgung mit Nahrungsmitteln und sauberem Trinkwasser gesichert. Hinzu kommt eine gute kostenlose medizinischer Betreuung und Schulausbildung für ihre Kinder. Außerdem können sie in der Lagern ihre gewohnten Hütten bewohnen und kleine Einhegungen für ihre Haustiere anlegen. Platz ist ausreichend vorhanden. In Kass kann man den Unterschied zwischen dem Flüchtlingslager und der ursprüngliche Ortschaft kaum noch erkennen. Ein Hinweis darauf, dass Flüchtlingslager in dieser Region geradezu anziehend wirken können, ist der Wunsch der sudanesischen Behörde HAC, vermehrt mobile Gesundheitsstationen in den entfernteren Ortschaften einzusetzen, um den Zulauf von Flüchtlingen zu den Lagern zu reduzieren.

Das „Paradies“ darf nicht zur Falle werden

Nach den bisherigen Erfahrungen mit Flüchtlingslagern weltweit und im Sudan ist davon auszugehen, dass die Lager noch in den nächsten 5 – 10 Jahren (und vielleicht noch länger) bestehen bleiben. Es wäre sicher ein schwerer Fehler, wenn die derzeitige Situation nicht genutzt würde, um Kindern und Jugendlichen aus den IDP-Camps eine Schulausbildung und später eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Dies gilt in besonderem Maße für die Mädchen. Eine jahrelange Alimentierung und Verurteilung zur Untätigkeit macht auf Dauer unfähig sich wieder den harten Gegebenheiten der Landschaft in Darfur zu stellen. Der Ergebnisprüfer hat in Afghanistan erfahren, wie unendlich schwer sich afghanische Rückkehrer tun, wenn sie 10 – 15 Jahre sicher versorgt in pakistanischen Flüchtlingslagern gelebt haben.

Verstärkte Schul- und Berufsausbildung

Neben der medizinischen Versorgung in den IDP-Camps unterstützt

Humedica die Schulausbildung von ca. 10.000 Mädchen und Jungen. Die Bezahlung der Lehrer und Lehrerinnen gestaltet sich sehr schwierig. Wie der Prüfer bei der Eltern-Lehrer-Vereinigung (PTA) erfuhr, kommen nicht alle von der Schulbehörde zugesagten Lehrkräfte. So wurden z.B. zu Beginn des letzten Schuljahres von der zuständigen Schulbehörde in Nyala 40 Lehrer und Lehrerinnen für das Lager El Sherif namentlich zugesagt. Tatsächlich erschienen nur zehn. Die Lehrer arbeiten lieber in der Stadt, wo es bequemer ist und keine Sicherheitsprobleme bestehen. Sie erhalten vom Staat zwischen 200 – 400 sudanesischer Pfund (70 – 140 Euro). Die freiwilligen Lehrer aus dem IDP-Camp erhalten keine staatliche Unterstützung. Die Geldsammlungen unter den Eltern in den Flüchtlingslagern reichen nicht aus.

Unterstützung durch den Deutschen Bundestag

Der Bundestagsabgeordnete Lothar Mark, Mitglied des Haushaltsausschusses und Berichterstatter für den Haushalt des Auswärtigen Amtes der SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Bemühungen von Humedica, staatliche Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit für die Ausbildung der Flüchtlinge zu erhalten. Mark ist ein Verfechter der ressortübergreifenden Zusammenarbeit, damit ein sinnvolles und in sich schlüssiges Gesamtkonzept entwickelt werden kann. Er setzt sich auch in Afghanistan für ein überzeugendes Gesamtkonzept ein und fordert mehr Mittel für den zivilen Aufbau des mittelasiatischen Staates.

Schlussbetrachtung für eine christlich inspirierte Sicherheitspolitik

1. Forderung nach einem in sich schlüssigen Gesamtkonzept

„Friedensstabilisierende Einsätze bilden den Schwerpunkt der aktuellen Einsatzrealität der Bundeswehr. Sie haben das Ziel, im Rahmen internationaler Zusammenarbeit die Voraussetzungen für den Aufbau staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen zu schaffen“ (WB S.90). „Nicht in erster Linie militärische, sondern gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und kulturelle Bedingungen, die

nur im multinationalen Zusammenhang beeinflusst werden können, bestimmen die künftige sicherheitspolitische Entwicklung (WB S.29). Gemäß diesen Aussagen des Weißbuch 2006 ist wie beim o.a. Projekt in Süd-Darfur ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept notwendig, um einen nachhaltigen Erfolg der verschiedenen Friedensmissionen unter Beteiligung der Bundeswehr zu gewährleisten.

2. Eine respektvolle Zusammenarbeit mit den Muslimen

Des weiteren ist „Ownership“ (Eigenverantwortlichkeit der Betroffenen) entscheidend für das nachhaltige Gelingen eines Friedenseinsatzes. In der Zusammenarbeit mit den Muslimen ist ein gegenseitiger Respekt von großer Bedeutung. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Erklärung des 2. Vatikanischen Konzils zum Verhältnis mit den Muslimen, die selbst den meisten Katholiken nicht bekannt ist, und die wegen ihrer Kürze hier vollständig wiedergegeben wird:

„Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslime, die den alleinigen Gott anbeten, den lebenden und in sich seienden, barmherzigen und allmächtigen, den Schöpfer Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat. Sie bemühen sich, auch den verborgenen Ratschlüssen sich mit ganzer Seele zu unterwerfen, so wie Abraham sich Gott unterworfen hat, auf den der islamische Glaube sich gern beruft. Jesus, den sie allerdings nicht als Gott anerkennen, verehren sie doch als Propheten, und sie ehren seine jungfräuliche Mutter Maria, die sie bisweilen auch in Frömmigkeit anrufen. Überdies erwarten sie den Tag des Gerichtes, an dem Gott alle Menschen auferweckt und ihnen vergilt. Deshalb legen sie Wert auf sittliche Lebenshaltung und verehren Gott besonders durch Gebet, Almosen und Fasten.

Da es jedoch im Lauf der Jahrhunderte zu manchen Zwistigkeiten und Feindschaften zwischen Christen und Muslimen kam, ermahnt die heilige Synode alle, das Vergangene beiseite zu lassen, sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen und gemeinsam einzutreten für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht



Der verantwortliche medizinische Koordinator Dr. Ali Tariq (rechts) erläutert der Humedica-Mitarbeiterin Sandra Schuckmann-Honsel (links) die neu eingerichtete Station für schwere Cholerafälle in der bevorstehenden Regenzeit. Im Vordergrund befindet sich die Eingangsschleuse zum Desinfizieren.

zuletzt des Friedens und der Freiheit für alle Menschen.“ (Kleines Konzilskompendium, Karl Rahner, Herbert Vorgrimler, Herderverlag S. 357)

3. Nachfolge Christi und innere Freiheit

Heute schließt für Soldaten der Bundeswehr der Dienst für den Frieden - im Gegensatz zur nationalsozialistisch geführten Wehrmacht - die Nachfolge Christi nicht mehr aus. Ganz im Gegenteil ist sie eine gute Voraussetzung und Motivation für einen engagierten Dienst an der betroffenen und meist geschundenen Zivilbevölkerung. Wer Jesus nachfolgt, muss bereit sein, ihm in den Tod zu folgen. Nichts anderes bedeutet die Aufforderung, im Gefolge Jesu das eigene Leben hintanzustellen („zu verleugnen“) und täglich sein Kreuz zu tragen (Mk 8,34). Das gilt auch für Zivilisten wie oben gezeigt in unserer postheroischen Zeit. Nicht alle, die mit Jesu gehen, müssen im Martyrium enden. Aber es muss ihnen klar sein, dass der Weg mit Gott, auf dem sie Jesu folgen, auch den Einsatz des eigenen Lebens fordern kann. Das Tragen des „täglichen Kreuzes“ bedeutet für Soldatinnen und Soldaten

im Auslandseinsatz: Trennung vom Partner und von der Familie, Ertragen der erheblichen Einschränkungen eines Lagerlebens oder auf einem Schiff, das ungewohnte Klima zwischen 50 Grad plus und 30 Grad minus und schließlich die Bedrohung durch terroristische Angriffe.

Leben gewinnt, wer es riskiert. Das entspricht einer Einsicht, die sich auch außerhalb der Bibel findet. Wer sein Leben krampfhaft festhält und es nur für sich selber leben will, wird es in ängstlichem Sich-Absichern oder zwanghaftem Ansammeln von Gütern ersticken. Wer aber sein Leben für etwas riskiert, gewinnt Lebensqualität und innere Freiheit. Jesus lässt das freilich nur gelten, wenn man sein Leben für das Richtige einsetzt. Das bedeutet aber nicht, Leben gering zu achten. Unser Leben ist wertvoller als alle Güter dieser Welt. Und gerade deshalb ist es so wichtig, dieses Leben für das höchste Gut, nämlich die Gemeinschaft mit Gott und die Erfahrung seiner Liebe, einzusetzen (Vgl. „Mitgefühl und Verantwortung für die betroffenen Bevölkerung in Afghanistan“ im AUFTRAG 268; S. 33ff.). □

Entwicklungen bei der Weiterverbreitung von nuklearer (Waffen-)Technologien

(7. gekürzte Fortschreibung – Zeitraum Juli bis September 2008)

VON WERNER BÖS

Die Redaktion will auch weiterhin über das Monitoring der Proliferationsproblematik des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ berichten. Wie gewohnt, verzichten wir auf die detaillierte Wiedergabe der chronologischen Ereignisse und werden uns auf die Bewertungen des Autors stützen. An der chronologischen Entwicklung interessierte Leser könne diese bei der Redaktion AUFTRAG per e-mail abrufen (redaktion-auftrag@kath-soldaten.de).

Iran

Die Antwort des Iran im August auf das Angebotspaket zur Lösung des Atomstreits hat unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen.

Die Optimisten sprechen von „interessanten Zwischentönen“; bei früheren Angeboten hätten die Iraner sich deutlich ablehnender geäußert. So wird die geforderte Einstellung der Urananreicherung während möglicher Verhandlungen nicht erwähnt. Bisher hatte Teheran das wortreich abgelehnt. Dass dieses Thema gar nicht auftaucht, könnte ein Zeichen für einen Gesinnungswandel sein, zudem Iran in dem Brief seine Bereitschaft für Verhandlungen betont. „Man muss auch sehen, was nicht in dem Brief steht“, heißt es in Diplomatenkreisen. Auch aus dem unmittelbaren Umfeld des religiösen Führers des Iran, Ayatollah Ali Chamenei, wurden vermeintlich positive Signale empfangen. All dies hat bei der EU für genug Optimismus gesorgt, um einem weiteren Gespräch zwischen dem Hohen Beauftragten der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, Prof. Javier Solana, und dem iranischen Atomunterhändler Said Dschalili zuzustimmen.

Die Pessimisten interpretieren die jüngsten Signale aus dem Iran wie folgt: Das vage formulierte Antwortschreiben und die Bitte um ein weiteres Treffen könnte auch ein Versuch Teherans sein, Zeit zu schinden und neue Sanktionen hinauszuzögern, ohne in der Weltöffentlichkeit als Blockierer zu erscheinen, ein Mittel welches in der Auseinandersetzung schon häufiger verwandt wurde.

Eine dritte Möglichkeit ist, dass es in Teheran Streit um den Kurs im Atomstreit gibt. Während einige Teile des iranischen Regimes konstruktive Signale senden, halten die Hardliner dagegen: So lehnte Präsident Ahmadinedschad während eines Besuches in Malaysia jedes Zugeständnis ab. Die Forderung nach einem Stopp der Urananreicherung sei „illegitim“ und werde nicht erfüllt werden, sagte der Staatschef.

Kritik an dem Prestigeobjekt Nuklearprogramm grenzt im Iran mit seiner technikbegeisterten Bevölkerung an Landesverrat. Zumindest war das bis jetzt so. Doch nun stellen prominente Oppositionelle schon mal den Nutzen des angeblich friedlichen Programms infrage. Die Kritik ist für die Regierung innenpolitisch brisant. Denn die Warnung vor einer atomaren Bewaffnung des Iran wird von Teheran als westliche Propaganda abgetan. Der von den Oppositionellen gewählte Ansatz greift die Argumentation der Regierung direkt an – und legt zugleich die Vermutung nahe, dass der große Aufwand der Urananreicherung für militärische Zwecke betrieben werden könnte.

Ob Teheran seine bisher harte Haltung aufweicht und ernsthaft den Einstieg in Verhandlungen erwägt, ist zurzeit vor allem eine Frage der Interpretation.

Die islamische Republik ist zwar auf dem Weg zur regionalen Großmacht, mit ihrer Entschlossenheit zum Erwerb der vollständigen Atomtechnologie. Und doch ist sie bis ins tiefste Innere morsch und krank. Das neue

persische Reich, das die islamischen Geistlichen aufzubauen versuchen, gleicht in Wahrheit einer „verwundeten Bestie“.

Misswirtschaft, Massenarmut, Arbeitslosigkeit, Stromausfälle, unerschwingliche inflationäre Preise, Schwarzhandel, Millionen von fehlenden Wohnungen, Not-Prostitution, Drogenkonsum, Korruption, Missachtung der Meinungsfreiheit sowie Menschenrechtsverletzungen kennzeichnen den Alltag und die dramatisch wachsende Not der einfachen Leute.

Dem gegenüber stehen mit 69 Milliarden Dollar Rekordeinnahmen aus dem Öllexport. Doch ein großer Teil dieses Geldes wird von einer dünnen Herrscherkaste abgeschöpft, veruntreut und findet ohne Rechenschaft seinen Weg ins Ausland, z.B. Dubai und Japan. Sichere Häfen für den Fall, dass über die islamische Republik und ihr System von innen oder außen die Katastrophe hereinbrechen sollte. Von den Medien ignoriert, werden doch fast täglich Protestaktionen bekannt. Die Regierung reagiert mit Härte gegen die Aktivitäten der Zivilgesellschaft, die sie mehr fürchten als die internationalen Sanktionen.

Dass Teheran wohl kaum den Weltfrieden im Sinne hat, zeigen die Raketenwarnungen an die Vereinigten Staaten und an Israel. Dieses Säbelrasseln Irans und die starken Worte Israels können außer Kontrolle geraten. Kriegerische Worte können zu Militärhandlungen führen, welche die Region und die Welt in Aufruhr stürzen würden. Die Regierung in Teheran sollte bedenken, dass sie eine

amerikanisch unterstützte israelische Militäraktion nicht abwehren kann. Das Rasseln mit dem „Raketensäbel“ zeugt nicht nur von Stärke. Es verweist auf Nervosität. Die Militärs der Islamischen Republik nehme die Möglichkeit eines israelisch-amerikanischen Luftangriffs auf ihre Atomanlagen ernst.

Da der iranische Präsident weder dumm noch wahnsinnig zu sein scheint, muss er wohl doch der nervenstarke Spieler sein, der im Streit um das Atomprogramm mit Kalkül das höchste Risiko eingeht. Die Achillesferse Irans ist die vorherrschende Misswirtschaft, die durch einen Krieg verschlimmert würde. Bedeutende westliche Unternehmen haben wegen der politischen Lage schon das Land verlassen; das zeugt von Verwundbarkeit.

Welche Wirkung ein militärischer Schlag der Israelis auf die politische Haltung der iranischen Führung hätte, ob das Regime sich radikalisiert würde oder – wenigstens mittelfristig – zu Verhandlungen bereit wäre, ist schwer einzuschätzen. Vermutlich ist auch den Mullahs klar, dass ein Gegenschlag zur direkten Konfrontation mit der geballten amerikanischen Militärmacht führen würde. Das kann Iran nicht riskieren. Aber so gut wie sicher ist, dass Teheran alle Mittel unterhalb der Schwelle zum großen Konflikt einsetzen würde. Dazu gehört die Destabilisierung des Irak mit Hilfe dortiger Verbündeter und deren Milizen; die von Iran finanzierten und ausgerüsteten Terrortruppen der Hizbullah im Libanon und der Hamas im Gazastreifen würden mobilisiert, Israel würde mit einer neuen Welle des Terrors überschwemmt.

Hinzu kommt, dass ein Angriff auf Iran die gesamte islamische Welt gegen Amerika, Israel und den Westen aufbringen würde. Die Kämpfe in Afghanistan würden sich noch einmal verschärfen. Pakistan – eine islamische Atommacht – würde weiter radikalisiert und die islamistischen Terrorgruppen in der Welt mitsamt ihrer Ableger in Europa würden neuen Zulauf bekommen. Die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft infolge explodierender Energiepreise wären verheerend. Niemand kann an einer solchen Entwicklung interessiert sein.

Die Sorgen um die geopolitischen Entwicklungen schlagen voll auf die Weltwirtschaft durch. Die Finanzmärkte blicken nervös in den Nahen Osten.

Bislang hat die UNO schon drei Sanktionsrunden beschlossen. Allerdings konnten sie Iran nicht von seinem Vorgehen abbringen, vermehrt Uran anzureichern. Das ist die schlechte Nachricht: Sechs Jahre nach bekannt werden des bis dato geheim vorangetriebenen Atomprogramms ist die Weltgemeinschaft immer noch weit davon entfernt, so viel Druck auszuüben, dass der Iran sich zum Ausstieg aus der Urananreicherung gezwungen sähe. Die größten Förderer des iranischen Atomprogramms bleiben unverändert weiterhin China und Russland, die im VN-Sicherheitsrat noch immer bremsen. Aber auch Staaten wie Indien, die mil-

liardenschwere Verträge zur Erschließung iranischer Gas- und Erdölfelder abschließen und damit viel Geld in die Taschen der Mullahs spülen, fördern damit letztendlich die ablehnende Haltung des Irans.

Ebenfalls gibt Europa kein gutes Bild ab. Während Außenpolitiker und Staatschefs auf Isolierung des Iran drängen, sind die Exporte aus Europa in der ersten Jahreshälfte deutlich gestiegen. Diese Ambivalenz lässt sich auch am deutschen Beispiel aufzeigen: Einerseits ließ Kanzlerin Merkel bei ihrer Rede vor der israelischen Knesset im März d.J. keinen Zweifel daran, dass Deutschlands Eintreten für Israels Sicherheit einen entschlossenen Kurs gegen den Iran in der Atomfrage einschließt. Andererseits betätigt sich ein CDU-Bundestagsabgeordneter und Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsminis-

Mehr Toleranz zwischen Christen und Muslimen

Zu mehr Toleranz im Zusammenleben von Christen und Muslimen in Deutschland ruft der Jesuit und Islamwissenschaftler Christian Troll auf. Der dabei entstehende Dialog könne „zur Profilierung der Religionen“ beitragen, sagte Troll in der Tageszeitung „Die Welt“. Die Eröffnung der größten Moschee Deutschlands am 18. Oktober in Duisburg bezeichnete der Wissenschaftler als gutes Zeichen. Ein solcher Bau zeige, „dass unsere Gesellschaft frei und offen genug ist, dem Islam zu erlauben, aus den Hinterhöfen und Industriegeländen in unsere Mitte zu treten“.

Anders als die Juden im 19. Jh. hätten die Muslime hierzulande allerdings keine Emanzipation nötig, da sie vor dem Gesetz nie Bürger zweiter Klasse gewesen seien, betonte Troll. Zugleich wies der Jesuit, der auch der Unterkommission für den interreligiösen Dialog der Deutschen Bischofskonferenz angehört, den Vorwurf zurück, die christlichen Kirchen gingen zu lax mit dem Islam um. Jede Religion habe das Recht, einzuladen, ihre Wahrheit zu glauben. „Wir können nicht den Umgang mit Christen in anderen Ländern verurteilen und gleichzeitig die Muslime hierzulande nicht akzeptieren“, so Troll.

Diese Akzeptanz gegenüber dem Islam in diesem Lande bedeutet aber auch, dass der Islam mit seinen Gläubigen als Teil unserer Gesellschaft nun seine tragende Rolle für diese Gesellschaft übernimmt, auch und gerade besonders für den Umgang mit unserer Geschichte, speziell gegenüber dem Staat und Volk Israel. Nur wenn die gesamte Gesellschaft Deutschlands zu seinem geschichtlichen Erbe steht, kann dafür gesorgt werden, dass die Lehren aus ebendieser Geschichte nicht vergessen werden.

(BB und KNA)

terium als Lobbyist der heimischen Industrie und drängt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, eine Exportgenehmigung für einen 100 Millionen Euro schweren Deal zur Erstellung von drei Flüssiggasanlagen im Iran zu genehmigen. Die gute Nachricht ist, dass nach dem Bericht des Internationalen Währungsfonds die Sanktionen gegen den Iran trotzdem zu wirken beginnen, vor allem im Finanzsektor.

Moskaus Beziehungen zum Westen sind nach dem Georgien-Krieg insgesamt empfindlich gestört und das schlägt auf das Krisenmanagement der Internationalen Gemeinschaft auch hinsichtlich des Iran durch. Ob es sich nur um eine vorübergehende Lähmung handelt oder eine dauerhafte Blockade begonnen hat, dürfte Irans Präsident gleich sein, insgesamt hat er Grund sich zu freuen. Zufrieden kündigte Ahmadinedschad in New York an, sein Atomprogramm auch gegen „Schikanen“ durchzusetzen.

Nachdem die USA Israel hinsichtlich eines offensiven Vorgehens gegen den Iran die Unterstützung versagt hatten, rüstet Israel sich nun gegen mögliche iranische Raketenangriffe. Ein neues Hochleistungsradar soll in Verbindung mit US-Satelliteninformation einen möglichen iranischen Angriff schon kurz nach dem Abfeuern der Raketen melden können. Eine direkte Anbindung an das Arrow-Abwehrsystem soll dann die Chancen erhöhen, die Raketen schon im Anflug unschädlich zu machen. Das neue Hochleistungsradar meldet eine Rakete bereits 1900 Kilometer vor dem Einschlag. Eine iranische Schahab-3-Rakete könnte so innerhalb von fünf Minuten nach ihrem Start neutralisiert werden – da hätte sie noch nicht einmal die Hälfte ihres Weges zurückgelegt.

Hinter der Lieferung wird eine Art Kompensation für die US-Weigerung vermutet, bestimmte Waffengattungen zu liefern, die für einen Angriff auf iranische Ziele gewünscht wurden. Darunter fallen die GBU-28-Präzisionsbomben (sogenannte Bunkerknacker) und moderne Tankflugzeuge zur Betankung israelischer Kampfflugzeuge in der Luft. Sogar die Überflugrechte über den Irak wollten die USA

dem Verbündeten angeblich nicht gewähren.

Das neue Abwehrsystem kann übersetzt auch heißen: Die USA stehen trotz ihrer Bedenken gegenüber militärischen Alleingängen für die Sicherheit ihres Verbündeten ein.

Nordkorea

Was genau hinter dem eisernen Vorhang in Nordkorea passiert, weiß niemand im Ausland so genau. Spekulationen um die Zukunft der Führung Nordkoreas bei Ausfall Kim Jong Il konzentrieren sich auf die Möglichkeit einer Militär-Junta. Diese würde den Einfluss Chinas in Nordkorea vergrößern. Nicht ausgeschlossen in dem dann anstehenden Machtkampf, ist auch ein Sieg der Kommunistischen Partei, welche die Stellung des ZK stärken würde.

Von Kims drei Söhnen ist inzwischen der zweite Jong-chul, der wahrscheinlichste Kandidat. Er ist Ende 27 und wurde in der Schweiz ausgebildet. Der erste Sohn, Kim Jong-nam, hat sich offenbar schon lange durch seine Eskapaden disqualifiziert. Der 37-Jährige lebte jahrelang ein rauschendes Leben in Macao, kehrte aber vor kurzem in die Heimat zurück. Der dritte, der 24-jährige Kim Jong-un, der seinem Vater aufs Haar gleicht, gilt als zu jung. Keiner der drei wurde, so wie Kim Jong Il einst selber, durch jahrelangen Drill in Partei und Armee auf den Posten vorbereitet. Die Armee wird wahrscheinlich keinen der 3 Söhne Kims als Herrscher akzeptieren.

Die vierte Frau des Potentaten, Kim Ok, soll den Zugang zu dem Diktator kontrollieren und sich auch in die Nachfolgeregelung einmischen. Spekulationen sehen sie selber auch als eine Kompromisskandidatin im Spiel. Kompetenter als Ihre Söhne dürfte sie allemal sein. Seit den achtziger Jahren war sie Kims persönliche Sekretärin. Kim soll sie nach dem Tod seiner dritten Frau in 2006 geheiratet haben.

Der „liebe Führer“ ist wohl immer noch krank. Auch beim Erntedankfest am 15.09.2008, einem der höchsten Feiertage in Korea, hat sich der nordkoreanische Staatschef nicht in der Öffentlichkeit blicken lassen – wie schon beim 60. Gründungstag

eine Woche zuvor! Die Spekulationen, wie schlimm es um ihn steht, werden damit neu genährt. Es gilt inzwischen als bestätigt, dass Kim Jong Il am 14. August einen Schlaganfall erlitt. Zwar sind neuerdings wieder Fotos vom ihm im Unlauf, aber man kann sie nicht wirklich zeitlich zuordnen. Bei vielen Südkoreanern wecken die Berichte Hoffnung auf eine Wiedervereinigung ihres Landes und auf ein Wiedersehen mit Freunden und Verwandten, die auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs leben.

Aber die Aussicht auf ein politisches Vakuum oder gar eine Implosion des verarmten Staates treibt politischen Beobachtern Sorgenfalten ins Gesicht. Wenn Kim Jong Il verschwindet, besteht die Möglichkeit, dass die ganze Region kollabiert. Falls das geschieht, was werden Nordkoreas 1,17 Millionen Soldaten, die mit atomaren, chemischen und biologischen Waffen ausgerüstet sind, als nächstes tun?

Die Hauptsorge gilt dem nordkoreanischen Atompotenzial. So hatte das Land kürzlich damit begonnen, seine abgeschaltete Atomanlage in Yongbyon wieder in Betrieb zu nehmen. Pjôngjang war wütend, dass die USA Nordkorea nicht wie versprochen von der Liste der den Terror unterstützenden Staaten genommen haben. Unruhen und Säbelrasseln der Streitkräfte seien wahrscheinlich, wenn Kim längere Zeit ausfällt.

Der Norden hat oft einen harten Kurs eingeschlagen, wenn er in einer schwierigen Situation war. In der Anlage in Yongbyon entsteht beim Aufbereitungsprozess von verbrauchten Uranbrennstäben Plutonium, das jederzeit zum Bau von weiteren Atomwaffen verwendet werden könnte. Wesentliche Teile seines Atomreaktors hatte Nordkorea im Rahmen seines im Februar 2007 zwischen Nord- und Südkorea, den USA, China, Russland und Japan geschlossenen Abkommens unbrauchbar gemacht. Von ursprünglich 8000 verbrauchten Brennstäben können nach IAEA-Experten noch mindestens 4000 für die Produktion von Plutonium verwendet werden.

Das nordkoreanische Atomprogramm liegt zwar seit Jahren im Zentrum der internationalen Aufmerk-

samkeit, ist aber nicht der einzige Punkt, der im Ausland Sorgen hervorruft: Auch das Raketenprogramm wird von Nachbarn wie Japan ebenso wie von den USA mit Argwohn betrachtet. In aller Ruhe hatte Nordkorea in den vergangenen Jahren eine Abschussbasis für Interkontinentalraketen gebaut. Sie ist noch nicht ganz fertig, aber seit 2006 bedingt einsatzfähig. Sie stellt im nordkoreanischen Raketenprogramm einen wichtigen Fortschritt dar. Schon im Juni soll die Zündung eines Triebwerkes für eine neue Interkontinentalrakete getestet worden sein. Eine Rakete, die in der Lage ist, Atomsprengköpfe zu transportieren.

Die USA haben nun gegen den Widerstand Japans Nordkorea doch von ihrer Liste mutmaßlicher Terrorstaaten gestrichen und dem Land so den dringend benötigten Zugang zu den globalen Märkten ermöglicht. Ausschlaggebend für das Einlenken Washingtons war die Zusage Pjöngjangs, den Wiederaufbau seiner Nuklearanlagen abubrechen und künftig Inspektionen seiner Atomanlagen durch die IAEA zuzulassen. Das entspannt die Lage aktuell wieder etwas.

Andere

Die Situation in **Syrien** ist auch nach der Inspektion durch die IAEA weiterhin unklar, da durch die verschiedenen Baumaßnahmen der syrischen Regierung in den vermuteten, von Israel zerbombten Anlagen nicht klar ausgeschlossen werden kann, ob nicht die Überreste in andere, nicht zugänglich gemachte Anlagen, verbracht worden sind.

Vereinbarungen zwischen Iran und **Nigeria** zur Lieferung von Technologie zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, internationalisieren diesen Krisenherd zusätzlich.

Die Nuklear-Vereinbarung zwischen **Indien** und den USA, deren Inkrafttreten nach der Zustimmung des US-Kongresses und der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), nun auch noch auf amerikanischen Druck hin die Zustimmung der Nuclear Supplier Group (NSG) hat, hat große internationale Auswirkungen. Indien ist nun eine anerkannte Atommacht!

Die Vereinbarung befreit Delhi, das den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat, aus der internationalen „Nuklearisolation“. Sie zwingt Indien nicht einmal, seine militärische Atomrüstung unter internationale Aufsicht zu stellen. So werden 14 Atomkraftwerke der IAEA unterstellt, aber acht kernwaffenrelevante Anlagen bleiben den Inspektoren weiter versperrt. Jedoch hatte die indische Regierung zugesagt, keine neuen Atomwaffentests mehr durchzuführen. Gleichzeitig bindet sich das Land enger als in seiner ganzen Geschichte an die USA. In den Vereinten Nationen hält Indien an den „blockfreien Positionen“ fest, die es seit seiner Gründung immer bezogen hat. Bei realpolitischen Entscheidungen zögert Delhi dagegen nicht, sich zunehmend deutlicher auf der Seite Washingtons zu positionieren.

Im Bezug auf den Iran kann Indien nicht versuchen, die Isolationsbemühungen der USA zu unterlaufen, sosehr eine Ergaspipeline direkt auf den Subkontinent gewünscht wird. Dabei weiß auch Delhi, dass die USA mit zweierlei Maß messen. Im Fall des Iran ist Washington nicht bereit, den Ausbau der zivilen Nutzung der Atomenergie zuzulassen. Indiens Diplomatie quitiert die unterschiedliche Behandlung mit Stolz; die engere Bindung an die USA soll vorangetrieben werden.

Während sich der Krieg in Afghanistan verschärft, die Rolle der Atommacht **Pakistan** eher undurchsichtiger als klarer wird und die Krise um die atomaren Pläne des Iran sich wahrscheinlich vor den US-Präsidentenwahlen zuspitzen werden, gilt der Subkontinent als feste Bank mit ähnlichen Interessen wie die der USA und Europas.

Doch die Begeisterung über das nach dreieinhalb Jahren unter Dach und Fach gebrachte Nuklearabkommen hält sich in Grenzen. „Endlich ist es geschafft“ ist der Tenor. Man atmet eher auf, als dass die Kommentatoren jubeln.

Am Beginn des Prozesses stand das Begehren Delhis, aus der nuklearpolitischen Isolation zu finden, in die das Land nach seinem ersten Atombombentest im Jahr 1974 geraten war. Weil Indien dem Nichtver-

breitungsvertrag die Unterschrift verweigert hatte, der ihm ein Atomwaffenverbot auferlegt hätte, landete es auf der Liste jener Länder, die offiziell vom Handel mit Nuklearmaterial ausgeschlossen waren. Die Entwicklung und Unterhaltung des Nuklearwaffenprogramms gelang Indien auch mit eigenen Mitteln, aber nachdem der wirtschaftliche Wachstumsschub in den neunziger Jahren enormen Energiebedarf freigesetzt hat, fehlte es vor allem an neuen Atomkraftwerken und nuklearem Brennstoff. Diese Notlage machte sich Amerika zunutze. Es bot der Regierung in Delhi an, sich für eine Aufhebung der Sanktionen einzusetzen, wenn sie im Gegenzug einen Teil ihrer Nuklearanlagen unter Aufsicht der internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien stellt.

Das Kalkül der Regierung Bush war nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch strategischer Natur: Mit der Aufwertung zu einer de facto anerkannten Atommacht schließt Indien politisch zu China auf, was das Machtgleichgewicht in der Region neu ausbalancieren könnte. Zugleich erhofft sich Washington von seiner Rolle als Eisbrecher ein Sonderverhältnis zum zweitgrößten Land der Erde und damit eine Absicherung seiner Einflussmöglichkeiten in Asien.

Das amerikanische Angebot stürzte aber Indien in ein Dilemma. Einerseits war nur mit Washingtons Hilfe ein Ausbrechen aus der Paria-Position möglich, andererseits fürchteten viele um die nationale Souveränität des Atomprogramms und um die Unabhängigkeit der indischen Außenpolitik.

Völkerrechtler bezweifeln nach wie vor den positiven Beitrag zur Nichtverbreitungspolitik. Zwar befürchten sie nicht, dass Indien – so wie Pakistan – als Händler auf dem Nuklearschwarzmarkt auftreten wird, aber sie betrachten das Abkommen als Dammbbruch. Staaten wie Iran oder Nordkorea könnten aus der „Lex India“ lernen, dass es sich auszahlt, Atomprogramme außerhalb der legalen Strukturen zu entwickeln.

Leider muss man schließen: Die nukleare Proliferation schreitet weiter fort. □

Peace Brigades International (PBI) – eine vorbildliche Antwort auf unsere Zeit

VON MAJ A.D. KLAUS LIEBETANZ

Peach Brigades International (PBI) versucht durch die Präsenz von internationalen Freiwilligen-Teams Menschenrechtlern in Krisenregionen vor Ort Rückhalt und Schutz zu geben und Freiräume für deren Arbeit zu erhalten und zu vergrößern. Dies geschieht in erster Linie durch Schutzbegleitung bedrohter Personen. PBI trägt so auch zur Prävention von schweren Menschenrechtsverletzungen bei. Der Autor, Major a.D. Klaus Liebetanz und Fachberater für Katastrophenmanagement hat an einem Info-Seminar über Ziele und Arbeit von PBI teilgenommen und berichtet im Folgenden über diese erstaunliche und außergewöhnliche Organisation.

Eine professionelle „Barfußtruppe“

Der erste Eindruck vom Info-Seminar in Bonn im Oskar-Romero-Haus war sehr spartanisch. Das Oskar-Romero-Haus, ein ehemaliges Gefängnis, in dem die SS seit 1935 politische Gefangene unterbrachte und im Keller „verhörte“, beherbergt heute im 1. und 2. Stock Wohngemeinschaften (WG's), die sich friedenspolitisch betätigen. Im Dachgeschoss befindet sich ein Tagungsraum, der nachts als Schlafraum (mit Luftmatratze und Schlafsack) genutzt werden kann und eine geräumige Küche mit Essraum. Neben der Haustür hängt ein Seil, das zu einer Glocke im Dachgeschoss führt. Der Haustürschlüssel wird dann mit einer Schnur heruntergelassen. Im Gegensatz zum spartanischen Äußeren entwickelte sich die Info-Veranstaltung sehr professionell mit Laptop, Beamer und spannenden Vorträgen durch ehemalige deutsche Teammitglieder in Guatemala, Mexico, Kolumbien und Nepal.

Wer waren die Teilnehmer?

Es gab insgesamt 15 Teilnehmer, gewöhnlich sind es 20. Die Mehrzahl der Teilnehmer waren Studentinnen und Studenten, die gerade ihr Studium (Friedens- und Konfliktforschung, Ethnologie und ähnliches) beendet hatten oder dabei waren, es abzuschließen. Ferner gab es drei Frauen im Alter zwischen 45 und 65 Jahren, deren Kinder aus dem Haus waren. Sie verspürten den Wunsch, mal etwas ganz anderes, möglichst Gutes zu tun. Eine der Frauen erkannte bereits am ersten Abend, dass sie sich mit PBI etwas übernommen hatte und verab-

schiedete sich. Eine weitere Frau im mittleren Alter mit guten Spanischkenntnissen machte durchaus den Eindruck, den Anforderungen eines Teammitglieds von PBI gewachsen zu sein. Am Schluss der Veranstaltung erklärten sich fünf Personen ernsthaft bereit, bei PBI mitarbeiten zu wollen. Der Info-Veranstaltung fehlte jede Art von Suggestion oder Sektierertum. Sie war einfach überzeugend.

Entstehung und Geschichte

Peace Brigades International wurde am 4. September 1981 auf Grindstone Island in Kanada von vier Friedensaktivisten aus verschiedenen Kontinenten gegründet. Die geistigen Grundlagen beziehen sich auf die Idee von Mahatma Ghandi, eine „Friedensarmee“ zu gründen, die sich in gewalttätigen Konfliktsituationen zwischen die Konfliktparteien stellt. Diese Methode hatte sich 1957 bei den Straßenunruhen zwischen Hindus und Moslems in Indien bewährt und wurde später beim Friedensmarsch 1974 zur Unterstützung der damaligen Unabhängigkeitsbewegung in Nord-Rhodesien (heute Sambia) erfolgreich eingesetzt. Hinzu kommen Ideen und Methoden der westlichen Friedensbewegung und in Lateinamerika Gedanken der Befreiungstheologie, die im 2. Vatikanischen Konzil Grund gelegt wurde. Der erste Kurzeinsatz fand 1983 in Nicaragua während des Kontrarkrieges statt. Weitere Einsätze waren und sind:

1. Guatemala (1983-1999, ab 2001)

Sechzehn Jahre lang begleiteten in Guatemala über vierhundert PBI-

Freiwillige bedrohte Mitglieder der entstehenden Zivilgesellschaft, das heißt Personen aus Organisationen, die sich für Frieden, Menschen- und Landrechte einsetzten, aber auch Gewerkschaftsmitglieder, heimkehrende Flüchtlinge, indigene Dorfgemeinschaften und Anwälte/innen, Augenzeugen von Menschenrechtsverletzungen. Zusätzlich wurden Workshops für gewaltfreie Konfliktbearbeitung durchgeführt. PBI verfolgt auch nach dem Ende des Guatemala-Projekts (1999) die Entwicklung der Menschenrechtssituation weiter. 2001 schickte sie aufgrund der erneuten Zunahme von Drohungen vor allem im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Straflosigkeit eine Delegation ins Land, was zu einer Wiederaufnahme des Projektes führte.

2. El Salvador (1987-1992)

Die Haupttätigkeit von PBI bestand in El Salvador in der internationalen Schutzbegleitung bedrohter Angehöriger von Volksorganisationen und in Besuchen in Flüchtlingslager. Nach Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen Regierung und bewaffneter Opposition, der maßgeblich durch die römische Friedensgemeinde Sant'Egidio vermittelt wurde, wurde das Projekt geschlossen. PBI verfolgt weiterhin die Entwicklung im Land.

3. Sri Lanka (1998-1998)

Schwerpunkt dieses Projekts war die Schutzbegleitung für Menschenrechtsanwälte und Zeugen. Später erstreckte sich die Tätigkeit auf weitere Personengruppen und Anlässe: Gewerkschaften, Flüchtlinge, Demons-

trationen, Wahlbeobachtung usw. Die zunehmende Polarisierung der Konfliktparteien im Land sowie Bedingungen der Behörden von Sri Lanka, welche PBI inakzeptabel waren (Zensurauflagen sowie verlangte Preisgabe aller Kontakte), führten 1998 zur Schließung des Projektes.

4. Nordamerika (1992-1999)

In Nordamerika (USA/Kanada) leistete PBI einen Beitrag zur gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten, welche die örtlichen indigenen Gemeinschaften betrafen. Das Projekt richtete sich auch gegen Rassismus und strukturelle Gewalt gegenüber der amerikanischen indigenen Bevölkerung.

5. Balkan Peace Team (BPT) (1994-2001)

Das BPT war ein Gemeinschaftsprojekt von zwölf Friedensorganisationen. Zu Beginn hat das BPT in Kroatien lokale Friedens- und Menschenrechtsgruppen begleitet, besonders in ihrem Einsatz für den Schutz und die Rechte von ethnischen Minderheiten. Später unterstützte es in Serbien und im Kosovo den Dialog, indem es Räume zur Begegnung zwischen der serbischen und der albanischen Gemeinschaft schuf.

6. Kolumbien (seit 1994)

PBI begleitete zunächst vor allem Organisationen in Bogotá und Barrancabermeja. 1998 wurde das dritte Team in Urabá eröffnet und 1999 ein viertes Team in Medellín. Zurzeit arbeiten rund vierzig Freiwillige aus neun europäischen Ländern sowie aus Mexiko, Brasilien, den USA und Kanada in den vier regionalen Teams von PBI. Sie begleiten dort Menschenrechtsorganisationen und Vertriebenengemeinden, um durch die internationale Präsenz einen Schutz zu bieten, der es den kolumbianischen Organisationen ermöglichen soll, ihre Arbeit trotz Androhungen fortzusetzen.

7. Haiti (1995-2000)

Im Unterschied zu anderen PBI-Projekten lag in Haiti der Schwerpunkt auf der Entwicklung eines Programms zur Friedenserziehung, das heißt in der Organisation und Durchführung von Bildungsseminaren zu

Methoden gewaltfreier Konfliktbearbeitung. Das PBI-Team bildete unter anderem Einheimische zu Trainern und Multiplikatoren aus und entwickelte mit ihnen den Bedürfnissen des Landes angepasste Mittel für die Entschärfung gewalttätiger Konflikte.

8. Gemeinschaftsprojekt SIPAZ in Chiapas/Mexiko (seit 1996)

PBI ist Mitglied der Koalition SIPAZ (Servicio Internacional para la Paz), die im Bundesstaat Chiapas im Süden Mexikos durch Begleitung von Menschenrechtsverteidigern und Dorfgemeinschaften internationale Präsenz garantiert. Als Beitrag zur nachhaltigen Konfliktbewältigung in der dortigen Gesellschaft werden Seminare zu gewaltfreier Konfliktbearbeitung durchgeführt. Das Projekt informiert zudem die internationale Öffentlichkeit über die aktuelle Menschenrechtslage.

9. Indonesien und Osttimor (seit 1999)

Nach dem Unabhängigkeitsreferendum im Jahr 1999 wurde Osttimor von einer Gewaltwelle überrollt. Auch in anderen Teilen des Inselreiches brechen immer wieder Konflikte offen aus. Schwerpunkt der Arbeit dort war nicht Schutzbegleitung, sondern Friedenserziehung und Anleitung zur zivilen Konfliktbearbeitung. In dieser Hinsicht nimmt das Indonesien-Projekt eine Sonderstellung ein. PBI hat Multiplikatoren ausgebildet und die weitere Arbeit nunmehr an die lokalen NGO's übergeben, die mittlerweile befähigt sind, die Workshops zur Friedenserziehung selbst durchzuführen. PBI-Jakarta steht aber für weitere Unterstützung dieser Arbeit bei Bedarf zur Verfügung. PBI arbeitet jetzt überwiegend in Papua mit indigenen Gruppen zusammen und macht dort Schutzbegleitung und Friedenserziehung.

10. Mexiko (seit 2000)

Nach mehreren Anfragen um internationale Schutzbegleitung beschloss PBI, ein Projekt mit Schwerpunkten in den international wenig beachteten Bundesstaaten Guerrero und Oaxaca, wo viele Menschenrechtsverletzungen geschehen, aufzubauen. Ende des Jahres 2001 wurde ein Team in Chilpancingo, der Haupt-

stadt des Bundesstaates Guerrero eröffnet. Hier liegt auch der Schwerpunkt der Arbeit, da die Anfragen auf schützende Begleitung besonders in Guerrero in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen haben. Zudem ist PBI die einzige internationale Organisation mit konstanter Präsenz in diesem Bundesstaat. In Mexiko Stadt werden NRO's begleitet sowie Kontakt mit Regierungsstellen und dem diplomatischen Corps gepflegt. PBI führt des weiteren zusammen mit mexikanischen Menschenrechtsorganisationen Workshops zu Sicherheitsfragen von MenschenrechtsverteidigerInnen durch.

Die Vorgehensweise von PBI

PBI ist davon überzeugt, dass Konflikte nicht mit Gewalt, sondern nur im Dialog und durch Verständigung bearbeitet und transformiert werden können. PBI unterstützt deshalb in den Projektländern jene zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich mit gewaltfreien Methoden für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und friedliche Bearbeitung von Konflikten einsetzen. Durch die Präsenz von internationalen Freiwilligen-Teams versucht PBI, den zivilen Bewegungen Rückhalt zu geben und die Freiräume für ihre Arbeit zu erhalten und zu vergrößern. Dies geschieht unter anderem mittels Öffentlichkeitsarbeit und der Verbreitung unabhängiger Informationen sowie durch Schutzbegleitung bedrohter Personen. In dem geschaffenen Freiraum ist es den Begleiteten möglich, gewaltfrei für eine Lösung der Konflikte zu kämpfen. Das Motto von PBI „making space for peace“ bringt dies auf den Punkt.

In Verbindung mit einem internationalen Netzwerk

Im Laufe der Zeit konnte PBI weltweit ein internationales Netzwerk von Unterstützern aufbauen. Dazu gehören befreundete Organisationen, wie Amnesty International, politische Stiftungen, einflussreiche Parlamentarier, Kirchen, Medienvertreter, Botschaften und Regierungsstellen. Dieses Netzwerk kann jederzeit aktiviert und alarmiert werden. Dieses Netzwerk gibt den PBI-Teammitgliedern und deren Schutzbefohlenen den nötigen internationalen Schutz. Diese

Methode funktioniert seit 25 Jahren (erstes Projekt 1983). In seither weit über 1.000 Einsätzen ist kein Todesfall eines PBI-Freiwilligen zu verzeichnen. PBI legt großen Wert auf die Sicherheit der Freiwilligen (und aller Beteiligten). Die Prinzipien von PBI sind darauf ausgerichtet, größtmöglichen Schutz zu bieten. Deswegen ist PBI unparteiisch, mischt sich nicht in Konflikte ein oder klagt an, wie Amnesty International das macht. Ein weiterer Sicherheitsaspekt besteht darin, dass PBI seine Arbeit in den Krisenregionen transparent macht und deswegen auch Kontakt zu allen Konfliktparteien hat. Hinzu kommt das große internationale Unterstützungsnetz von PBI, ein quasi im Verborgenen wirkendes Sicherheitsnetz. Die damit verbundene Advocacy-Arbeit (verteidigen, befürworten, vertreten) wird nur selten sichtbar. Allein in Deutschland hat PBI fortlaufend Kontakt zu 50 Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen, um nur eine Gruppe von Unterstützern zu nennen. Zudem wird PBI nur in Konflikten tätig, in denen ihre Methode funktioniert. Daher bedarf die Eröffnung neuer Projekte auch eine lange Vorbereitungszeit, in der umfassende Konfliktanalysen gemacht werden.

Prinzipien von PBI

Unparteilichkeit

Unparteilichkeit heißt, das PBI sich nicht als Vertreterin einer bestimmten, am Konflikt beteiligten Partei sieht. „Unparteilichkeit“ ist nicht gleichbedeutend mit „Neutralität“. PBI-Teams setzen sich offen und bekenntend für die Verwirklichung der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts ein. Alle zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich legal und gewaltfrei für diese Grundrechte einsetzen, können durch die internationale Begleitung Unterstützung bei ihrer Arbeit erfahren.

Unabhängigkeit

PBI ist keiner religiösen, philosophischen oder anderen Weltanschauung verpflichtet und offen für alle Mitglieder, welche die Ziele und Prinzipien der Organisation vertreten. Auch auf die finanzielle Unabhängigkeit legt PBI größten Wert. Die Mittel für

Projekte werden von den verschiedenen PBI-Ländergruppen, ihren Mitgliedern und Förderern gemeinsam aufgebracht. Darüber hinaus erhält PBI kirchliche, öffentliche und private Zuschüsse. Eine Abhängigkeit von einzelnen Gebern wird damit vermieden.

Internationalität

Die Internationalität von PBI leitet sich aus der Entstehungsgeschichte der Organisation und ihren universalen Zielen ab. PBI wurde als eine grenzüberschreitende Organisation der Zivilgesellschaft gegründet. Durch ihre Internationalität ist PBI unabhängig von der Einflussnahme nationaler Regierungen. Auch in Bezug auf Glaubwürdigkeit der Unparteilichkeit spielt die Internationalität eine zentrale Rolle. Deshalb werden die Teams grundsätzlich multinational besetzt.

Nichteinmischung

Nichteinmischung bedeutet, dass PBI keinen Einfluss auf Entscheidungsprozesse der begleiteten Organisationen nimmt. Durch die Präsenz von PBI soll der Handlungsspielraum erhalten bzw. wieder gewonnen werden. PBI geht zudem davon aus, dass die lokalen Akteure selbst in der Lage sind, kreative Lösungen für eine Konflikttransformation zu entwickeln, wenn ihnen der hierfür erforderliche Raum zur Verfügung steht. Eine Einmischung würde diesem Ziel des nachhaltigen Empowerment entgegenlaufen. Außerdem wäre bei Aktivitäten innerhalb der begleiteten Organisation die Unparteilichkeit von PBI grundsätzlich in Frage gestellt.

Gewaltfreiheit

Die Mitglieder der PBI-Teams sind unbewaffnet und begleiten ausschließlich lokale Akteure, die sich gewaltfrei für eine Konflikttransformation einsetzen. PBI ist davon überzeugt, dass die gewaltfreie Konfliktbearbeitung zu einem wirkungsvollen Instrument ausgebaut werden kann; wobei hierfür nur ein geringer Teil der menschlichen und materiellen Ressourcen, die über Jahrhunderte für militärische Zwecke ausgegeben wurden, zur Verfügung gestellt werden muss.

Anfrageprinzip

PBI wird ausschließlich auf Anfrage von lokalen Menschenrechtsverteidigern/-innen aktiv. Ein PBI-Team wird nur entsendet, wenn einheimische Organisationen oder Individuen ihren Handlungsspielraum bedroht sehen und PBI offiziell um internationale Präsenz anfragen. Genauso begleiten Teams, wenn sie vor Ort die Arbeit aufgenommen haben, nicht von selbst die lokalen Menschenrechtsverteidiger/-innen. Während des gesamten Einsatzes wird immer nur auf Anfrage gearbeitet. Diese Anfragen werden zuvor dahingehend geprüft, ob sie mit den weiteren PBI-Prinzipien vereinbar sind.

Entscheidungsfindung im Konsens

PBI ist basisdemokratisch organisiert. Entscheidungen werden sowohl auf internationaler Ebene wie im PBI-Team vor Ort im Konsens gefällt. Das Konsensprinzip ist ohne Zweifel zeitaufwändig. Es stellt aber sicher, dass möglichst alle relevanten Fakten bei einer Entscheidung berücksichtigt werden und die Entscheidung gemeinsam verantwortet wird. Spaltungen in zwei oder mehrere Lager werden vermieden.

Teamarbeit auf engstem Raum

Wenn die Entscheidung bei PBI gefallen ist, ein Team in einer Region zu installieren, wird in der Regel ein kleines Haus angemietet, das einigermassen vor fremdem Zutritt gesichert werden kann (Gitter und doppelte Eingangstür). Gewöhnlich gehören 7-10 Personen zu einem Team. Das Verhältnis von Männern und Frauen beträgt im Durchschnitt 1:3. Schutzbegleitungen werden in der Regel von einer Frau und einem Mann durchgeführt. Die Unterbringung erfolgt gewöhnlich in Zweibettzimmern. Es gibt nur wenige Einzelzimmer. Die Verteilung der vielfältigen Aufgaben erfolgt im Konsensprinzip. Zu den Aufgaben gehören: Begleitschutz, Meetings bei Behörden und Institutionen, Alarmierungs- und Bereitschaftsdienst und nicht zuletzt der Hauswirtschaftsdienst (Bereitstellung der Verpflegung und Saubermachen). Alle Menschenrechtsaktivitäten werden schriftlich dokumentiert. Hinzu

kommt die wöchentliche Analyse der Menschenrechtslage und der Gefährdung im Konsens. Es bleibt also nicht viel Zeit für Persönliches. Ein Tag in der Woche ist für jeden frei, was nicht bedeutet, dass man mal eben in die Disko gehen kann. Der nicht ungefährliche Dienst bei PBI hat keinen touristischen Charakter und macht eine sorgfältige Absprache notwendig. Während des einjährigen Dienstes im Team ist auch ein Urlaub vorgesehen, der in der Regel in der zweiten Hälfte des Aufenthaltes genommen wird. Die Teammitglieder erhalten monatlich neben freier Kost und Logis ein Taschengeld von 150 USD. Das Leben im PBI-Team setzt Idealismus und Teamfähigkeit voraus. Belohnt werden die Teammitglieder durch das prägende Erlebnis mutiger Persönlichkeiten der lokalen Partner, die in äußerst schwierigen Situationen eine erstaunliche Zivilcourage zeigen.

Struktur von Peace Brigades International

Internationale Ebene:

- Internationaler Rat
- Dreijährige Generalversammlung
- Internationale Komitees

Sowie ein internationales Koordinierungsbüro in London. Darüber hinaus ist das PBI-Europabüro in Brüssel im Laufe dieses Jahres (2008) ausgegliedert worden und als eigene Organisation mit dem Namen „Protection International (PI)“ tätig. Hintergrund der Ausgliederung sind Mandat und Prinzipien von PBI. PI macht Sicherheitstraining in allen Regionen der Welt und agiert sehr flexibler und schneller als PBI. Diese Trennung erleichtert die Zusammenarbeit von PBI und PI in Ländern, in denen beide Organisationen tätig sind. Mehr zu PI unter www.protectionline.org.

Nationale Ebene

PBI-Ländersektionen (Australien, Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, USA)

PBI – Deutscher Zweig e.V.

Büro in Hamburg: Hauptamtliche, Freiwillige und Praktikanten/-Innen

Komitees: Finanzkomitee, Planungs-komitee, Personalkomitee, Koordinierungsgruppe

Basis: ca. 400 UnterstützerInnen (aktiv/passiv)

Dauerhafte Arbeitsgruppen (Projektgruppen, Regionalgruppen)

Abschließende Bemerkungen

1. Kein Interventionismus

Die Tätigkeit und die Vorgehensweise von PBI beruht nicht – wie so häufig bei Staaten – auf einer Intervention von Außen, welche die betreffende Gesellschaft in eine bestimmte Richtung beeinflussen will, was meistens nicht funktioniert. PBI beschränkt sich ausschließlich auf die Schutzbegleitung von Menschenrechtler/-Innen der betreffenden Region. Dadurch erhält dieser Personenkreis Raum und Möglichkeit für ihr Handeln. So trägt PBI dazu bei, dass sich eine Zivilgesellschaft entwickeln kann. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für menschlichen Fortschritt.

2. PBI ist präventiv tätig

Darüber hinaus trägt PBI indirekt zur Früherkennung und Prävention

von schweren Menschenrechtsverletzungen bei. In Guatemala hat PBI nachweislich dazu beigetragen, dass der Genozid an der indigenen Bevölkerung eingedämmt werden konnte, weil Menschenrechtler geschützt wurden und so eine Zivilgesellschaft entstehen konnte. Dies führte zu einer zivilen Übergangsregierung.

3. Ohne PBI-Begleitung wären viele Friedensaktivisten nicht mehr am Leben

„Peace Brigades International“ zeigt, dass die Begleitung von Menschen, die unter einem autoritären Regime, Intoleranz und staatlicher Gewalt leiden, unschätzbar und absolut nötig ist. Sie macht den Kampf für die Menschenrechte effektiver und verwandelt den Traum von Demokratie in Wirklichkeit. Große Herausforderungen warten auf PBI in anderen Ländern, wo ihre Präsenz und ihre Begleitung als moralische Kraft und Unterstützung gebraucht werden.“

(*Rigoberta Menchú Tum,
Guatemala,
Friedensnobelpreisträgerin*)

Spendenaufwurf

Liebe Leser, die Arbeit der GKS erfordert Geldmittel, egal, ob an der Basis gearbeitet wird, auf Bereichs- oder auf Bundesebene. Die Aufwendungen für alle notwendigen Aktivitäten, einschließlich unserer Verbandszeitschrift, steigen mit der allgemeinen Kostenentwicklung Jahr um Jahr. Sie alle kennen das Phänomen, dass die zur Verfügung stehenden

Geldmittel nicht im gleichen Maße steigen. Deshalb ist die GKS unter anderem auch auf Spenden angewiesen. Damit auch eine Spendenquittung ausgestellt werden kann, wurde der GKS e.V. gegründet, der aufgrund seiner anerkannten Gemeinnützigkeit dies quittieren kann. Auf dessen Konto gemäß der abgebildeten Überweisung bitten wir Sie um Spenden, Spendenquittungen werden danach ausgestellt und zugesandt.

Ein herzliches Vergelt's Gott allen Spendern.

25 Jahre „Ärzte für die Dritte Welt“:

„Mensch sein für andere“

VON PETER DE GROOT (KNA)

Somalia, 1981: Das ostafrikanische Land wird von einer Hungerkatastrophe heimgesucht. Für das „Komitee Cap Anamur“ koordiniert der Jesuitenpater Bernhard Ehlen dort den Einsatz von Ärzten und Hilfspersonal. Ein „Schlüsselerlebnis“: Aus Deutschland kommend und eben gelandet, rettet ein Arzt mit dem Schnitt seines Skalpellens einem zwölf Jahre alten Jungen das Leben.

Damals wurde dem heute 69 Jahre alten Jesuitenpater klar: Ein Arzt kann auch in kurzzeitigen Einsätzen, unabhängig von Fremdsprachenkenntnissen und seinem Wissen um kulturelle Hintergründe „Menschen in Krankheit und Leid sinnvoll helfen“. Zudem: Ehlen wusste um viele Ärztinnen und Ärzte, die nach Möglichkeiten suchten, sich zu engagieren, ohne gleich für ein halbes Jahr oder länger aus der Praxis, der Klinik, dem Familienleben aussteigen zu müssen. Aber gibt es nicht auch eine Urlaubszeit?

Am 10. September 1983 - vor 25 Jahren also - gründet Ehlen bei einem Treffen mit Ärzten in Darmstadt den Verein „Ärzte für die Dritte Welt“, der

seinen Sitz schon bald nach Frankfurt verlegt. Die Bilanz heute: Für 2.300 Mediziner organisierte der überkonfessionelle Verein rund 4.500 Hilfseinsätze. Der Einsatz ist auf sechs Wochen begrenzt, in den Slum-Ambulanzen lösen sich die Ärzte ab, um auch längere Behandlungen sicher-



zustellen. Jederzeit sind insgesamt 38 Mediziner in den neun Arztprojekten der „Ärzte für die Dritte Welt“ auf den Philippinen, in Indien, Bangladesch, Kenia und Nicaragua im Einsatz. Unentgeltlich. Zudem zahlen die Ärzte einen Beitrag in Höhe von mindestens der Hälfte der Flugkosten. Viele von ihnen beteiligen sich mehrfach an den Projekten.

Anfänglich wurde Ehlen von keiner Geringeren als Mutter Teresa von Kalkutta (1910-1997) bestärkt. Machen Sie das, habe sie zu ihm gesagt, denn Arzt zu sein, sei nicht ein Beruf, sondern eine Berufung. Ehlen räumt

ein, zunächst „wohl doch recht blauäugig“ agiert zu haben. Er sei aber davon überzeugt, dass da ganz erheblich auch ein anderer seine Hand im Spiel gehabt habe. Der nämlich, so Ehlen, „der die Liebe zum Nächsten, die Nächstenliebe als höchstes Gebot unter uns Menschen will, der seiner Schöpfung und seinen Geschöpfen die Nächstenliebe als das Sinn-Prinzip gab“. Der Jesuitenpater spricht davon, dass der Mensch berufen sei, „Mensch zu sein für andere“, dass der Einsatz für andere das eigene Leben bereichere. Und er weist darauf hin, dass, wer die Augen aufmache, auch hierzulande Menschen sehe, für die er sich einsetzen könne.

Dem Kuratorium der „Ärzte für die Dritte Welt“, dessen Präsidentin die Schauspielerin und Ärztin Maria Furtwängler ist, gehört seit kurzem auch Ex-Bundesbankchef Hans Tietmeyer an. „Diese Ärzte“, sagt Tietmeyer, „bemühen sich um eine fachlich kompetente Samariterrolle; Gutmenschen allein hilft den armen Ländern nicht“. (KNA)

Website:

www.aerzte-dritte-welt.de

Islamische Präsenz im Internet (I)

Islamische Gelehrte weltweit führten Anfang der 1990er Jahre erneut jene Debatte, die stets aufbrach, wenn umwälzende Erfindungen aus dem Westen das traditionelle Gefüge ihrer Gesellschaften zu erschüttern drohten: War die neue Technik eine unzulässige Neuerung oder mit dem Glauben vereinbar? In vielen Fällen ging die Prüfung zugunsten des unbestreitbaren Nutzens der Neuerungen aus, der Koran ist kein Feind von Fortschritt und Wissenschaft. Komplizierter lagen jedoch die Dinge beim Internet. Vor allem die wahhabitischen Wortführer in Saudi-Arabien lehnten das World Wide Web ab, weil es die Muslime mit westlicher Oberflächlichkeit und Pornografie überfrachten werde.

Befürworter erkannten dagegen früh die Möglichkeiten des Internet. Dieses Medium könne den Austausch unter den Gläubigen vertiefen und der Mission nie gekannte Reichweiten eröffnen. Auf den Punkt brachte es Scheich Faysal Mawlawi, ein führender Vertreter des Europäischen Fatwa-Rates: „Muslimen wird die Internetnutzung empfohlen,

um den Islam und seine Lehren zu verbreiten.“ Letztlich schlossen sich dem auch die Konservativen – und die Fundamentalisten – an. Die Zahl islamischer Internet-Seiten ist nicht mehr zu überblicken. Arabische Portale wie islamonline.net, islamweb.net oder raddadi.com erreichen mit religiöser Erbauung, politischer Information und Chatforen ein Millio-

nenpublikum. Dabei stehen die Fatwa-Dienste, in denen Gelehrte juristische Fragen beantworten, für eine tiefgreifende Entwicklung im global vernetzten Islam. Konnten sich Muslime früher nur beim Ortsmufti juristischen Rat holen, stehen ihnen heute die unterschiedlichen Interpretationen – von liberal bis radikal – zur Verfügung.

Bedeutsam ist auch die wachsende Zahl privater Portale, Blogs und Foren. Die Rückwirkungen des hier vertretenen progressiven Religions- und Politikverständnisses auf den Weltislam könnten immens sein. Gerade deshalb hat das Internet in islamischen Staaten einen schweren Stand. Autoritäre Machthaber fürchten diese subversive Kraft und können dabei meist auf die Unterstützung einer staatshörigen Geistlichkeit zählen. Online-Zugang und -Nutzung werden daher möglichst überwacht. So agieren liberale Anhänger des Propheten im Web zumeist vom Westen aus. In ihren Portalen wie muslimwakeup.com, progressiveislam.com oder ijthad.org geht es um

Aufklärung und Provokation bei Menschen- und Frauenrechten, Sexualität, Toleranz oder zeitgemäßer Auslegung von Koran und Sunna – aber im islamischen Kontext. Die aus orthodoxer Sicht geradezu ketzerischen Meinungen zeigen eine Protestkultur, die westliche Nachhilfe kaum nötig hat.

Zugenommen hat auch der radikalislamische Einfluss im Internet. Die Homepages der Muslimbrüder, der Hamas oder der Hisbollah gehören ebenso zum Bild wie die bis zu 7.000 so genannten Terror-Sites mit ihrer Mischung aus Koran und Kalaschnikow. Jedoch sollte ihre Bedeutung nicht überschätzt werden. Gemäß Untersuchungen verirrt sich nur ein

Bruchteil der Muslime auf diese Seiten. Wichtiger ist die Web-Präsenz radikaler Fundamentalisten, die den Terror zwar verbal ablehnen, deren gottesstaatliche Ideale aber durchaus islamistisch anmuten. So drängen vor allem die Salafisten, die sich am „reinen Islam“ der Frühzeit orientieren, mit salaf.com nach vorne. Experten sprechen von qualitativ gut gemachten Seiten und dem derzeit stärksten Segment im Web-Islam. Bei aller zur Schau getragenen Abscheu vor den „Ungläubigen“ widmen die Salafisten auch der Mission breiten Raum und zeigen in ihren Videos überwiegend junge Menschen aus dem Westen beim Glaubensübertritt. (KNA-ID 31)

Islamische Präsenz im Internet (II)

Alle Schattierungen des heutigen Islam, wie sie im World Wide Web anzutreffen (s. Teil I) sind, finden sich inzwischen auch im deutschsprachigen Netz. Selbst der virtuelle Dschihad hat die Bundesrepublik erreicht. Ende 2007 schreckte ein deutscher Ableger der „Globalen Islamischen Medienfront“ (GIMF) mit einem Drohvideo gegen Deutschland und Österreich. Trotz einiger Festnahmen ist die deutsche GIMF weiter aktiv. Sie dient vor allem als „Übersetzungsdienst“ für die Pamphlete und Videos dschihadistischer Seiten, die meist arabischsprachig sind. Bemerkenswert sind auch hierzulande private islamische Webseiten.

In der Bundesrepublik dominiert bei den offiziellen Verbänden wie dem Dachverband der Türkisch-Islamischen Union, Anstalt für Religion (DITIB), dem Islamrat, dem Verband der Islamischen Kulturzentren und dem Zentralrat der Muslime in Deutschland ein konservativ-gemäßigter Islam unter starker Betonung der eigenen Verfassungstreue. Nicht einmal die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs und die Islamische Gemeinschaft in Deutschland, die der Verfassungsschutz beobachtet, lassen auf ihren offiziellen Seiten Ansätze von Extremismus erkennen. Eines aber ist allen Verbänden gemeinsam: Reizthemen wie Scharia, militärischen Dschihad oder mangelnde Religionsfreiheit in islamischen Ländern diskutieren sie kaum. Der Reformislam spielt ebenfalls keine Rolle.

Mehr Lust an der Kontroverse beweist die private Internetinitiative muslimische-stimmen.de, die zwei Türkinnen aus Berlin ins Leben gerufen haben. Überwiegend aufgeschlossene Muslime stellen in ihrem preisgekrönten Kommunikationsfo-

rum Beiträge über ihr Islamverständnis ein. Der Leser stößt auf teils sehr persönliche und ungewohnte Innenansichten. So etwa, wenn eine lesbische Muslima über Toleranz in ihrer Religion spricht. Gerade muslimische Frauen thematisieren ihr Verhältnis zur Religion im Internet. Mit huda.de haben sie ein Netzwerk geschaffen, das sich dem scheinbaren Paradoxon eines islamischen Feminismus widmet. Für die Ablehnung des Kopftuches zeigen sie Verständnis. Sogar an eine feministische Koranexegese zu Frauenrechten vor islamischen Gerichten wagen sich die Autorinnen heran. Von der Breitenwirkung des Portals muslimmarkt.de sind solche Auftritte aber weit entfernt. Die Seiten von muslimmarkt.de mit mehreren tausend Besuchern im Monat bahnen zuverlässig den Weg in die Parallelgesellschaft. Ein Branchenverzeichnis liefert vom islamischen Arzt bis zum Anwalt Stadt für Stadt die gesamte Geschäftspalette und bewahrt vor Kontakten mit Nichtmuslimen. Zu einiger Berühmtheit in den Medien brachte es dieses Portal mit einem Mustertext für Eltern, die

ihre Töchter vom Schulschwimmen abmelden wollen.

Am auffälligsten sind auch hierzulande die Webaktivitäten der Salafisten. Zentrale Figur der Szene ist ein Konvertit. Mehr als fünf Millionen User, so Pierre Vogel alias Abu Hamza, habe er schon mit seinen Predigten auf Missionsportalen wie diewahrereligion.de und salaf.de erreicht. Beim Internetportal youtube bringt es der vollbärtige Endzwanziger, der stets in langer Dschallabiya und Häkelkappe auftritt, immerhin auf einige zehntausend Klicks pro Auftritt. Hunderte Menschen soll er bekehrt haben. Der Tenor seiner lockeren Ansprachen: Der Westen ist verderbt, Wahrheit und Glück bietet allein ein strenger Islam. Spielend garniert der frühere Profiboxer seinen rheinischen Akzent mit arabischen Koranzitaten. Denn Vogel/Hamza, hat sich zwei Jahre lang an Lehrstätten in Saudi-Arabien ausbilden lassen. Ausgerechnet dort also, wo anfangs die Nutzung des Internets für Muslime auf schärfste Ablehnung gestoßen war. (KNA-ID 32)

Uganda 20 Jahre nach dem Bürgerkrieg:

Viele Menschen müssen das Leben neu lernen

Die Kirche hilft Flüchtlingen, die zurückkehren wollen

Der Rektor des Priesterseminars von Alokolum (Norduganda), Mons. Cosmas Alule, hat in einem Gespräch mit dem internationalen katholischen Hilfswerk „Kirche in Not“ davor gewarnt, dass viele Flüchtlinge, die infolge des Bürgerkrieges in Uganda schon seit 20 Jahren in Lagern leben, kein „normales Leben“ mehr gewöhnt seien. Fast eine ganze Generation sei bereits in Flüchtlingslagern geboren oder aufgewachsen. Zwar würden mittlerweile viele in ihre Dörfer zurückkehren, aber zahlreiche Menschen hätten Angst vor der Rückkehr, da sie nicht wüssten, wie sie ein Leben außerhalb des Lagers gestalten können.

„Die ganze Arbeitskultur ist zerstört worden, die Leute haben jeden Tag ihre Essensrationen empfangen und wissen nicht mehr, wie man sich seinen Lebensunterhalt verdient“, erklärte Alule. Hier müsse die Kirche Hilfe leisten und die Menschen beraten, da dem Staat diese Problematik nicht wirklich bewusst sei. Die Regierung gebe den Rückkehrern zwar etwas Baumaterial und Saatgut, aber damit sei es nicht getan. Es gehe darum, „den Menschen dabei zu helfen, ihr Leben auch in seelischer, kultureller und spiritueller Hinsicht wiederherzustellen“.

Die Untätigkeit, zu der die Menschen in den Lagern verurteilt seien, führe zudem auch zu einem verstärkten Alkoholkonsum und zu sexueller Unmoral, was wiederum in den Lagern eine mindestens dreimal höhere HIV/AIDS-Rate als in der übrigen Bevölkerung zur Folge habe. Insgesamt sei die Infektionsrate in Uganda zwar durch kirchliche und staatliche Programme gesunken, in manchen Flüchtlingslagern sei allerdings mehr als ein Fünftel der Menschen infiziert. „Wir müssen retten, was zu retten ist“, so Alule.

Das größte Problem bestehe jedoch darin, dass viele Menschen schwerst traumatisiert seien. „Sie haben gesehen, wie ihre Kinder entführt,

ihre Schwestern, Mütter, Töchter und Frauen vergewaltigt und Menschen getötet worden sind“, berichtete der Geistliche. In dem Priesterseminar von Alokolum, das sich auf dem Gelände eines Flüchtlingslagers befindet, so dass die Seminaristen das Leben der Flüchtlinge teilen, werden die angehenden Priester besonders dafür ausgebildet, den Traumatisierten beizustehen und ihnen zu helfen. Allerdings hätten manche der 171 Seminaristen selbst Traumata erlitten. Dies stelle eine Herausforderung für die Ausbilder dar. Die geistlichen Begleiter der Seminaristen würden sich besonders intensiv mit diesen Problemen befassen. Es sei jedoch auch gut, dass „zukünftige Priester die Erfahrungen der Bevölkerung geteilt haben“, denn „wir brauchen Priester, die wissen, was Leid ist“, so der Rektor. Wenn jemand diese schmerzlichen Erfahrungen gemacht habe und in der Lage sei, daran nicht zu zerbrechen, könne er anderen viel besser helfen.

Die Kirche in Norduganda versucht die Flüchtlinge auch dazu anzuleiten, sich gegenseitig zu helfen. Die Älteren, die noch gelernt haben, Felder zu bewirtschaften und einen Haushalt zu führen, sollen den Jün-

geren dieses Wissen vermitteln. Die Menschen sollen lernen, sich gegenseitig zu unterstützen. Die katholische Kirche setze auf eine „Strategie der Solidarität“. Die Priester teilen das Leben der Gläubigen, identifizieren sich damit und sind somit in der Lage, die Gläubigen zu verstehen und zu ermutigen.

Angesichts des in Aussicht stehenden Friedensabkommens, das den Bürgerkrieg auch offiziell beenden soll, äußerte Alule einen „tiefen Optimismus“, dass der Frieden kommen werde. Er sei davon überzeugt, dass der Frieden nicht nur durch einen Vertrag zustande komme, sondern dass „Gott den Frieden gebracht hat, indem er bewirkt hat, dass die Menschen des Krieges überdrüssig sind“. „Wir haben das Gefühl, dass der Krieg zu Ende ist“, fügte er hinzu.

Seit 1988 herrscht in Norduganda Bürgerkrieg zwischen der ugandischen Regierung und den Rebellen der Lord's Resistance Army. Mittlerweile wurden mehrere Teilfriedensabkommen unterzeichnet. Die Unterzeichnung des endgültigen Friedensabkommens steht jedoch noch aus.

(KIN/ZENIT.org)

Zehntausende neue Flüchtlinge im Kongo

Die Hilfsorganisation „ActionAid“ fürchtet Krankheiten und Epidemien in den Flüchtlingslagern im Osten des Kongo. Allein in einem Lager seien in der vergangenen Woche 60.000 neue Flüchtlinge angekommen, erklärte die Organisation in Brüssel. Viele schliefen im Freien und seien damit den derzeitigen heftigen Regenfällen schutzlos ausgesetzt. Papst Benedikt XVI. hat die blutigen Auseinandersetzungen im Kongo verurteilt und ein Ende der Gewalt gefordert. Das katholische Kirchenoberhaupt beklagte am Sonntag auf dem Petersplatz die Zerstörungen, Plünderungen und vielen Formen der Gewalt im Nordosten der Demokratischen Republik. Die militärischen Zusammenstöße und die systematische Grausamkeit forderten weiter zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung. Mehr als eineinhalb Millionen Menschen in Nord-Kivu seien auf der Flucht. Benedikt XVI. bekundete den Betroffenen seine geistige Nähe und dankte den Hilfsorganisationen und vor allem den örtlichen kirchlichen Helfern für ihren Einsatz. Der Papst wörtlich: „Ich erneuere meinen eindringlichen Appell, dass alle bei der Wiederherstellung des Friedens in dem seit langem gemarterten Land zusammenarbeiten.“ Dabei seien die Rechte und vor allem die Würde jedes einzelnen Menschen zu achten. (KNA)

Stabilitätsanker Ehe

VON JÜRGEN LIMINSKI (DT)

Komisch. Die Ehe soll ja angeblich nicht mehr so gesellschaftsfähig sein. Aber kaum heiratet ein deutscher Promi, stürzt sich die Öffentlichkeit gierig auf das Ereignis. Dabei ist Ehe doch viel mehr als schöne Sehnsuchtsbildchen in der Regenbogenpresse. Mehr Geburten, mehr Wohlstand, mehr Glück: Die Ehe ist gesünder als Journalisten und Politiker wahrhaben wollen.

Es ist fast ein klassischer Fall junger Paare. Der Kapitän der Fußball-Nationalmannschaft Michael Ballack heiratet seine Freundin – nach zehn Jahren Zusammenleben und drei Kindern. Aber nur fast, denn dieser Entschluss wird in der Regel früher gefasst und in die Tat umgesetzt, nach wenigen Jahren und nach dem ersten oder spätestens zweiten Kind. Ballack, der schon etliche Endspiele hinter sich, aber noch nie eins gewonnen hat, ist also auch im Leben zweiter Gewinner. Das sind freilich die meisten seiner Generation. Die Siegertypen sind die anderen, jene, die aus der Masse herausragen, weil sie das Wagnis eingehen, Ehe nicht auf Probe zu leben und statt dem „vielleicht für immer“ mit einem „Ja für immer“ schon bei dem Partner zu beginnen. Und nicht erst, wenn Kinder als die „sichtbar gewordene Liebe“ (Novalis) mit ihrer Präsenz zum öffentlichen Ja, zum Bund fürs Leben raten.

Das Wagnis lohnt sich – persönlich und für den Staat. Die Ehe ist nach wie vor die dominierende Lebensform in Deutschland. Fast neun von zehn Paaren leben in Ehe, stellt der Mikrozensus 2006 fest. Das ist bei „urbanen Subgruppen“ wie Journalisten und Politikern freilich anders, wie der Schweizer Soziologe Francois Höpflinger schon vor zehn Jahren schrieb. Aber dass Ehe sich lohnt, das weiß auch die Bundesregierung. In einem Gutachten für das Familienministerium aus dem Jahr 2000 werden anhand einer Fülle von Alltagsbeispielen die wirtschaftlichen Vorteile der Ehe beschrieben. Schließlich heißt es: „Unter wirtschaftlichen Ge-

sichtspunkten lässt sich die Ehe als eine Gemeinschaft charakterisieren, in der bestimmte Güter und Dienstleistungen effizienter produziert und konsumiert werden können, als es der Fall wäre, wenn die Beteiligten alleine wirtschaften würden. Darüber hinaus bildet die Ehe eine Art Versicherung gegen die Wechselfälle des Lebens. Solange dieses Idealmodell Bestand hat, ziehen alle Beteiligten aus der beschriebenen Kooperation ihren Nutzen.“

Manche Ideologen, aber auch etliche Meinungsführer in bürgerlichen Kreisen, ziehen daraus den Fehlschluss, dass diese Erkenntnis der Einführung des Ehegattensplittings vor einem halben Jahrhundert (1957) zugrunde lag, heute aber überholt sei, zumal viele verheiratete Paare gar keine Kinder hätten und deshalb nicht anders zu behandeln seien als nicht-verheiratete Paare. Abgesehen davon, dass das Grundgesetz die Ehe als schützenswertes Element der staatlichen Ordnung anerkennt und die Ehe schon deshalb nicht – auch nicht finanziell – diskriminieren darf, ist auch die Annahme falsch. Denn kinderlose Ehen sind viel seltener als angenommen.

„Fast neunzig Prozent der Ehen haben ein Kind oder Kinder. Der Mangel an Kindern resultiert nicht aus der Kinderlosigkeit von Ehen, sondern aus dem Verschwinden der Großfamilie“

Aus den jährlich erhobenen Daten des Mikrozensus, der größten Haushaltsbefragung in Deutschland, ergibt sich zwar, dass etwa die Hälfte aller Ehepaare ohne Kinder im Haushalt lebt. Das bedeutet aber nicht, dass diese Ehepaare „kinderlos“ sind. Denn häufig handelt es sich um ältere Paare, deren Kinder bereits den Haushalt verlassen haben. Nähere Aufschlüsse über den Anteil der tatsächlich kinderlosen Ehen lassen sich gewinnen, wenn man Ehepaare in einem Alter betrachtet, in dem die Kinder in der Regel den elterlichen Haushalt noch nicht verlassen haben.

Das hat das Statistische Bundesamt in einer Sondererhebung getan und die Kinderlosigkeit unter Frauen im Alter von 35 bis 49 Jahren untersucht. Demnach hatten ein Drittel von den ledigen Frauen in diesem Alter Kinder. Von den verheirateten Frauen der gleichen Altersklasse hatten dagegen 86 Prozent Kinder. Zu berücksichtigen ist dabei, dass Geburten heute lange aufgeschoben und nicht wenige Frauen nach ihrem 35. Lebensjahr zum ersten Mal Mutter werden. Insgesamt dürften daher weniger als 14 Prozent der verheirateten Frauen kinderlos bleiben. Solche Zahlen werden selten veröffentlicht. Das Institut für Demographie, Allgemeinwohl und Familie (www.i-daf.org) hat sie jetzt publiziert und außerdem noch eine andere Quelle, die Befunde aus dem Familiensurvey des Deutschen Jugendinstituts herangezogen.

„Verheiratete Männer leben gesünder und länger als unverheiratete. Das mag an der Fürsorge ihrer Frauen liegen. Aber die Ergebnisse gelten für verheiratete Frauen ebenso“

Der Familiensurvey ist eine vom Bundesfamilienministerium geförderte, umfangreiche Untersuchung über Partnerschafts- und Familienverhältnisse in Deutschland. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik wird im Familiensurvey auch nach Lebenspartnern gefragt, die nicht im selben Haushalt leben. Dies ermöglicht nähere Aufschlüsse über die Zusammenhänge von verschiedenen Lebensformen und der Entscheidung für Kinder. Von den im Familiensurvey befragten ledigen Frauen und Männern, die mit ihrem Partner in einem Haushalt wohnten, hatten weniger als ein Viertel Kinder. Dagegen hatten fast 87 Prozent der verheirateten Frauen und Männer, die mit ihrem Ehepartner zusammen lebten, Nachwuchs. Befragt wurden im Familiensurvey Männer und Frauen im Alter zwischen 18 und 55 Jahren. Dies bedeutet, dass wahrscheinlich manche Ehepaare zum Zeitpunkt der Befragung ihren Kinderwunsch

noch nicht realisiert hatten und ihr erstes Kind erst später bekamen. Es ist deshalb anzunehmen, dass weniger als 13 Prozent der im Familiensurvey befragten Ehepaare kinderlos geblieben sind. Mit anderen Worten: Fast neunzig Prozent der Ehen haben ein Kind oder Kinder. Der Mangel an Kindern insgesamt resultiert nicht aus der Kinderlosigkeit von Ehen, sondern aus dem Verschwinden der Großfamilien.

Wer die Ehe fördert, begünstigt die Geburtenquote, ein Anliegen, das selbst die rotgrüne Regierung sich schon zu eigen machte und das auch die Große Koalition offen zu ihren Prioritäten erkoren hat. Dennoch untergruben beide Regierungen das Institut der Ehe. Die Bedeutung der Ehe für die Geburt von Kindern zeigt sich auch an der Entwicklung der endgültigen Kinderzahlen von Frauen. Während diese Zahlen bei Frauen seit den Geburtsjahrgängen der 1930er Jahren stetig abnehmen, ist die durchschnittliche endgültige Kinderzahl der verheirateten Frauen in den nach 1946 geborenen Jahrgängen (zumindest bis zum Jahrgang 1960) wieder angestiegen. Ehen sind in Deutschland also, zumindest wenn sie von einiger Dauer sind, geburtenfördernd. Daraus könnte man ableiten, dass die Politik, sofern sie die Geburtenquote mindestens halten oder erhöhen möchte, auch am Ehegattensplitting festhalten sollte. Die Ehe nutzt dem Staat auch auf andere Weise. Stabile Beziehungen senken die Risiken von Armut und Krankheit und erhöhen die Lebenserwartung und Lebenszufriedenheit. Ehe macht glücklich – auch wenn die Blödeleien der deutschen Komiker und die veröffentlichte Meinung das gern anders sieht.

Im Fall Amerika hat das die Verhaltensforscherin Linda Waite von der Universität Chicago erforscht. Verheiratete Männer leben gesünder und länger als unverheiratete. Das mag an der Fürsorge ihrer Frauen liegen. Aber die Ergebnisse gelten für verheiratete Frauen ebenso. Auch Wissenschaftler von der britischen Warwick-Universität kamen bei einer Langzeitstudie zu diesem Schluss. Demnach weisen verheiratete Männer insgesamt ein um neun Prozent geringe-

res Sterberisiko auf als Singles. Bei Frauen sind es immerhin noch drei Prozent. Geradezu sprunghaft steigt das Gesundheitsrisiko bei Geschiedenen. Auch das britische Statistikamt weist ähnliche Zahlen auf. In der Tageszeitung „Daily Mail“ wertet Steve Doughty das Material aus und unter dem Titel „Verheiratete Paare leben gesünder und länger – und ihre Kinder auch“ schreibt er: Die Sterblichkeitsrate von alleinstehenden Männern im Alter von 30 bis 59 ist deutlich höher als von verheirateten Männern. Während verheiratete Mütter mit Kindern die gesündesten Frauen sind, fallen alleinerziehende Mütter durch ein höheres Risiko chronischer Krankheiten auf. Kinder, deren Eltern zusammenleben, aber nicht verheiratet sind, erzielen im Durchschnitt schlechtere Ergebnisse in der Schule, brechen ihre Ausbildung eher ab und entwickeln häufiger chronische Krankheiten. Mike Murphy, Professor der London School of Economics, sage dazu, dass sich die Vorteile der Heirat zum Teil aus dem höheren Wohlstand der Verheirateten erklären ließen, da die Bereitschaft zur Heirat in höheren Einkommensgruppen ausgeprägter sei. Das Zahlenmaterial beweise aber auch, dass die Ehe selbst Vorteile schaffe.“

„Katholische Ehen haben im Vergleich zu anderen Bekenntnissen ein geringeres Scheidungsrisiko und zwar in der Eltern- und nachfolgenden Generation“

Diese Vorteile kommen nicht nur den Partnern, sondern auch der Allgemeinheit zugute. Diese sogenannten positiven externen Effekte sind empirisch in zahlreichen Studien nachgewiesen, weshalb Fachleute bei der Ehe auch von einem „kulturellen Kapital“ oder auch einem „sozialen Kapital“ sprechen. Dieses Kapital ist gesellschaftspolitisch bedeutsam. Es stärkt die Sozialsysteme und die Wirtschaft. In Zeiten instabiler Renten und anderer wachsender Risiken aufgrund der demographischen Entwicklung ist die Ehe eine Lebensversicherung besonderer Art. Sie schafft einen Rahmen, in dem nicht nur Emotionen gedeihen können, sondern aus dem auch Stabilität für das Gemeinwesen erwächst.

Das ist in einer Zeit, die der Arbeit den Vorrang vor dem Leben einräumt, durchaus von Belang. Viele Politiker und Medienleute leben in Stress und Zeitnot. Personale Beziehung aber braucht Zeit. Das gilt für das Kleinkind und für Erwachsene. Ohne Zeit füreinander droht die Beziehung zu verdunsten. Wenn der Beruf zeitlich überhand nimmt, kann die Ehe gefährdet werden. An der Wall-

Statistik. Die Ehe bleibt trotz rückläufiger Zahlen die tragende Familienform in Deutschland. Wie aus einer Studie des Statistischen Bundesamtes „Familienland Deutschland“ weiter hervorgeht, sind bei etwa der Hälfte der Familien mit zwei Elternteilen beide Partner erwerbstätig. Dessen ungeachtet ist das Armutsrisiko bei Familien mit mehr als drei Kindern überproportional hoch – genauso wie bei Alleinerziehenden. Zwischen 1996 und 2007 sank die Zahl der Familien um 857.000 (9 Prozent) auf 8,6 Millionen. Auch die Zahl der Trauungen ist seit 1990 rückläufig. Allerdings gaben sich zwischen 2002 und 2006 immer noch 370.000 bis 400.000 Paare das Jawort. Bei Männern stieg das Heiratsalter von durchschnittlich 28,5 auf knapp 33 Jahre, bei Frauen von 26 auf knapp 30 Jahre.

(KNA-ID 30)

street und im Silicon Valley, wo, wie Edward Luttwack sagt, der Turbokapitalismus wüte und die Zeit der Menschen absorbiere, betrage die Scheidungsrate fast hundert Prozent. Dort wird die Zeit vom Job verschluckt, dort ist der Stress mit am stärksten. Der Doppelkern Ehe und Familie ist kein Garant für Stabilität, aber ein sozialer Rahmen, in dem Stabilität gedeihen kann und soziale Außenwirkung entfaltet, sofern der Wert dieser Institutionen auch gesellschaftlich und politisch anerkannt wird.

Eine noch höhere Stabilität erwächst aus einer anderen Kombination: Ehe und Religion. Nach einer

amerikanischen Studie, die von anderen bestätigt wurde, zerbrach jede zweite von nur standesamtlich geschlossenen Ehen, jede dritte von kirchlich geschlossenen Ehen, aber nur jede fünfzigste von kirchlich verheirateten Paaren, die auch zusammen zur Kirche gehen. Und wenn das Paar auch noch gemeinsam betet, dann zerbricht nur jede eintausendvierhundertneundzwanzigste Ehe. Die Studie ist nicht sehr differenziert, es handelt sich um eine Umfrage, die zudem schon älter ist. Ihren Wert erhält sie aus gründlicheren Studien neueren Datums. Soziologen der Auburn-Universität in Alabama haben 2004 herausgefunden, dass es auch auf die Art der Religion und Kirchenbindung ankommt. Zuviel religiöse Vielfalt könne der Ehe auch schaden. Die Forscher verglichen Daten aus dem amerikanischen Mikrozensus mit Daten aus 621 Kreisen in allen 50 US-Staaten. Entscheidend für das Gelingen einer Ehe sei auch das „religious makeup of a community“ – das religiöse Gefüge einer Gemeinde, und nicht nur die Religiosität des Paares. Da, wo die Menschen in relativ homogenen religiösen Rahmenbedingungen (relatively homogeneous religious settings) lebten, gebe es signifikant weniger Scheidungen.

„Bleibt nur die Vermutung: Diese Regierung hat ein anderes Ehe- und Familienbild. Und das will sie verallgemeinern. Es ist das Ehe- und Familienbild der meisten Journalisten und Politiker in Berlin“

Für diese Vorteile und auch für den Einfluss des religiösen Faktors auf die Stabilität der Ehe gibt es auch deutsche Daten, wie der Familienforscher Stefan Fuchs vom Institut für Demographie, Allgemeinwohl und Familie herausgefunden hat. Demnach ließen sich aus der Datenbasis der vierten Welle des Deutschen Familiensurveys deutliche Zusammenhänge zwischen Stabilität und Glauben für die Ehe erkennen, insbesondere dann, wenn die Ehe als unauflöslich angesehen wird. So haben katholische Ehen im Vergleich zu anderen Bekenntnissen ein geringeres Scheidungsrisiko und zwar in der Elterngeneration als auch in der nachfolgenden Generation. Und so ist im Westen Deutsch-

lands das Scheidungsrisiko katholischer Ehen rund ein Drittel geringer im Vergleich zur Referenzgruppe, die hauptsächlich evangelische Ehen umfasst. Gemeinsam ist Ost und West die Richtung und Stärke des Effekts kirchlicher Heirat. Ehen, die kirchlich getraut wurden, haben ein um rund 50 Prozent vermindertes Scheidungsrisiko als nur standesamtlich getraute Ehen.

Ehe und Familie schaffen die Voraussetzungen, die der Staat nicht schaffen kann, von denen er aber lebt (Böckenförde). Ehe nutzt dem Staat, Ehe stabilisiert die Gesellschaft. Eine vernünftige Familien- und Gesellschaftspolitik müsste also darauf abzielen, Ehe und Familie wirklich zu fördern, statt, wie das zurzeit der Fall ist, nur eine Familienmitgliederpolitik zu betreiben, eine Politik für Frauen oder für Kinder oder für Männer, wobei selbst diese individualistische Politik in jeder Variante auch hinterfragbar ist. Aber was soll man von einer Politik erwarten, der kein Konzept und kein kohärentes Menschenbild zugrunde liegt? Zumindest eins: Dass sie die Familien und ihren Kern, die Ehe, wenigstens leben lässt. Da dies auch nicht der Fall ist, bleibt nur die Vermutung: Diese Regierung hat ein anderes Ehe- und Familienbild und das will sie verallgemeinern. Es ist das Ehe- und Familienbild der meisten Journalisten und Politiker des politisch-medialen Establishments in Berlin. Auf das aber kann das Volk getrost verzichten.

„Kinder von geschiedenen Eltern sind deutlich anfälliger für eigene Scheidungen als Kinder aus stabilen Ehen. Aber da viele Politiker selbst geschieden sind, und sich unbewusst rechtfertigen wollen, erleichtern sie lieber die Scheidung“

Die Liebesheirat ist in unserer Zeit mit der Auflösung klassischer sozialer Milieus zur Norm geworden. Die Ehe gilt als letzte Zuflucht der Innerlichkeit und Intimität. Auch die Familie hat im Lauf der letzten zwei Jahrhunderte, also seit der Industrialisierung und der entstehenden Sozialgesetzgebung viele Aufgaben der wirtschaftlichen Erhaltung, der Daseinsvorsorge bei Krankheit, Invalidität, Alter und so weiter an den Staat abgegeben und sich zuneh-

mend auf die Funktionen der Zeugung des Nachwuchses, seiner Sozialisation und auf die Pflege der innerfamiliären Intim- und Gefühlsbeziehungen beschränkt. Aber ihre Kernkompetenz hat sie behalten: die Pflege und die Stabilität der emotionalen Befindlichkeit. Analog verlief die Entwicklung bei der Ehe. Gerade die Parallelentwicklung zeigt, wie wesentlich Ehe und Familie miteinander verbunden sind und deshalb ist eine Scheidung oft mehr als eine Trennung. Sie ist eine emotionale Katastrophe für die Partner wie für die Kinder. „Die Familie verfügt über große schöpferische Kräfte“, schreibt der amerikanische Soziologe Robin Skynner, „zerfällt sie, wächst ihr ein ähnlich großes Potential an Zerstörungskraft zu“. Deshalb blendet eine Scheidung oft mehr als nur eine gemeinsame Vergangenheit. Sie kann seelisch verstümmeln. Sie kann den Sinn für Gemeinschaft und Treue im Kern spalten, Verlustängste durch Erziehung „vererben“ oder Lebensenergien zerstörerisch zur Explosion bringen. Das statistische Material ist auch hier aufschlussreich. Kinder von geschiedenen Eltern sind deutlich anfälliger für eigene Scheidungen als Kinder aus stabilen Ehen. Auch hier wäre die Politik gefordert. Aber da viele Politiker selber geschieden sind und sich unbewusst rechtfertigen wollen, erleichtern sie lieber die Scheidung, als dass sie die Menschen dazu auffordern, für eine Beziehung auch zu kämpfen und sie nicht wie eine Konsumware zu behandeln.

Ehe ist ein hohes Gut. Nicht nur idealistisch oder geistig. Es ist der Stabilitätsanker par excellence für die Gesellschaft. Eine Politik, die sich dem Allgemeinwohl verpflichtet fühlt und nicht nur dem Allgemeinwohl einer gesellschaftlichen Gruppe, müsste die Ehe schützen und fördern. So fordert es auch das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht. Die große Mehrzahl der Ehen in Deutschland ist erfolgreich und hält, soweit das statistisch ersichtlich ist – trotz der Politik. Es wäre ein Aufgabe der sinnstiftenden und deshalb auch stabilisierenden Institutionen dieser Gesellschaft, etwa der Kirchen, Ehe und auch Familie stärker in Schutz zu nehmen vor den Ideologen in Medien und Parteien. □

Paulinisches Jahr 2008/2009:

Auf den Spuren des Saulus Paulus aus Tarsus

Stätten der Bibel in der heutigen Türkei Teil 1: TARSUS, die Heimat des Völkerapostels

VON PAUL SCHULZ

Das christlich-religiöse Erbe der Türkei erschließt sich nicht auf den ersten Blick. Denn unter den Religionsgemeinschaften in der Türkei machen die Christen mit um die 100.000 Gläubigen nur 0,2 % der Gesamtbevölkerung aus (s.a. Fußnote 3). Wenn Papst Benedikt XVI. zur 2000-Jahr-Feier der Geburt des Völkerapostel Paulus ein „Paulinisches Jahr“ im Zeichen der Ökumene vom 28.06.2008 bis 29.06.2009 ausgerufen hat, so darf man nicht nur Jerusalem, Rom, Athen oder Korinth im Blick haben. Paulus stammt aus Tarsus, das in der ehemaligen



Abb 1: Route der Pilgerreise „Auf den Spuren des Saulus Paulus in der Türkei“.

römischen Provinz „asia minor“ (Kleinasien) im Südosten der Mittelmeerregion der heutigen Türkei liegt. Von 10.000 errechneten Meilen, die Paulus auf seinen Missionsreisen zurückgelegt haben soll, fällt nach der Apostelgeschichte ein großer Teil in das Gebiet der Türkei. Grund für den Autor, sich einer Reisegruppe anzuschließen, die den Spuren des Apostels auf einem Teil seines biblischen Weges durch dieses für Europa so wichtige, geschichtsträchtige Land folgen wollte (Abb. 1). Geschichte in ihrem landschaftlichen Zusammenhang zu erleben, ist eine spannende Erfahrung und macht gerade die biblischen Erzählungen überraschend lebendig. Der Reisebericht beschränkt sich auf die dort besuchten Stätten der Christenheit. In diesem Heft wird von den zweitausend zurück gelegten Buskilometern zunächst Tarsus, die Geburtsstadt des Apostels, behandelt. Antiochia am Orontes, „wo die Jünger erstmals Christen genannt wurden“ (Apg 11,26, das heutige Antakya) und deren 30 km entfernt liegende ehemalige Hafenstadt Seleukia Pierra, von wo Paulus und Barnabas zur 1. Missionsreise nach Zypern aufbrachen, folgen im AUFTRAG Nr. 273.

Tarsus die Geburtsstadt des Apostels

Die antike Hafenstadt Tarsus, die Handelsbeziehungen nach Phönizien und Ägypten unterhielt, lag in römischer Zeit zwei bis drei Kilometer vom Mittelmeer entfernt und war über den schiffbaren Fluss Kydnos erreichbar. Der Hafen ist heute verlandet, und die betriebsame Großstadt¹ (~ 320.000 Einw.) liegt etwa 16 km vom Meer entfernt.

Als Saulus zwischen ca. 5-10 n.Chr. während der Herrschaft von

Kaiser Augustus in Tarsus geboren wurde, konnte die Stadt auf eine schon 2000-jährige Geschichte zurück blicken. Alexander der Große badete dort 333 v.Chr. im Fluss Kydnos und zog sich eine Lungenentzündung zu. Im Jahr 64 v.Chr. eroberten die Römer die Hafenstadt und machten sie zum Verwaltungszentrum ihrer Provinz Kilikien. Marc Antonius schloss in Tarsus den Bund des (dann nicht mehr lange währenden) Lebens mit Kleopatra, die hier der Legende nach 41 v.Chr. durch das heute noch vorhandene Kleopatra-Tor pompös einzog. Tarsus hatte zur Römerzeit um 200.000 Einwohner und war nicht nur wegen ihrer Philosophenschulen be-

rühmt (2 Makk 4,30), sondern verfügte über eine bedeutende Textilindustrie – spezialisiert auf Zelte und Planen aus der begehrten schwarzen Wolle der Taurusziegen. Nach jüdischem Brauch lernte Saulus neben seiner Schriftausbildung auch das Handwerk des Zeltmachers² (Apg 18,3). Mit dieser Tätigkeit verdiente er auch später als christlicher Missionar seinen Lebensunterhalt (1 Thess 2,9; 1 Kor 4,12; 2 Kor 11,27). –

¹ Webpräsenz der Stadtverwaltung: www.tarsus.bel.tr; es wird dort auch eine Seite zum Paulusjahr 2008 in Tarsus präsentiert: www.saintpaul.gen.tr/eng/index.php

² Der Zeltmacherberuf soll vergleichbar sein mit dem des Sattlers. Andere Meinungen gehen davon aus, dass Saulus wegen der in Tarsus angesiedelten Textilindustrie eher den Beruf des Zeltuchwebers erlernt hat.

Paulus von Tarsus

Saulus, genannt Schen den Jah-Christus in Tarsus Zilizien) geboren. jüdischen Familien, ist Pharisäerischer Bürger.

Als Schüler von Jerusalem verfolgt erst entstandene Kirche das Jahr 34 nach D. Anhänger des neunjungen Christen) zu ihm der auferstandene (26). Von Hananias von der Liebe zu einem treuen Verfechter des Evangeliums.



Paulus, wird zwischen 5 und 10 nach in Kilikien (auch: Er stammt aus einer Familie vom Stamm Beniamin (Phil 3,5) und römischer Bürger.

Rabbi Gamaliel in er eifrig die geradeche. Während er um maskus geht, um die en Weges (d.h. die fesseln, erscheint ne Jesus (Apg 9,22- getauft, wird Paulus sus erfasst und zu

Er zieht zwei Jahre nach Arabien und kehrt dann wieder nach Tarsus zurück (Gal 1,17). Dort sucht ihn Barnabas auf und nimmt ihn mit nach Antiochia (Apg 11,25).

Mit Barnabas unternimmt Paulus die erste Missionsreise (46-48). Sie gelangen über Zypern nach Antiochien in Pisidien, nach Ikonion, nach Lystra und Derbe (Apg 13-14). Paulus überwindet unzählige Gefahren und Verfolgungen (2 Kor 11).

Die missionarische Tätigkeit des Paulus wird von der Kirche in Jerusalem genehmigt, wo er in den Jahren 48-49 am Apostelkonzil teilnimmt (Apg 15,1-35).

Von Antiochia aus unternimmt er die zweite Missionsreise nach Lystra in Galatien, nach Philippi und nach Athen (Jahre 49-52). Er beginnt nun, Briefe an die verschiedenen Gemeinden zu schreiben (Thess 1 u. 2). Im Jahr 52 hält er sich wieder in Jerusalem und Antiochia auf.

Die dritte Missionsreise (53-58) führt Paulus nach Galatien und Phrygien. Er verbringt einige Jahre in Ephesus, dann in Mazedonien und in Korinth. Er schreibt weitere Briefe an verschiedene Gemeinden (Phil, Kor 1 u. 2, Gal, Röm).

Zu Pfingsten des Jahres 58 wird Paulus im Tempel von Jerusalem verhaftet und nach Cäsarea gebracht, wo er zwei Jahre im Gefängnis sitzt. Er wird vor den Statthalter Festus geführt, der ihn auf Grund seiner Berufung an den Kaiser nach Rom überführen lässt (Herbst 60; Schiffbruch vor und Überwinterung auf Malta). Die Jahre 61-63 verbringt er unter Bewachung in Rom. Dort schreibt er die Briefe an die Kolosser, an die Epheser und an Philemon.

Nach seiner Befreiung begibt sich Paulus wahrscheinlich nach Spanien, nach Ephesus, nach Mazedonien und nach Kreta; er schreibt den 1. Brief an Timotheus und den Brief an Titus. Neuerlich in Rom verhaftet, schreibt er den zweiten Brief an Timotheus.

Im Jahre 67 wird Paulus enthauptet und in Rom beigesetzt (Grab unter dem Hochaltar der Basilika San Paolo fuori le mura).

durch wurde auch Saulus automatisch römischer Bürger. Die Stadt wurde in christlicher Zeit auch Sitz eines Erzbischofs. Doch ging das Bistum unter, so dass es heute nur noch als Titularerzbistum der Römisch-Katholischen Kirche weiterlebt.

Eine offene christliche Präsenz in Tarsus gibt es nicht. Inwieweit kleine christliche Hauskreise existieren, wurde nicht bekannt.³

Pilgerfahrten im Paulusjahr

Alein im September 2008, so die Angaben aus der Türkei, kamen insgesamt 31 Pilgergruppen nach Antiochia (Antakya) und Tarsus. Darunter elf aus Italien, sechs aus Spanien, drei aus Portugal, sieben aus Deutschland und jeweils eine aus Frankreich, Jamaika und Korea. Die Zahl der Anmeldungen nimmt zu, so dass christliche Pilgerunterkünfte nicht ausreichen.

Schon im Juni hatte Joachim Kardinal Meisner deshalb die Errichtung einer Pilgerstätte und die Übergabe einer noch vorhandenen Kirche

³ Religionen/Kirchen: Seit osmanischer Zeit mehrheitlich Muslime mit wachsendem Anteil (heute nach offiz. türk. Angaben ca. 99% der rund 70,6 Mio zählenden Bevölkerung), mehrheitlich Hanefiten (~ 80 % sunnitische, „orthodoxe“ Ausrichtung des Islam), daneben ca. 15 Mio. Aleviten (~ 20 % „heterodoxe“ Ausrichtung des Islam). Laizistisches Staatsverständnis, d.h. strikte Trennung zwischen Staat und Religion (Islam), jedoch Kontrolle der religiösen Angelegenheiten durch das staatl. Amt für Religiöse Angelegenheiten. In türk. Interpretation des Vertrags von Lausanne (1923) besondere Rechte für einige (Griechisch-Orthodoxe, Armenisch-Apostolische Kirche, Jüdische Gemeinschaft) der nicht-muslimischen Minderheiten. Nach inoffiziellen Schätzungen ca. 60.000 armenische Christen, ca. 23.000 Juden, 15.000 Syrisch-Orthodoxe, 10.000 Baha'i, ca. 3.500-4.000 griechisch-orthodoxe Christen; ca 2.000 Jeziden, je ca. 2.500 Protestanten verschiedener Denominationen und Angehörige der Römisch-katholischen Kirche. (Quelle: Länderinformation „Türkei“ des dt. Ausw. Amtes, Stand: 04/2008)

Offizielle türk. Zahlen sind irreführend, weil jeder Einwohner der Türkei, wenn er nicht explizit als einer anderen Religion zugehörig erklärt wird, automatisch als Muslim erfasst wird. Ein Gegenstück zum Kirchenaustritt gibt es nicht, so dass auch Atheisten und Agnostiker offiziell als Muslime geführt werden. Die Zahl der nicht religiösen Einwohner der Türkei ist daher nicht bekannt.

In Tarsus entwickelte sich unter der multikulturell strukturierten Bevölkerung ein starker religiöser Synkretismus (*Vermischung mehrerer Religionen*). Gottheiten wie Baal, Tarz und Zeus verschmolzen zu dem Stadtgott Sandan. Neben dem Mithras-Kult

hatte auch das Judentum eine feste Stellung in Tarsus.

Die Juden von Tarsus, seit der Neugründung der Stadt (171 v.Chr. unter Antiochos IV. Epiphanes) gezielt angesiedelt, besaßen eine bevorzugte Stellung sowie das Bürgerrecht. Da-



Abb. 2 u. 3: Das einzige Kirchengebäude in Tarsus, das heute noch den Namen des hl. Paulus trägt. Die 3-schiffige, mit Fresken (Jesus, Mathäus, Markus, Lukas u. Johannes) geschmückte und Ende des 18. Jh. erbaute Kirche wurde bis ins 20. Jh. hinein als Kirche und dann viele Jahre militärisch genutzt. Nun komplett renoviert ist sie heute zwar ein Museum, steht aber zumindest im Paulusjahr Pilgergruppen für Gottesdienste zur Verfügung. Das Innere ist in einem guten, gepflegten und kirchlich-würdigen Zustand.

(Abb. 2 u. 3) in kirchliche Obhut gefordert. Die türkische Regierung ist der Bitte des Kölner Erzbischofs bisher (Oktober 2008) nicht nachgekommen. Dazu sagte Kardinal Meisner in einem Interview der Kölner Kirchenzeitung (Sept. 2008): „Die türkischen Behörden haben den Christen in Tarsus zugestanden, dass sie während des Paulusjahrs, das noch bis zum nächsten Sommer dauert, die alte Kirche am Ort für Gottesdienste nutzen können und dass sie dafür keinen Eintritt be-

zahlen müssen. Eigentlich betrachtet der Staat das Gebäude aber nicht als Kirche, sondern als Museum, und das ist unter dem Aspekt der rechtlich garantierten Religionsfreiheit einfach zu wenig. Die Christen in der Türkei und insbesondere Tarsus brauchen dauerhaft und über das Paulusjahr hinaus ein festes Gotteshaus und ein Pilgerzentrum. Das ist unser Ziel. ... Im Moment ist die Rede davon, dass die Christen möglicherweise eine ehemalige Baumwollfabrik im Zentrum von Tarsus für ihre Zwecke nutzen können.“

Eines der ältesten Gotteshäuser in Tarsus ist die BAYTIMUR MOSQUE, die noch aus byzantinischer Zeit stammt. Ihre Vorgängerkirche wird noch mit dem Apostel selbst in Verbindung gebracht, weil hier die erste Christengemeinde von Tarsus ihren Hauptsitz hatte. In dieser Kirche sollen auch das Herz und die Eingeweide von Kaiser Friedrich Barbarossa beigesetzt sein, der 1190 auf dem 3. Kreuzzug nicht weit von Tarsus im Fluss Saleph⁴ ertrank. Aus dem Baustil des ehemaligen Kirchturmes wird geschlossen, dass dieser im 13./14. Jh. erbaut wurde (Abb. 4). Seit 1451 wird das Gebäude als Moschee genutzt und der Turm zum Minarett umgebaut.

Im Stadtzentrum ist im Schatten einer anderen Moschee ein kleiner, gepflegter archäologischer Park eingerichtet, in dem als bedeutendes historisches Erbe der Stadt der Brunnen des Hl. Paulus (Abb. 5 u. 6) präsentiert wird. Unmittelbar neben dem Brunnen sind die Fundamente eines römischen Hauses freigelegt, von dem man annimmt, dass es das Geburtshaus des Apostels ist.

Die Spuren des Apostel Paulus in Tarsus sind bis zur Unkenntlichkeit verwischt und die christlichen sind nur als spärliche Relikte aus römischer und byzantinischer Zeit vorhanden. Dennoch muss man dem türkischen Staat und der Stadtverwaltung von Tarsus das Kompliment machen, dass das wenige Vorhandene im Rahmen der Historie des Landes ansprechend präsentiert wird. Das Land

⁴ Der Fluss, – heutiger Name Göksu Nehri – mündet aus dem Taurusgebirge kommend rund 60 km südwestlich von Tarsus bei der Stadt Silifke ins Mittelmeer.

bekannt sich zu seiner Geschichte gleich welcher Epoche, die als Faktum sachlich und vorurteilsfrei dargestellt wird. Es liegt an einem selbst, ob man z.B. beim Besuch des archäologischen Parks die Fantasie und Emotion aufbringt, dass man dem jugendlichen Paulus, der auch nach seiner Bekehrung noch einmal nach Tarsus zurückkehrte (Gal 1,17), am Brunnen begegnen kann.



Abb. 4: BAYTIMUR MOSQUE, in Tarsus auch Kilise Cami - Kirchenmoschee genannte, ehemals christliche Kirche aus dem 13./14. Jh, seit 1451 Moschee. (Q: www.tarsus.bel.tr)

Vielleicht befinden sich die wenigen Christen in der heutigen Türkei in einer ähnlichen Lage, wie zur Zeit des Paulus die „Anhänger des neuen Weges“. Ihre Anwesenheit in der Gesellschaft wird geduldet, soweit sie nicht aktiv und in der Öffentlichkeit als Glaubensgemeinschaft (missionarisch) tätig werden. Auch darf man auf Grund der kraftvollen überlieferten Briefe des Völkerapostels nicht davon ausgehen, dass Paulus als Missionar von Erfolg zu Erfolg eilte. Seine Gemeindegründungen waren bis auf Ausnahmen oft kleine und durchaus auch zerstrittene Gemeinschaften. Statt auf seinen Reisen mit offenen Armen und Begeisterung empfangen zu werden, begegneten die Menschen ihm mit Skepsis und offener Ablehnung. Oft wurde er aus den Städten ausgewiesen, verfolgt, eingesperrt, mit dem Tode bedroht oder sogar ge-



Abb. 5: AZIS PAULUS KUYUSU – Saint Paul Well – Paulusbrunnen in Tarsus, rechts von einem Gelände umgeben und unter einer Glasabdeckung die Fundamente eines römischen Hauses, in dem Saulus Paulus aufgewachsen sein könnte.

steinigt. All dieses wird, wenn man auch als christlicher Reisegruppe in der Türkei unter touristischem Aspekt gern gesehen ist, dem Pilger auf den frühchristlichen Spuren in einem Land mit einer muslimischen Mehrheitsgesellschaft recht deutlich.



Abb. 6: Mit einem massiven Steinbau überbaut muss man sich den Brunnen zur Jugendzeit des Saulus Paulus vorstellen. (Q: www.tarsus.bel.tr)

Theologe: Christen in der Türkei geht es unter Erdogan besser

Den Christen in der Türkei geht es nach Ansicht des langjährigen katholischen Pfarrers in Ankara, Felix Körner, unter der islamisch-konservativen Regierung besser als zuvor unter den laizistischen Kemalisten. Mit Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und der AKP habe sich die Gesetzeslage für Christen eindeutig verbessert, sagte der Jesuit und Islamwissenschaftler „spiegel online“ (19.10.2008). Unter „echten Muslimen“ gehe es Christen „allemaal besser als unter kemalistisch-nationalistischen Laizisten“. Körner wurde 2002 von seinem Orden nach Ankara entsandt, um den interreligiösen Dialog zu suchen. Der Theologe beklagte allerdings nach wie vor „große Defizite“ in der Türkei. So werde die katholische Kirche noch immer nicht als Rechtspersonlichkeit anerkannt, was ihre Besitzrechte einschränke. Viel christliches Eigentum sei noch immer vom Staat enteignet. Die Kirchen dürften keinen Priesternachwuchs ausbilden; Christen könnten in der türkischen Armee nicht Offiziere werden. Nach den Worten Körners hassen ernsthafte Muslime das Christentum nicht; aus ihrer Sicht seien Christen Glaubensbrüder, die ein paar Religionsfragen falsch beantworten. Die „supersäkularisierten Türken“ dagegen misstrauten jeder Religion. Für sie sei ein „Kopftuch eine Provokation, ein Kreuz aber das Ende des Türkentums“.

Der Geistliche beobachtet in der türkischen Gesellschaft „eine tiefe Angst, die in einem nationalen Einheitswahn wurzelt“. Viele dächten, wenn nicht alle dieselbe Religion haben und sich nicht alle gleich definieren, dann sei die nationale Identität in Gefahr und das Vaterland könnte doch noch zerstückelt werden. Der Verteidigungsreflex und Hass säkularisierter Türken richte sich vor allem gegen Missionare. Ihnen werde vorgeworfen, als feindliche Agenten junge Türken vom Islam abbringen zu wollen. In der türkischen Religionsbehörde gibt es laut Körner gesprächsfähige und nachdenkliche Theologen, aber auch „Bremsen mit beschränkter Weltsicht“. Sogar das Amt selbst habe schon Predigten gegen Missionare verbreitet. Ein von Körner und einer muslimischen Theologin erarbeitetes Buch für den Religionsunterricht „Schüler fragen – Christen antworten“ liege seit drei Jahren ohne Reaktion zur Begutachtung im Religionsamt. (KNA)

„Der Balkan ist nicht die Knochen eines pommerischen Grenadiers wert“

UNPROFOR, IFOR, SFOR und EUFOR im Kontext des Balkan-Konflikts

VON ANDREAS M. RAUCH

Wie kein anderer steht der fanatische Serbe Gavrilo Princip im 20. Jahrhundert für das „Pulverfass Balkan“¹. Wer meinte, Princip sei Vergangenheit, wurde durch den serbischen Nationalismus und die politische Figur des Slobodan Milosevic in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts eines Besseren belehrt. Der Balkan-Konflikt und der serbische Nationalismus stellen sich nach wie vor als politisch schwer berechenbare Größen dar.

Vorbemerkungen

Den Fanatismus nationalistischer Serben habe ich persönlich erfahren. 1996/97 wurde ich vom Auswärtigen Amt als OSZE-Wahlüberwacher (Election Supervisor) in Bosnien-Herzegowina eingesetzt; bei einer nächtlichen Auszählung von Wahlzetteln wurde von serbischen Freischärlern auf mich geschossen, obwohl ich vier Polizisten zum Schutz bei mir hatte. Im Frühjahr 1999 gehörte ich zu den Diplomaten der Kosovo Verification Mission (KVM), die in der Nacht vor der serbischen Aggression von Mitrovica über Pristina nach Ohrid in Mazedonien flüchten mussten. Beide Erfahrungen wirken prägend auf mich, umso mehr, als ich 1991 im Rahmen der UN-Operation in Afghanistan (UNOCHA) bereits drei Mal in lebensgefährliche Situationen gekommen war.

In diesem Beitrag wollen wir uns auf die vier multilateralen, militärischen Friedensmissionen in Bosnien-Herzegowina beschränken, also auf UNPROFOR (United Nations Protection Force), IFOR (Peace Implementation Force), SFOR (Stabilisation Force) und EUFOR (European Union Force), wobei es die mehrdimensionalen Problemebenen des Balkan-Konfliktes zu erkennen und zu beachten gilt. Nach einer sicherheitspolitischen Darstellung und Einordnung der vier genannten Einsätze

soll eine abschließende Bewertung vorgenommen werden.²

1. Der Balkan-Konflikt

Die Genese des Balkan-Konfliktes, von dem Bosnien-Herzegowina und der Kosovo gleichermaßen betroffen sind, reicht zurück in die Zeit des Imperium Romanum. Eingeleitet wurde die kulturell-religiöse Dimension des Balkan-Konfliktes durch die Trennung in ein west- und oströmisches Reich durch Kaiser Konstantin den Großen (305-337 n. Chr.), die im Osten zur Schaffung des byzantinischen Reiches zu Ende des fünften Jahrhunderts n. Chr. und im Westen zur Gründung des Kirchenstaates im sechsten Jahrhundert n. Chr. führten. Im Jahr 1045 kam es zum Schisma zwischen der römisch-katholischen und der orthodoxen Kirche. Die Kroaten sind heute der römisch-katholischen und die Serben der serbisch-orthodoxen Kirche zugehörig. Der Prozess der Loslösung Kroatiens von der Bundesrepublik Jugoslawien wurde aufgrund dieser kulturell-religiösen Ebene wie durch einen Katalysator verstärkt. In Bosnien-Herzegowina gestaltet sich die Situation jedoch komplexer. Dort leben rund 40 Prozent Muslime, rund ein Drittel serbische Orthodoxe und 17 Prozent römisch-katholische Kroaten.

Um den Balkan-Konflikt zu verstehen, reicht es nicht aus, die Serben als ethnisches oder bevölkerungspolitisches Problem wahrzunehmen, sondern es bedarf der Ausleuchtung ihrer

kulturell-religiösen Identität. Dazu gehört, dass im Reiche des römischen Kaisers Konstantin im Edikt von Mailand im Jahr 313 zunächst jedem römischen Bürger das Recht auf freie Religionsausübung garantiert wurde. Konstantin gab dann später den christlichen Bischöfen richterliche Befugnisse und setzte den Sonntag als wöchentlichen Feiertag ein. Im Jahr 325 wurde das Christentum der römischen Religion gleichgestellt. Unter Kaiser Theodosius (379-395) wurde 381 das Christentum zur Staatsreligion deklariert und in einem zweiten Schritt erfolgte am 8.11.392 die Abschaffung des römischen Kaiser- und Götterkultes als Staatsreligion, womit das Christentum als alleinige Staatsreligion zementiert wurde. Diese enge Verbindung von Kirche und Staat findet heute noch Ausdruck darin, dass in der serbisch-orthodoxen Kirche für das serbische Staatsoberhaupt regelmäßig gebetet und entsprechende Andachtsplätze in serbisch-orthodoxen Kirchen vorgehalten werden.

Die Serben sehnen sich nach dem einst so starken Imperium Romanum und nach der Stellung des Christentums als Staatsreligion. Der politische Wegfall Westroms und die Wirren der Völkerwanderung werden bis heute als ein einziger politischer Alptraum wahrgenommen, in dessen Gegensteuerung das serbische Königreich im zwölften Jahrhundert entstand. Unter dem serbischen König Stephanus Dusan (1331-1355), dessen Standbild vielerorts auf dem Balkan anzutreffen ist, kam es zur größten territorialen Ausdehnung des serbischen Königreiches. Wie ein Trauma aller Serben

1 Vgl. Angelova Penka, Judith Veichtbauer: Pulverfass Balkan. Mythos oder Realität (Schriftenreihe der Elias Canetti Gesellschaft, Band 3) St. Ingelbert 2001

2 Vgl. Andreas M. Rauch: Auslandseinsätze der Bundeswehr. Baden-Baden 2006, S. 140ff

wirkt bis heute die Niederlage auf dem Amsfeld am 28.06.1389 gegenüber Sultan Murad I. nach, der die Serben über viele Jahrhunderte unter osmanische Herrschaft und unter den Einfluss des Islam brachte.

In diesen geschichtlichen Entwicklungen wurzelt der komplexe, politische Konfliktreichtum in Bosnien-Herzegowina, der heute durch eine ethnische und religiöse Dreiteilung der Bevölkerung mit rund 40 Prozent Muslimen, mit einem Drittel Serbisch-Orthodoxer und mit rund 17 Prozent römisch-katholischen Kroaten bestimmt wird. Im heutigen Serbien und in Bosnien-Herzegowina erlitten die Mehrheit der Serben über viele Jahrhunderte soziale Ausgrenzung und wirtschaftliche Unterdrückung. Als Reaktion darauf erweist sich noch schwerwiegender als der religiöse Konflikt zwischen Serbisch-Orthodoxen und Muslimen bis in die Gegenwart die Nichterfüllung imperial-nationalistischer Vorstellungen vieler Serben als politischer Sprengsatz.³

Mit der Schwächung des osmanischen Reiches in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts werden als Folge des russisch-osmanischen Balkankrieges von 1876-1878 Montenegro und Serbien im Frieden von San Stefano am 3.03.1878 unabhängig, was durch den Berliner Kongress bestätigt wird. 1882 kommt in enger politischer Anlehnung an das Kaiserreich Österreich-Ungarn die Gründung des Königreichs Serbien zustande. Am ersten Dezember 1918 erfolgt die Schaffung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, welches 1929 in das Königreich Jugoslawien umbenannt wird.

Im Zuge des Zweiten Weltkrieges fiel das zentralistische, von den Serben dominierte Königreich Jugoslawien 1941 aufgrund der deutschen Angriffe in sich zusammen. Der Kroat Josip Tito konnte sich in dieser turbulenten Zeit, nachdem die deutsche Wehrmacht an der Ostfront in nachhaltige Schwierigkeiten geriet,

mit seinen Partisanentruppen siegreich behaupten. Im November 1942 installierte Tito eine neue Regierung, die im November 1945 die „Föderative Republik Jugoslawien“ proklamierte und im Januar 1946 die Monarchie aufhob. 1948 wurde Jugoslawien nach dem Bruch mit Sowjetrußland ein blockfreier Staat. Mit militärischer und geheimpolizeilicher Gewalt gewährleistete Tito – Staatspräsident seit 1953 - innenpolitisch bis zu seinem Tod trotz religiöser, ethnischer und politischer Spannungen Ruhe und Sicherheit.

Mit dem Tod Titos im Jahr 1980 ergriffen die Serben die Chance, sich wieder verstärkt in der Bundesrepublik Jugoslawien politisch Gehör zu verschaffen.⁴ Die geringe Durchsetzungskraft des nach Tod des Staatsgründers eingesetzten Triumvirats hängt auch damit zusammen, dass Tito trotz einer zwei Jahrzehnte boomenden Wirtschaft am Ende doch viele Staatsschulden und eine geschwächte Wirtschaft hinterließ, deren Lage sich in den achtziger Jahren dramatisch verschlechterte. Mit der Wahl von Slobodan Milosevic als Vorsitzenden der Serbischen Kommunistischen Partei im Jahr 1987 hatten zudem die Serben einen wortgewaltigen und durchsetzungsstarken Mann an ihrer politischen Spitze, der schließlich 1990 zum Präsidenten der Republik Serbien gewählt wurde.

Mit der Beendigung des Ost-West-Konfliktes 1990⁵ führten in Slowenien und Kroatien Volksabstimmungen zu Unabhängigkeitserklärungen. Die von den Serben dominierte Jugoslawische Volksarmee leistete energischen Widerstand in Slowenien, in Kroatien und schließlich in Bosnien-Herzegowina, wodurch in Slowenien 61, in Kroatien 9.212 und in Bosnien-Herzegowina 242.330 Menschen den Tod fanden. In Slowenien zog jedoch Belgrad seine Truppen ab, nachdem es auf energischen Widerstand der einheimischen Miliz stieß; zudem bildeten die Serben hier eine Minderheit unter den römisch-katholischen Slo-

wenen. In Kroatien verhielt sich die Lage ähnlich, doch konnte sich hier die jugoslawische Armee mit der serbischen Minderheit von rund fünfzehn Prozent verbünden. Zudem ging es Belgrad um einen Zugang zum Mittelmeer, was den Serben jedoch im Fall von Dubrovnik misslang. In Bosnien und Herzegowina war die Lage ähnlich politisch festgefahren, so dass der internationalen Gemeinschaft rasch einsichtig wurde, dass hier nur durch das Einsetzen einer multilateralen Friedensmission – der UNPROFOR – eine dauerhafte politische Befriedung erzielt werden könne.⁶ Allerdings war auch klar, dass wegen des Fehlens der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen sich die Bundeswehr nicht an einer solchen Friedensmission beteiligen konnte.

2. UNPROFOR – das Scheitern einer Friedensmission

Bei UNPROFOR können wir von einem dreimaligen Scheitern einer UN-Friedensmission sprechen. Ein erstes Scheitern fand in Kroatien statt.

2.1. Kroatien

Nach monatelangen Verhandlungen stimmten die beteiligten Kriegsparteien einer Stationierung von UNO-Friedenstruppen in den wichtigsten von Serben kontrollierten Gebieten Kroatiens in Form der UNPROFOR zu. Die UNPROFOR wurde im Rahmen des Vance-Owen-Konzepts gemäß der Sicherheitsresolution Nr. 743 vom 21.02.1992 in Kroatien stationiert, um den einmal ausgehandelten Waffenstillstand zu gewährleisten und durch die internationale Staatengemeinschaft über ein UN-Mandat zu überwachen. Nachdem sich Kroatien unter seinem 1990 gewählten Präsidenten Franjo Tudjman (verstorben 1999) am 25. Juni 1991 für unabhängig erklärte, widersetzte es sich der serbisch dominierten Jugoslawischen Volksarmee, und zwar letztlich erfolgreich. Doch durch rasche militärische Vorstöße gegen die Krajina mit ihrer Hauptstadt Knin, östlich von Zadar, Teile der wichtigen Nord-Süd-Straße in Dalmatien und über den Peruca-Staudamm konnte

⁶ Dominik A. Faust: Effektive Sicherheit. Wiesbaden 2002, S. 219

³ Andreas M. Rauch: Balkan-Konflikt und SFOR-Einsatz, in: kas-auslandsinformationen, Heft 6, 2004, S. 104-130; Barbara Jelavich: History of the Balkans. Cambridge 1983

⁴ Arabelle Bernecker: Internationales Konfliktmanagement am Beispiel des Krieges in Bosnien. 1992-1995. Frankfurt am Main 2001, S. 88

⁵ Vgl. Andreas M. Rauch (Hg): Europäische Friedenssicherung im Umbruch. München 1991

zunächst die Jugoslawische Volksarmee ihre territorialen Positionen verbessern.

Im Oktober 1991 brach das kroatische Parlament seine Verbindungen zu Lande mit Jugoslawien ab. Es folgten Massenvertreibungen der Kroaten durch die Jugoslawische Volksarmee und von serbischen Freischärlern im Rahmen „ethnischer Säuberungen“. In der Grenzstadt Vukor kam es zu einem Sieg der serbischen Truppen im November 1991. Im Dezember 1991 erklärte der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher für Deutschland als ersten Staat die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens. Österreich und die Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft folgten diesem diplomatischen Schritt bis Ende Januar 1992. Am 27.04.1992 benannte sich Jugoslawien in „Föderative Republik Jugoslawien“ um, die seither aus den Teilrepubliken Serbien und Montenegro besteht. Die Staatlichkeit von Slowenien, Mazedonien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina wurde damit im Grundsatz völkerrechtlich anerkannt.

So zementierte im Ergebnis das UNPROFOR-Mandat den für die Serben günstigen Status-quo, der im Prinzip auf diplomatischem Wege auch nicht mehr verhandelbar war. Daran konnte auch die kroatische Kritik wenig ändern, dass teilweise unter den Augen der UN-Truppen eine Vertreibung von Kroaten aus serbisch besiedelten Gebieten stattfand. Überhaupt wurden die rund 700.000 Bosniaken und bosnischen Kroaten, die in Kroatien vor allem zwischen 1992 und 1993 Schutz und Zuflucht vor dem Krieg suchten, ein Faktor in dem bis Juli 1995 dauernden Kroatien-Krieg, vor allem hinsichtlich den verbliebenen 170.000 kroatischen Flüchtlingen. Die Kroaten hatten inzwischen gelernt, dass der UN-Sicherheitsrat vor allem den Status quo im Sinne eines Nicht-Kriegs-Zustandes intendiert, unabhängig davon, ob er völkerrechtlich gerecht ist oder nicht. Als der Abschluss von Dayton sich bereits am Horizont abzeichnete, entschloss sich daher 1995 die kroatische Regierung zu einer Militäroperation „Blitz“ und wenige Wochen später zur Militäroperation „Sturm“, die in-

nerhalb weniger Tage nahezu die gesamte Republik Serbische Krajina unter Kontrolle des kroatischen Staates brachte. Diese Tatsache bewirkte eine Massenflucht der serbischen Bevölkerung in die Republik Jugoslawien von über 200.000 Menschen. Wenige Monate später wurde in Folge dieser politischen und militärischen Entwicklungen das Abkommen von Dayton unterzeichnet, was wieder einmal den Status quo festschrieb, dieses Mal zugunsten der Kroaten.

2.2. Bosnien-Herzegowina

Ein zweites Scheitern von UNPROFOR können wir in Bosnien-Herzegowina beobachten. Die USA anerkannten nach Kroatien und Slowenien am 7.04.1992 auch die Souveränität von Bosnien-Herzegowina an; alle drei Staaten wurden am 22.05.1992 in die Vereinten Nationen aufgenommen. Dadurch wurde der Balkan-Konflikt in Bosnien-Herzegowina zu einem zwischenstaatlichen Konflikt. Am achten Juni 1992 dehnte der UN-Sicherheitsrat in seiner Resolution 758 das UNPROFOR-Mandat auf Bosnien-Herzegowina aus.

Der besondere politische Konfliktreichtum Bosnien-Herzegowinas gründet sich in der ethnischen und religiösen Dreiteilung seiner Bevölkerung, die zersplittert über das ganze Land verteilt lebt. Aufgrund der völkerrechtlichen Anerkennung von Bosnien-Herzegowina durch die Europäische Gemeinschaft 1992 riefen die bosnischen Serben unter ihrem Führer Radovan Karadzic die Serbische Republik, die „Republika Serspka“ mit ihrer Hauptstadt Pale aus.⁷ Politisches Ziel von Karadzic war es, zwei Drittel Bosniens zurückzuerobern.

Schon bald hatten die Serben dieses Ziel erreicht. Die Serben steckten im Rahmen „ethnischer Säuberungen“ Nichtserben in Konzentrationslager – den ersten Konzentrationslagern in Europa seit der Hitler-Herrschaft – oder vertrieben sie. Im Spätherbst 1992 war Sarajewo von den Serben eingeschlossen. Unter den

7 Vgl. Rauch, a.a.O., S. 148 ff; auf die „Republika Serspka“ und das unnachgiebige Agieren der Serben gegenüber den anderen Volksgruppen gehe ich ausführlich in meinem Buch Auslandseinsätze der Bundeswehr S. 148 ff ein

Augen von UNPROFOR kam es zu Vertreibungen und der Ermordung der einheimischen Bevölkerung. Das Dilemma der UN-Blauhelme war, dass ihr Mandat nicht mehr als die Selbstverteidigung der UN-Soldaten hergab. Dadurch waren den führenden Offizieren von UNPROFOR die Hände gebunden und die internationale Friedensmission war im Prinzip zum Scheitern verurteilt.

Im Februar 1993 legten die Vereinten Nationen einen Friedensplan, den so genannten „Vance-Own-Plan“, vor, der im Sommer 1993 im Owen-Stoltenberg-Plan weiter ausreifte. Die Bemühungen der Bosnien-Kontaktgruppe mündeten in das Dayton-Abkommen vom 21. November 1995.

2.3. Das Trauma von Srebrenica

Ein drittes Scheitern von UNPROFOR erleben wir im Massaker von Srebrenica vom Juli 1995 – dem schlimmsten Massaker in Europa seit dem Ende des II. Weltkrieges, klassifiziert als Völkermord durch den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (UN-Kriegsverbrechertribunal) in Den Haag und durch den Internationalen Gerichtshof. Dieses grauenhafte Verbrechen ist publizistisch mehrfach literarisch⁸ und wissenschaftlich aufgearbeitet worden, so etwa in jüngerer Zeit durch Benjamin Bieber.⁹

Was war passiert? In der Stadt Srebrenica und seiner Umgebung wurden um den 12. Juli 1995 – der Frontalangriff auf Srebrenica erfolgte am 11. Juli - bis zu achttausend muslimische Jungen und Männer aus Bosnien im Alter von zwölf und achtzig Jahren getötet, und zwar erwiesenermaßen unter Leitung von General Radislav Krstic und Ratko Mladic, die einen Teil der Armee der Republika Srspska mit rund 15.000 Mann sowie Teile der serbischen Polizei und eine Gruppe von serbischen Freischärlern anführten. Die Täter verscharften tausende Leichen in Massengräbern, die später aufgefunden wurden. Mehrfache Leichenumbettungen in den Wo-

8 David Rohde: Die letzten Tage von Srebrenica. Was geschah und wie es möglich wurde. Reinbek bei Hamburg 1997

9 Benjamin Bieber: Die Hypothek des Krieges. Hamburg 2007

chen nach dem Massaker sollten den Genozid verschleiern. Heute wissen wir, dass dieses Massaker von langer Hand geplant war.

Durch die Kriegswirren waren 1993 rund zehntausend Muslime nach Srebrenica geflüchtet; ihre Zahl stieg im Sommer 1995 auf rund 50.000 Menschen an. Dadurch, dass Srebrenica von bosnischen Serben eingeschlossen war, kam es zu Nahrungsmittelengpässen und selbst die UN-Soldaten lebten nur von Notrationen und Einsatzverpflegung. Srebrenica liegt am Ende eines Tales in einen Berg gebaut vor einem Bergpass. Der Bergpass wurde von den Serben ebenso gesperrt wie der Durchgang zum Tal, sodass die Muslime aus Srebrenica nicht fliehen konnten. Es wurden männliche Muslime zwischen zwölf und achtzig von den Serben umgebracht: rund 7.500 der Muslime gelten als vermisst, rund 1.900 Leichen von Muslimen wurden bislang exhumiert. Nach niederländischen Angaben hatten sich zum Zeitpunkt des Massakers in diesem Bergkessel rund 15.000 Muslime im kampffähigen Alter befunden, von denen jedoch nur rund 3.000 Mann bewaffnet waren.

Vor Srebrenica im Tal gelegen, waren Anfang Juli 1995 rund 400 Blauhelmsoldaten stationiert, die unter holländischem Kommando standen – eine Luftunterstützung bestand wegen den damals gerade laufenden Verhandlungen mit den Serben nicht. Es sei darauf verwiesen, dass die militärische Leitung von UNPROFOR mehrere Male bei den Vereinten Nationen in New York intervenierte, um mehr Soldaten und um einen größeren militärischen Spielraum zu bekommen – jedoch immer wieder abgewiesen wurde, mit den bekannten, schrecklichen Folgen.

In einer Nacht und Nebel-Aktion der Serben wurden am 7.7.1995 55 holländische UN-Blauhelme festgenommen. Ein Niederländer kam zu Tode. Der niederländische Kommandeur ergab sich. Rund 40.000 muslimische Frauen und Kinder wurden aus der ehemaligen Sicherheitszone vertrieben, die Stadt wurde von Serben neu besiedelt und die serbisch-orthodoxe Kirche frisch renoviert. Die Holländer kamen am 21. Juli 1995 frei. UN-Generalsekretär

schrrieb selbstkritisch im Bericht zum Fall von Srebrenica: „Wir versuchten, den Frieden zu bewahren und die Regeln der friedenssichernden Einsätze anzuwenden, als es keinen Frieden zu bewahren gab.“¹⁰

3. IFOR und SFOR

Die NATO-geführten Schutztruppen IFOR (vom 21.11.1995. bis 12/1996) und SFOR (vom 12.12.1996-12/2004), die aufgrund der UN-Sicherheitsresolutionen Nr. 1031 vom 15.12.1995 und Nr. 1088 vom 12.12.1996 ihre völkerrechtliche Legitimation erhielten, standen ganz unter dem Trauma von Srebrenica. Nach dem dreimaligen Scheitern von UNPROFOR befanden sich beide Missionen unter dem politischen Druck, dass jetzt ‚nichts mehr passieren durfte‘. Nachdem das Ansehen der UN-Blauhelme stark gelitten hatte, unter anderem durch 213 Todesfälle, sollten die NATO-geführten Truppen nicht ins Gerede kommen – umso mehr nicht, weil viele Politiker nach dem Ende des Ost-West-Konflikts über die Zukunft der NATO und neue sicherheitspolitische Optionen nachdachten, die sich aus dem in den neunziger Jahren diskutierten Thema des ‚erweiterten Sicherheitsbegriffs‘ ergeben könnten.

Die Aufgabe von IFOR bestand darin, nach der Friedensvereinbarung von Dayton die Waffenstillstandsvereinbarungen sowie die Truppenentflechtung zu überwachen. An diesem erstmaligen NATO-Einsatz außerhalb des Gebietes seiner Bündnisstaaten beteiligten sich 16 NATO- und 17 Nicht-NATO-Länder, worunter sich 14 Staaten aus dem NATO-Programm „Partnership for Peace“ befanden, unter anderem Russland und die Ukraine. Seit dem Ende des II. Weltkrieges handelte es sich also um die erste Militäroperation, die die beiden Mächte USA und Russland zusammen durchführten. Das deutsche Bundeswehkontingent spielte in diesem internationalen Kontext eine militärisch gesehen eher untergeordnete Rolle,

obwohl es vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte einfach politisch wichtig war, das Deutschland mit dabei war.

Nachdem militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr durch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1994 gebilligt wurden, sofern entsprechende Mehrheitsbeschlüsse des Deutschen Bundestages vorliegen, stellten IFOR und die darauf folgende SFOR die ersten größeren Bewährungsproben für die Bundeswehr im multilateralen, militärischen Auslandseinsatz dar. Auch die deutsche Außenpolitik erhielt seither international ein neues, sicherheitspolitisches Gesicht und gewann politisch gesehen an Gewicht.¹¹

Allerdings sollte sich vergegenwärtigt werden, dass zahlenmäßig gesehen die Bundeswehr eine eher geringe Rolle bei IFOR und SFOR spielten. Die Sollstärke der IFOR betrug rund 57.000 Soldaten. Damit wurden Erfahrungen aus der Mission von UNPROFOR gezollt, die anfänglich nur 16.000 Mann betrug und sich erst im November auf 38.130 Soldaten steigerte. Bei IFOR stellten die USA rund 20.000 Soldaten. Die Soldaten des deutschen Kontingents, der „German Contingent Implementation Force“ (GECONIFOR) hatten ihre Stützpunkte in Zadar (Heeresflieger), in Benkovac (Pioniere), in Sibenik (Nachschub), im Camp Solaris (Transport), in Trogir (Sanitäter) und in Primosten (Feldjäger). Das Heer der deutschen Bundeswehr stellte für GECONIFOR Ende Januar 1996 etwa 2.600 Soldaten zur Verfügung. Hinzu kamen Zerstörer und Fregatten der deutschen Marine, die 29 Einsätze im Rahmen von IFOR tätigten. Kampfflugzeuge der deutschen Luftwaffe vom Typ Tornado flogen rund 1.000 Einsätze zum Schutz von Flugzeugen der deutschen Luftwaffe und der NATO, sowie noch einmal soviel für die Aufklärung der Streitkräfte der vormaligen Konfliktparteien und zur Überwachung von Militärstützpunkten sowie Waffenlagern.

10 Dietmar Herz: Die Vereinten Nationen – Entwicklung, Aktivitäten, Perspektiven. Frankfurt am Main 2002, S. 79; vgl. Manfred Eisele: Die Vereinten Nationen und das internationale Konfliktmanagement – Ein Insider-Bericht. Frankfurt am Main 2000

11 Vgl. Christian Hacke: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Frankfurt am Main 2003

Die Bemühungen von IFOR wurden durch SFOR fortgeführt. Weiterhin ging es darum, Feindseligkeiten zu verhindern und der Frieden in Bosnien-Herzegowina zu stabilisieren, sodass nach dem Grauen des Bosnien-Krieges sich die Lebensumstände für die Bürger von Bosnien-Herzegowina wieder normalisierten konnten. Eine neue Komponente von SFOR bestand in der zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC), die vor dem Hintergrund des „erweiterten Sicherheitsbegriffs“ zu sehen ist. Es wurde politisch richtig erkannt, dass zum Friedensprozess auch unterstützende Maßnahmen etwa im Bereich der sozialen und kulturellen Infrastruktur notwendig sind (z.B. durch Unterstützung und Wiederherstellung von Häusern, Kindergärten, Kirchen und Theater).

Die Gesamtstärke von SFOR betrug lediglich rund 30.000 Mann, nachdem der UN-Sicherheitsrat nach IFOR zu der Überzeugung gelangt war, dass diese Truppenreduzierung vor dem Hintergrund der eingestellten Kampfhandlungen politisch und militärisch vertretbar sei. Im nach hinein erwies sich diese Einschätzung auch als politisch zutreffend. An SFOR beteiligten sich alle sechzehn NATO-Staaten. Weitere 24 Nicht-NATO-Staaten, darunter wieder Russland und die Ukraine, aber auch Länder wie Marokko, die Türkei und Südafrika, stellten Soldaten für SFOR.

Die deutsche Bundeswehr war anfänglich mit rund 1.800 Soldaten – davon rund 50 Soldatinnen – an SFOR beteiligt, wobei sich die deutsche Truppenstärke allmählich zu Ende von SFOR auf rund 1.000 Soldaten zu bewegte. In der Nachfolgeemission EUFOR (European Union Force), der multinationalen Militärstreitmacht der Europäischen Union, sind im Oktober 2008 nur noch rund 100 deutsche Soldaten vertreten gewesen – von insgesamt 2455 Soldaten von EUFOR in Bosnien-Herzegowina. Nachdem in sicherheitspolitischen Kreisen in Deutschland viel über eine „Exit“-Strategie aus SFOR diskutiert wurde, war mit EUFOR eine deutliche Reduzierung der Bundeswehr-Präsenz in Bosnien-Herzegowina geschafft.

4. Schlussbewertung

Wie ich in meinem Buch „Auslandseinsätze der Bundeswehr“ darstelle, durchziehen die bundesdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik zwei Verantwortungsstränge¹², die da lauten: Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss multilateral eingebunden sein und von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. IFOR und SFOR sind beste Beispiele dafür, dass die multilaterale Einbindung Deutschlands nach dem II. Weltkrieg und dem Ende des Ost-West-Konfliktes nachhaltig gelungen ist. Insgesamt darf gesagt werden, dass IFOR und SFOR im Grundsatz erfolgreiche Friedensmissionen auf dem Balkan darstellen. Bei UNPROFOR wurden jedoch aus politischem Zögern und diplomatischer Uneinigkeit heraus Fehler gemacht.

Aus der Anthropologie wissen wir, dass der Mensch aus sich heraus kein vollkommenes Heil und Glück, keinen vollkommenen Frieden finden kann: in allem, was er tut und kann, ist er begrenzt und fehlbar. Die Politische Ideengeschichte lehrt uns seit Solon (640-560 v. Chr.) und Aristoteles (384-322 v. Chr.), dass politische Gestaltung auf Ausgleich, Tugendhaftigkeit („arete“) – wie sie sich auch im Konzept der Inneren Führung der Bundeswehr widerspiegelt – und politische Kompromisse hin ausgelegt sein sollte, was nur in einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung möglich ist. Der Mensch soll eine gute Ordnung („ordo bonorum“) errichten und das Gute in seinem persönlichen Umfeld und im politischen Raum anstreben (res agenda), auch wenn er nie vollkommen gut zu sein vermag, weshalb der Mensch in dieser Welt einer politischen Ordnung bedarf. In der theologischen Perspektive ist jeder Mensch Gottes Ebenbild und trotz seiner Unvollkommenheit nicht ohne Heil, weshalb er hoffnungsvoll¹³ sein Leben gestalten und Wege zum Frieden suchen kann.

Wenn wir uns also bei den großen Fragen der Weltpolitik um ein

¹² Vgl. Rauch, a.a.O., 2006, S. 247ff

¹³ Bernhard Moltmann: Der Friede ist der Ernstfall – Plädoyer für eine Weltinnenpolitik, in: Peter Michaelis (Hg): Für Ruhe in der Seele sorgen. Evangelische Militärpfarrer im Auslandseinsatz der Bundeswehr. Leipzig 2003, S. 12-16

Mehr an Frieden etwa durch Friedensmissionen wie UNPROFOR, IFOR, SFOR und EUFOR bemühen, dann im Wissen darum, dass wir bei der Lösung von Konflikten in der Weltpolitik als Menschen nur kleine Schritte zu gehen vermögen und uns letztlich der große Wurf in der Lösung sämtlicher Konflikte und Krisen verwehrt bleibt – aufgrund der Kontingenz unseres Menschseins verwehrt bleiben muss. Internationale Friedensmissionen wie UNPROFOR, IFOR, SFOR und EUFOR können nur vor diesem ordnungspolitischen Hintergrund gesehen werden, dass sie lediglich einen sehr begrenzten Beitrag zum Frieden in der Welt zu leisten vermögen. Der Historiker Wolfgang Mommsen erinnert an den Sozial- und Politikwissenschaftler Max Weber, der aufgrund der Vielschichtigkeit des Balkan-Konfliktes die Auffassung vertrat, dass der Balkan „nicht die Knochen eines pommerischen Grenadiers wert sei“, und es Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten gut zu Gesicht stand, „die glimmenden Funken am Pulverfass Europas immer wieder rechtzeitig zu ersticken.“¹⁴

¹⁴ Wolfgang Mommsen: Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920. Tübingen 2003, S.228

Rücktritt abgelehnt

Wie die Heilige Synode der serbisch-orthodoxen Kirche am 13.11.08 auf ihrer Webseite mitteilte, informierte eine Bischofsdelegation den Patriarchen Pavle I. (94) in einem Belgrader Militärkrankenhaus über die jüngste Entscheidung, sein Gesuch abzulehnen, aus Gesundheitsgründen zurückzutreten. Pavle I. ist seit 1990 an der Spitze der serbischen Kirche und hatte sich schon mehrfach geweigert, sein Amt aufzugeben, bevor er jetzt das Rücktrittsgesuch einreichte. Der kranke serbisch-orthodoxe Patriarch soll eingewilligt haben, lebenslang im Amt zu verbleiben. (KNA)

Was macht einen christlichen Soldaten aus?

VON MAJ A.D. KLAUS LIEBETANZ

Der Autor geht in seinem Beitrag der Frage nach: „Was macht eigentlich einen christlichen Soldaten aus? Wie war es möglich, dass die Soldaten der 6. Armee, welche zum größten Teil aus getauften, gefirmten und konfirmierten Christen bestanden, es in ihrem Verantwortungsbereich zuließen, dass im Herbst 1941 ca. 2,3 Mio. russische Kriegsgefangene einfach verhungerten, weil sie ein logistisches Problem darstellten und als völlig wertlos betrachtet wurden. Welches Fundament muss ein christlicher Soldat haben, damit er in schwierigen Situationen nicht völlig als Mensch und Christ versagt? Der Autor beginnt seine Überlegungen mit einem Auszug aus dem „Katholischen Militär-, Gebet- und –Gesangbuch von 1935, weil Extreme besonders geeignet sind, das Wesentliche herauszustellen.

Sei ein guter Soldat Christi

„Jeder Beruf, auch der Soldatenberuf, hat seine besonderen Pflichten. Wehrpflicht ist „Ehrenpflicht“. Was Deutschland groß gemacht hat, ist nicht zuletzt dem Soldatenstande zu danken. Er ist eine Schule der Tapferkeit, die Geburtsstätte großer Helden, ein Schauplatz der Ehre und des Ruhmes! Dass Gott diesen Stand hochschätzt, geht aus verschiedenen Stellen der Heiligen Schrift hervor. Der Kirche hat er nicht wenige Helden der Tugend und des Glaubens geschenkt. Freue dich von Herzen über die Ehre, einem so hochgeschätzten Stande angehören zu dürfen und mache dich seiner würdig durch tadellose Führung. Aus Standesbewusstsein tue als Soldat und weil Soldat, dein Bestes! Wahre Soldatenehre kann ohne Treue bis in den Tod und ohne Erfüllung der Pflichten – auch der anscheinend kleinsten – nicht bestehen. Fahnenruf ist Gottesruf! Wisse, dass du einst bei Gott, dessen Namen du auf die Fahne geschworen hast, über deine Soldatenzeit gerichtet werden wirst. Halte dich an die Parole: „Mit Gott für Führer und Vaterland!“ Mit Gott, das heißt nichts anderes, als ein guter Christ sein! Ein guter Christ aber ist immer ein tüchtiger Soldat. „Wer seinem Gott die Treue bricht, der hält sie auch den Menschen nicht!“ (aus Kath.Militär-, Gesangbuch; Wehrverlag, Berlin, Joseph Bercker, 27.08.1935; Imprimi permittiker, vic.corp. Berolini).

Beim Lesen dieser vorkonziliaren kirchlichen Zeilen kann man etwas besser nachvollziehen, wenn Helmut Schmidt bei seiner viel beachteten Rede anlässlich der feier-

lichen Rekrutenvereidigung am 20. Juli 2008 vor dem Reichstag bekannte, dass er bis zum Ende des Krieges nicht an der Rechtmäßigkeit des „Dritten Reiches“ gezweifelt und seinen verbrecherischen Charakter nicht erkannt hätte. Die vorkonziliare Frömmigkeit war zu sehr auf die eigene Familie, den Freundeskreis, das eigene Volk und den Machterhalt der Kirche ausgerichtet. Das zeigte sich besonders deutlich beim Verhalten der Kirche und dem der gläubigen Christen bei der „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938. Auch auf protestantischer Seite gab es eine massive, weitgehende Verleugnung der Bergpredigt Jesu Christi. Selbst ein Kirchenmann wie Dietrich Bonhoeffer hat seit 1938 mehrfach ernsthaft erwogen, aus der Evangelischen Kirche wegen deren Verleugnung christlicher Werte auszutreten.

Der Frevel an den russischen Kriegsgefangenen

Wie wenig das christliche Fundament von Soldaten der deutschen Wehrmacht gehalten hat, zeigt sich exemplarisch am Beispiel der berühmten 6. Armee. Die 6. Armee hatte im Sommer und Herbst 1941 in erfolgreichen Kesselschlachten ca. 2,3 Mio. russische Kriegsgefangene gemacht. Diese Gefangenen stellten die militärische Führung vor ein gewaltiges logistisches Problem. Die nationalsozialistische Führung entschloss sich, diese Menschen, die sich bereits ergeben hatten – gegen jedes Kriegsvölkerrecht – durch Hunger und Krankheit umkommen zu lassen. Dieser Frevel an den russischen Kriegsgefangenen war im Gegensatz

zum Mord an den europäischen Juden keine geheime Kommandosache, sondern konnte von allen Soldaten wahrgenommen werden. Sicher liegt die Hauptschuld am Tod der russischen Kriegsgefangenen bei der nationalsozialistischen Reichsregierung und bei der von ihr abhängigen Wehrmachtsführung. Man kann jedoch die Soldaten der 6. Armee nicht von einer Mitschuld freisprechen.

Ist der Verfasser des Beitrages ein Nestbeschmutzer?

Natürlich kann man einwenden, dass auch im Namen der sowjetischen Diktatur ungeheure Verbrechen begangen wurden, so wie es der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann nachgewiesen hat. Nur das löst nicht das Problem der christlichen Kirchen in Deutschland und der katholischen und evangelischen Soldaten während des 2. Weltkriegs. Das Gleiche gilt übrigens auch für das Verhalten der Katholischen Kirche beim Völkermord in Ruanda 1994, einem Land mit 60% Katholiken und 15% Protestanten, wo innerhalb von 3 Monaten ca. 800.000 Frauen, ältere Menschen und Kinder fast ausschließlich in Kirchen umgebracht wurde. Bis heute hält es die Deutsche Kommission Justitia et Pax nicht für nötig, die Rolle der Katholischen Kirche beim Völkermord in Ruanda zu untersuchen und die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen, wie es der Verfasser seit langem fordert (AUFTRAG 270, S. 53ff)

Ist Papst Benedikt XVI. ein Nestbeschmutzer, weil er bei seinen jüngsten Reisen in die Vereinigten Staaten und nach Australien sich im Namen

der Kirche für zahlreiche sexuelle Übergriffe von Priestern auf Schutzbefohlene entschuldigt hat, die von den Ortskirchen jahrzehntelang verleugnet wurden. Wohl kaum. Es war höchste Zeit. Eine Kernaussage des 2. Vatikanischen Konzils lautet: „Diese Spaltung zwischen dem Glauben, den man bekennt, und dem täglichen Leben vieler ist zu den größten Verirrungen unserer Zeit zu rechnen“ (Gaudium et spes Ziff. 43).

Was macht nun einen christlichen Soldaten aus?

Wenn nun Taufe, Sakramente und auch mehr oder weniger regelmäßiger Kirchgang wie oben gezeigt offensichtlich noch nicht automatisch zu einem christlich verwurzelten und dem Bösen gegenüber widerstandsfähigen Soldaten führen, was ist es dann?

Es ist der Geist Christi, den der Herr denen, die ihm nachfolgen, verheißen hat. Ein christlicher Soldat trägt nicht nur seinen Namen, sondern ist in seinem ganzen Wesen eng mit seinem Geist verbunden. Er ist also nicht nur ein Sonntagschrist bei feierlichen Anlässen, sondern ein Werktagschrist, der sich im Alltag und in schwierigen Situationen bewährt. Zum Geist Christi gehört nicht nur die Kameradschaft, sondern auch die Liebe und Fürsorge für die an den Rand gedrängten Menschen bis zur Feindesliebe, dem einzigartigen Markenzeichen christlicher Grundeinstellung:

„Ihr habt gehört, dass gesagt worden ist: Du sollst deinen Nächsten lieben und deinen Feind hassen. Ich aber sage euch: Liebt eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen, damit ihr Söhne eures Vaters im Himmel werdet“ (Mt 5,43ff).

Anregung nicht Dogma

Im Folgenden sollen Wege aufgezeigt werden, wie der christliche Soldat eine engere Verbindung mit Jesus Christus und seinem Geist eingehen kann. Diese Vorschläge decken sich mit den Erfahrungen des zweitausendjährigen spirituellen Weges der Askese. Wer jedoch andere Wege zur Vertiefung der Lebensgemeinschaft mit Jesus Christus geht, dem sei das unbenommen. Der Geist weht, wo er will. „Es gibt so viele Wege zu Gott

wie es Menschen gibt“, sagt unser Papst Benedikt.

Wie erlangt man den Geist Christi und wird ein christlicher Soldat? Der Geist Christi ist ein Geschenk Gottes. Er kann eingeübt aber nicht verdient werden. Man kann aber vertrauensvoll um ihn beten, so wie es Jesus selbst gelehrt hat:

„Bittet, dann wird euch gegeben; sucht, dann werdet ihr finden; klopf an, dann wird euch geöffnet. Denn wer bittet, der empfängt; wer sucht, der findet; und wer anklopft, dem wird geöffnet. Oder ist einer unter euch, der seinem Sohn einen Stein gibt, wenn er um Brot bittet, oder eine Schlange, wenn er um einen Fisch bittet? Wenn nun schon ihr, die ihr böse seid, euren Kindern gebt, was gut ist, wie viel mehr wird euer Vater im Himmel denen Gutes geben, die ihn bitten“ (Mt 7,7ff).

Bibellesen mit dem Herzen

Da wir heute nicht mehr wie die Jünger, zahlreiche Frauen und Männer, Jesus auf seinem Lebensweg folgen und seinen Geist unmittelbar aufnehmen können, sind wir auf das Lesen der vier Evangelien und ausgewählter Briefe von Zeitzeugen sowie auf die in der kirchlichen Tradition überlieferten Glaubensinhalte angewiesen. Nach der Zusage Christi können wir uns als später Geborene darauf verlassen, dass uns sein Hl. Geist in sein Leben und damit in sein Zeugnis einführen wird. Also sind auch Nichttheologen „geistbegabt“. Das 2. Vatikanische Konzil hat gerade die Laien (Nichttheologen) wegen ihrer Nähe zum realen, praktischen Leben dazu aufgefordert, die Botschaft Jesu in der Welt umzusetzen und die Welt menschlicher zu machen und zur Vollendung in Christus zu führen. Das gilt auch und gerade für Soldaten: „Wer als Soldat im Dienste des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. In dem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ (Gaudium et Spes Nr. 79).

Das tägliche Lesen der Hl. Schrift

Um mit dem Geist Christi vertraut zu werden und schließlich sich mit ihm zu identifizieren, ist es emp-

fehlenswert, täglich wenigstens eine halbe Stunde einen kleinen Abschnitt aus der Hl. Schrift zu lesen, zu betrachten und zu bedenken, was dieser Abschnitt für das eigene Leben bedeutet. Hierzu halten die Standortpfarrer beider Konfessionen als Angebot eine Anleitung „Mit der Bibel durch das Jahr“ kostenlos zur Verfügung. Es ist ein ausgezeichnetes Gemeinschaftswerk der erneuerten evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland, in dem geistlich erfahrene Frauen und Männer die Bibel für unsere Zeit übersetzen und auslegen. Ferner sollte in diesem Zusammenhang bedacht werden, dass die Bibel nach christlicher Überzeugung auch vom Hl. Geist inspiriert ist, also nicht bloßes Menschenwerk ist. Gott spricht in den Hl. Schriften unmittelbar zu den Menschen. Es geht also um die Gegenwart und Zukunft und nicht um das reine Betrachten von vergangenen Ereignissen.

Ist das tägliche Lesen der Hl. Schrift eine Zumutung?

Nicht wenige Zeitgenossen mit einem fordernden Beruf werden die tägliche Beschäftigung mit der Hl. Schrift als eine Zumutung empfinden. Sie wissen gar nicht, woher sie die tägliche halbe Stunde dafür nehmen sollten, werden von ihrer täglichen Beschäftigung aufgesogen und haben das Beten verlernt. Nicht wenige, die keine sittlichen Widerstandskräfte entwickelt haben, sind oberflächlich, denken nur rein Fachbezogen, sind innerlich leer und sind nicht selten für jede Gemeinheit verfügbar, die ihnen Vorteile bringt. Ein Blick in das tägliche Medienangebot genügt, um derartiges Fehlverhalten auch von Personen zu erfahren, von denen man es nicht erwartet hätte.

Eine halbe Stunde ist eher zu wenig!

Vorausgesetzt, dass Gott wirklich der Schöpfer des Universums und damit auch unserer Welt und des Menschen ist; dass er wegen seiner Allgegenwart jedem Menschen näher ist als dieser sich selbst; dass er nach den Propheten des Alten Testaments schließlich seinen wesensgleichen Sohn auf die Erde gesandt hat, um für alle Menschen den Weg zu einem erfüllten Leben aufzuzeigen: Wäre das

nicht die Perle, für die man alles verkaufen müsste? Es ist also eine Frage des Glaubens und nicht der vorhandenen Zeit, ob man sich täglich wenigstens eine halbe Stunde nimmt, um in den Geist Christi einzutauchen. Dabei soll nicht geleugnet werden, dass es auch Tage gibt, an denen das objektiv nicht möglich ist.

Zur inneren Ruhe kommen

Wenn man sich dazu durchringen hat, täglich zu einer bestimmten Zeit die Hl. Schrift zu betrachten und so mit dem lebendigen Herrn Verbindung aufzunehmen, wird innere Ruhe eintreten, weil man auf einem gestärkten und unzerstörbaren Fundament steht. Soldatinnen und Soldaten können während der Auslandseinsätze den meist vorhandenen „Raum der Stille“ aufsuchen und der Betrachtung der Hl. Schrift nachgehen.

Morgen- und Abendgebet

Um von einem Sonntagschristen zu einem Werktagschristen zu werden, ist es weiterhin empfehlenswert, regelmäßig morgens und abends zu beten. Am Morgen stellt sich der Soldat vertrauensvoll unter den Schutz Gottes und bittet um die Gabe des Hl. Geistes für alle Vorhaben des Tages. Als Regelgebet eignet sich der Psalm 23 „Der Herr ist mein Hirte“.

Das Abendgebet vor der Nachtruhe beginnt mit dem Dank für das Gelingen und das Erfreuliche des Tages und mit der Bitte um Verzeihung für alles, was nicht so gelungen oder gar missraten war. Dazu gehört auch die Bitte um Kraft eigenes Fehlverhalten zu überwinden. Als Regelgebet eignet sich das „Vater unser“ als Schlussgebet.

Nachfolge Christi und innere Freiheit

Die Nachfolge Christi schließt sich bei den Soldaten der Bundeswehr in ihrem Dienst für den Frieden nicht aus. Ganz im Gegenteil ist sie eine gute Voraussetzung und Motivation für einen engagierten Dienst an der betroffenen und meist geschundenen Zivilbevölkerung. Wer Jesus nachfolgt, muss bereit sein, ihm in den Tod zu folgen. Nichts anderes bedeutet die Aufforderung, im Gefolge Jesu das eigenen Leben hintanzustellen („zu

verleugnen“) und täglich sein Kreuz zu tragen (Mk 8,34). Das gilt auch für Zivilisten. Nicht alle, die mit Jesu gehen, müssen zwangsläufig im Martyrium enden. Die Erfahrung zeigt, dass es nur wenige sind, die dergestalt ausgezeichnet werden. Aber es muss allen klar sein, dass der Weg mit Gott, auf dem sie Jesu folgen, auch den Einsatz des eigenen Lebens fordern kann. Das Tragen des „täglichen Kreuzes“ bedeutet für Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz: Trennung vom Partner und von der Familie, Ertragen der erheblichen Einschränkungen eines Lagerlebens oder auf einem Schiff, das ungewohnte Klima zwischen 50 Grad plus und 30 Grad minus und schließlich die Bedrohung durch terroristische Angriffe.

Leben gewinnt, wer es riskiert

Leben gewinnt, wer es um der christlichen Nächstenliebe riskiert. Das entspricht einer Einsicht, die sich auch außerhalb der Bibel findet. Wer sein Leben krampfhaft festhält und es nur für sich selber leben will, wird es in ängstlichem Sich-Absichern oder zwanghaftem Ansammeln von Gütern ersticken. Wer aber sein Leben für den Nächsten riskiert, gewinnt Lebensqualität und die innere Freiheit. Jesus lässt das freilich nur gelten, wenn man sein Leben für das Richtige einsetzt. Das bedeutet aber nicht, Leben gering zu achten. Unser Leben ist wertvoller als alle Güter dieser Welt. Und gerade deshalb ist es so wichtig, dieses Leben für das höchste Gut, nämlich die Gemeinschaft mit Gott und die Erfahrung seiner Liebe, einzusetzen (Vgl. „Mitgefühl und Verantwortung für die betroffenen Bevölkerung in Afghanistan“ im AUFTRAG 268; S. 33ff.).

Der christliche Soldat: Everybody's darling?

Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit gegenüber den Kameraden, Vorgesetzten und Untergebenen wird den christlichen Soldaten grundsätzlich zu einem angenehmen Zeitgenossen machen. Was aber nicht bedeutet, dass das Leben in der Nachfolge Christi besonders angenehm und abgefedert ist.

Das christliche Engagement für Gerechtigkeit und eine menschenfreundlichere Welt, wird sehr bald

auf Widerstand stoßen. Überall sitzen die „Platzhirsche“, die in der Verfolgung ihrer persönlichen Interessen und in ihrer Ruhe nicht gestört werden wollen. Jesus Christus ist schließlich nicht an Altersschwäche im Bett gestorben, sondern am Kreuz, das ihm von frommen Theologen bereitet wurde, welche die Deutungshoheit über die geistlichen Stammtische ihrer Zeit nicht verlieren wollten. Bei den Streitkräften, in der Politik und in der Kirche ist das heute nicht anders. Um Missverständnissen vorzubeugen, muss ergänzt werden, dass ein christlicher Soldat nicht mit einem belehrungsresistenten Querulanten zu verwechseln ist. Ein christlicher Soldat wird mit sorgfältiger Absprache unter Kameraden und unter Anwendung der „Regeln zur Unterscheidung der Geister“ in angemessener Weise seine Anliegen vortragen. Allerdings gibt es auch Situationen, wo es nur noch ein „Ja“ oder „Nein“ gibt mit möglicherweise nicht unerheblichen Konsequenzen.

Auf jeden Fall kann man einem christlichen Soldaten in diesem Sinne ein spannendes, selbstbewusstes und erfülltes Leben versprechen.

Ignatianische Exerzitien für Soldaten der Bundeswehr

Der ehemalige spanische Offizier Ignatius von Loyola hatte sich bei der Verteidigung der Festung Pampolona eine schwere Verletzung zugezogen. Auf dem Krankenbett begann er damit, seine berühmten und auch heute noch wirksamen Exerzitien zu entwickeln. In der zweiten Woche dieser Exerzitien stellt er den Teilnehmern eine „Besinnung über zwei Banner“ vor. Im ersten Bild beschreibt er das Heerlager des Fürsten dieser Welt, den Todfeind der menschlichen Natur. Dieser sitzt auf einem großmächtigen Thron aus Feuer und Rauch, in einer Gestalt von Schauer und Schrecken. Er treibt seine Untertanen an, seine menschenverachtenden Pläne zu verwirklichen, vergleichbar den nationalsozialistischen, fanatisierten Massenveranstaltungen, die häufig in den Abendstunden bei Rauch und Fackelschein stattfanden. Der einzelne ist willenloses und manipuliertes Werkzeug einer zerstörungswütigen Macht.

Das zweite Bild zeigt das Heerlager Christi an einem unscheinbaren Ort, schön und anmutig. Er beruft einzelne Personen zu seinen Jüngern und sendet sie aus, allen Bedürftigen zu helfen und ermuntert sie zu Armut im Geiste, der Bereitschaft um seines Willen, Schmähungen zu ertragen und zur persönlichen Bescheidenheit und Demut. In den Exerzitien geht es u.a. um die Frage, unter welchem Banner die Teilnehmer und mit welcher Bereitschaft die Teilnehmer dienen wollen. Ignatius von Loyola gründete 1535 mit wenigen Gefährten in Paris in der Kirche St. Dionysius den Jesuitenorden, der heute weltweit ca. 40.000 Mitglieder zählt. Noch heute marschieren die Jesuiten an der Seite der Unterdrückten und Geächteten und riskieren dabei nicht selten ihr Leben, wie in El Salvador, wo noch vor dem bekannten Märtyrerbischof Carlos Romero sechs Jesuiten von Todesschwadronen umgebracht wurden. Die ersten Toten beim Völkermord in Ruanda am 7. April 1994 waren zahlreiche Jesuiten im „Zentrum Jesu Christi“ in Kigali, um nur einige spektakuläre Beispiele zu nennen. Die Katholische Militärseelsorge sollte die Möglichkeit nutzen, Soldaten der Bundeswehr 14-tägige Exerzitien anzubieten, die idealerweise von missionserfahrenen Jesuiten geleitet

werden könnten. Bei den Exerzitien geht es nicht um das Aufbügeln eines eventuell vorhandenen „geistlichen Anzuges“ sondern um einen völlig neuen Anzug, um eine erhebliche Änderung der Lebenseinstellung.

Abschließende Bemerkungen und Klarstellungen

Sicher wird der ein oder andere Leser dieses Beitrages einwenden, dieser Artikel sei moralisch überhöht, gehe an der Realität der Bundeswehr vorbei und sei daher abwegig. Dem ist Folgendes zu entgegnen:

1. Es geht um die Seinsfrage

In diesem Beitrag geht es nicht um Moralien sondern um die Seinsfrage. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ist bewusst kein eingetragener Verein sondern konstituiert sich durch die Verbindung seiner Mitglieder mit Jesus Christus, auf den die Welt hin geschaffen wurde und der das Ziel der Geschichte ist (Gaudium et Spes Ziff. 45). Es ist also eine existentielle Frage, wie die einzelnen Mitglieder zu Jesus Christus stehen.

2. Christsein in Gemeinschaft

Nur wenige Christen werden als „Einzelkämpfer“ bestehen können.

Von Beginn des Christentums an lebten die Gläubigen in Gemeinschaft mit Gleichgesinnten, von denen sie Stärkung und Bestätigung erfahren haben und noch heute erfahren. Die „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ ist in besonderer Weise geeignet, für christliche Soldaten ein geistiges Zuhause zu bieten. Die gemeinsame Feier der Hl. Messe ist Ausdruck für die Gemeinschaft mit Jesus Christus und unter einander.

3. Die Glaubensfrage wird an Bedeutung gewinnen

Die Geschichte und Erfahrung hat gezeigt, dass es in Krisen- und Extremsituationen wie im Kampfeinsatz nicht ausreichend ist, gelegentlich an religiösen Veranstaltungen teilgenommen zu haben, um sich nicht an Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beteiligen. Die Glaubensfrage gewinnt an Bedeutung, wo der Soldat in Kampfhandlungen verwickelt sein wird. Mit diesen Herausforderungen werden die Soldaten der Bundeswehr absehbar eher häufiger konfrontiert werden. Die Bundeswehr wird sich auf Dauer nicht aus Kampfhandlungen heraushalten können. Die Militärseelsorge muss sich mit ihren Angeboten darauf einrichten. □

Größte katholische Kirche Ostdeutschlands seit 1989 entsteht

Im Leipziger Stadtzentrum wird ab 2010 der größte katholische Kirchenneubau Ostdeutschlands nach der Wende errichtet. Das Projekt habe die volle Unterstützung der Deutschen Bischofskonferenz, erklärte der Bischof von Dresden-Meißen, Joachim Reinelt, am 10.11.08 vor Journalisten in der Messestadt. Die Propsteigemeinde veranschlagt für den Ersatzbau ihres baufälligen Gotteshauses mindestens zehn Millionen Euro. Dafür wird am 7./8. Februar bundesweit in den katholischen Gottesdiensten gesammelt.

Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) sagte, das nahe dem Neuen Rathaus geplante Gotteshaus solle eine städtebauliche Wunde schließen. Auf dem unbebauten Grundstück an der Nonnenmühlgasse erwarte er ein „architektonisches Geschenk“ an die 500.000-Einwohner-Stadt. Das evangelische Stadtoberhaupt sicherte dem Projekt vorbehaltlose Unterstützung zu. Jung gehört der Jury an, die im kommenden Jahr über den Siegerentwurf eines Architekten-Wettbewerbs entscheidet.

Reinelt betonte, entstehen solle auch „die erste komplett umweltgerechte Kirche Deutschlands“. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt werde mithelfen, bei dem Projekt den aktuellen Stand ökologischer Technologie zu berücksichtigen. Der Bischof leitete früher die Umweltkommission der Deutschen Bischofskonferenz. Unterstützung von einer Million Euro sicherte das Bonifatiuswerk zu, das Katholiken hilft, die in einer Minderheitenlage leben.

Mit seinem Standort in der Innenstadt soll der Kirchenbau den Anspruch der Leipziger Katholiken auf Mitgestaltung der Gesellschaft zum Ausdruck bringen, wie Reinelt erläuterte. Leipzig sei die einzige deutsche Metropole, in deren Zentrum es seit dem Zweiten Weltkrieg kein katholisches Gotteshaus gebe. Die frühere Propsteikirche wurde 1943 durch Bomben zerstört. Einen Ersatzbau ließ das SED Regime nur außerhalb der Innenstadt auf einem wegen Wasseradern ungeeigneten Grundstück zu. Dieses Gotteshaus wäre nach Angaben von Propst Lothar Vierhock nur mit mehr als vier Millionen Euro Aufwand zu sanieren. Zugleich seien Kirche und Gemeindezentrum wegen wachsender Mitgliederzahlen bereits jetzt zu klein. Die Propsteigemeinde verdoppelte sich in den vergangenen zehn Jahren auf rund 4.000 Mitglieder. Insgesamt gehört jeder sechste Leipziger einer Kirche an. (KNA)

Bild des Soldaten

GKS – ein Verein?

Der ehemalige Bundesgeschäftsführer der GKS, Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann kommentiert den Artikel von Major a.D. Klaus Liebetanz „Was macht einen christlichen Soldaten aus?“

In dem Artikel von Klaus Liebetanz werden – sicherlich zum nicht geringen Erstaunen mancher Leser – ziemlich altmodisch erscheinende Forderungen gestellt: Tägliche Bibellektüre, regelmäßiges Morgen- und Abendgebet, Exerzitien für Soldaten. Das gibt Anlass, darüber nachzudenken, was die „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ eigentlich sein will – und was sie tatsächlich ist.

Wer sich die Mühe macht, einmal die Texte nachzulesen, die die Gründerväter des Königsteiner Offizierkreises und der GKS über diese Gemeinschaften geschrieben haben, wird angesichts der heutigen Realität des Gemeinschaftslebens innerhalb der GKS nachdenklich werden. War ursprünglich an eine reine Gebetsgemeinschaft gedacht, so trat bei den weiteren Überlegungen die Verantwortung für die Mitgestaltung des beruflichen Umfeldes hinzu. Eindeutig stand aber die gemeinsame Verwirklichung unseres Glaubens im Mittelpunkt. Zwar leben diese Grundgedanken noch in den heute gültigen Dokumenten weiter, doch scheinen sich die Schwerpunkte verschoben zu haben.

Drei Hauptaspekte, die heute das Besondere an der GKS ausmachen:

Zum einen wollen ihre Mitglieder politisch wirken. Das „Leitershofer Grundsatzprogramm“ der GKS formuliert dazu: „(Die GKS) will ihr Anliegen, die sich aus den Besonderheiten des Soldatenberufs ergeben, in den Meinungsbildungsprozess von Kirche, Politik und Gesellschaft einbringen...“ (Ziff. 1102).

Das Gedankengut der GKS wird regelmäßig durch die Verbandszeitschrift „AUFTRAG“ veröffentlicht. Es sind aber insbesondere die „Erklärungen“ der GKS, mit denen das in den Leitsätzen formulierte Ziel verwirklicht wird. Auch wenn man nüchtern sehen muss, dass es für eine verhältnismäßig kleine Gruppierung

sehr schwer ist, sich in unserer Mediengesellschaft Gehör zu verschaffen, so muss man doch anerkennen, dass gerade in jüngster Zeit durch die Sachausschüsse eine bemerkenswerte inhaltliche Arbeit von hoher Qualität geleistet wurde. Auch die langjährige Kooperation mit pax christi kann als gelungenes Beispiel dafür gelten, dass unsere Auffassungen auch in anderen kirchlichen Bereichen erläutert wurden und sicherlich auch in gewissen Grenzen Zustimmung erlangen konnten.

Zum anderen will die GKS „in den Streitkräften zur Verwirklichung des christlichen Zeugnisses durch Be-sinnung, Bildung und Begegnung beitragen“ (a.a.O.). Für dieses Ziel wird auf allen Organisationsebenen der GKS viel getan, seien es die Bundeskonferenzen mit ihrem Gesamtansatz von Gottesdiensten, Vorträgen und festlichen Ereignissen oder Veranstaltungen der Kreise und Bereiche.

Als Grundvoraussetzung für die Verwirklichung dieser Ziele wird schließlich ausgesagt: „Die GKS ist mehr als eine berufsbezogene Interessengemeinschaft. Ihr innerer Zusammenhalt muss sich aus der Tatsache ergeben, dass hier Christen zusammenkommen und miteinander umgehen. So müssen zum Weltdienst immer auch der Gottesdienst und das Gebet als verbindende Kräfte treten.“

Mit diesem Hinweis auf die Bedeutung von Gottesdienst und Gebet sind wir im Bereich des persönlichen Umgangs mit unserem Glauben angelangt. Gewiss spielt der gemeinsame Gottesdienst bei allen unseren Veranstaltungen eine wichtige Rolle. Aber der Blick auf das Glaubensleben des einzelnen bleibt naturgemäß in der Regel verwehrt. Genau hier setzt der Artikel von Klaus Liebetanz an. Und ohne es zu betonen, vielleicht auch, ohne es zu wissen, knüpft er damit an die allerersten Überlegungen unserer

Gründerväter zu einer Gebetsgemeinschaft an.

Wenn wir etwas über die Verwurzelung der Mitglieder der GKS in unserem Glauben in Erfahrung bringen wollen, bleibt eigentlich nur der Blick auf die Wirklichkeit des Zusammenlebens in unserer Gemeinschaft. Dies kann zumindest einen indirekten Rückschluss erlauben: Wie ist der Umgang miteinander, wie wird auf Fehler anderer reagiert, wie werden Meinungsverschiedenheiten ausgetragen, wo sieht die Mehrheit der Mitglieder das eigentliche Ziel unserer Gemeinschaft?

Auch wer die unvermeidliche Unzulänglichkeit allen menschlichen Handelns in Rechnung stellt, wird doch manche harte Auseinandersetzung, manche Unversöhnlichkeit, auch manche Konzentration auf rein organisatorische oder finanzielle Fragen mit Sorge betrachten. In dem einen oder anderen Fall könnte man den Eindruck gewinnen, dass Christen eigentlich anders – liebevoller – miteinander umgehen sollten.

Um das Bild vollständig zu zeichnen, muss aber auch gesagt werden, dass dies nicht die Regel ist. Jeder erinnert sich an Begegnungen, die das sichere Bewusstsein vermittelten, unter Freunden zu sein; an Gottesdienste, bei denen der Friedensgruß bestätigte, was vorher untereinander praktiziert wurde; an Sitzungen, bei denen Meinungsverschiedenheiten ohne persönliche Schärfe ausgetragen werden konnten; an gemeinsam entwickelte Ideen, wie Neues geschaffen werden kann, um unsere Ziele zeitgemäß umzusetzen; an die selbstlose Einsatzbereitschaft Einzelner, die alles daran setzten, die Gemeinschaft am Leben zu erhalten. Dies sind Beispiele, die durchaus einen Rückschluss auf die grundlegende Lebenseinstellung und die religiöse Verwurzelung der handelnden Personen zulassen, die deutlich machen, dass wir eine Gemeinschaft sind und eben kein Verein.

Wenn man dies alles – Positives wie Negatives – bedenkt, wird man den Beitrag von Klaus Liebetanz mit anderen Augen lesen. □

Kirche im arabischen Raum:

Bischof Hinder berichtet vom Leben der Christen auf der Arabischen Halbinsel

„Weil wir niemand sind, sind wir die Protagonisten“

Die Arabische Halbinsel mit einem Territorium von drei Millionen Quadratmetern ist als Apostolisches Vikariat die flächenmäßig größte „Diözese“ der Welt. In ihr sind Völker 90 verschiedener Nationalitäten vertreten. Sie umfasst Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrein, Oman, Yemen, Qatar und Saudi-Arabien. Das Apostolische Vikariat wurde im Jahr 1889 eingerichtet und ist dem Kapuzinerorden anvertraut. Bischof Paul Hinder OFMCap (66) ist seit 2005 Apostolischer Vikar der Arabischen Halbinsel und lebt in Abu Dhabi in den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Der Bischof zeigt gerne Fotos der am 16. März 2008 eingeweihten „St. Mary's Church“, der ersten Kirche von Doha, die 4.000 Menschen Platz bietet. Oder er berichtet von der Feier der Karwoche in Abu Dhabi, an der in der Regel 70.000 Gläubige teilnehmen. Am Ostertag, so Hinder, wurden in Dubai und Abu Dhabi 19 Messen gefeiert: sechs auf Englisch, zwei auf Arabisch, dann Messen auf Philippinisch, Singalesisch, Tamil, Urdu, Malaysisch, Konkani, Französisch, Italienisch, Spanisch, Polnisch und auch Deutsch. Die Gläubigen stammen vor allem aus den Philippinen und Indien, aber auch aus Indonesien, Nigeria, Europa und Nordamerika.

Aus den arabischen Ländern, die das Territorium des Apostolischen Vikariats ausmachen, kommen keine Christen. Die Kirche Arabiens sei, so der Bischof, eine „hundertprozentige Pilgerkirche“. Die Kirchengebäude seien von außen nicht als solche erkennbar. Die Gläubigen würden sich zum Gebet in Privatwohnungen versammeln, die oft in der Peripherie der Städte lägen. In jeder Pfarrei gebe es eine der Gottesmutter geweihte Kapelle, in der auch Moslems beteten. Die geringe Zahl von Priestern habe die lokalen Gemeinden in der jüngs-

ten Zeit dazu veranlasst, die Leitung auch Laien anzuvertrauen.

Die Menschen, die im Gebiet des Apostolischen Vikariats leben, sind nach Worten des Bischofs in der Regel sehr fromm und hätten einen tiefen Glauben, der ihn manchmal überrasche. Es handle sich um eine sehr lebendige, wenngleich nicht sehr sichtbare Kirche. „Weil wir niemand sind, sind wir die Protagonisten“, hebt Hinder hervor.

Die Christen in der arabischen Welt lebten in einem Zustand der „Freiheit auf Bewährung“, wenngleich dabei zwischen dem liturgischen Leben und dem im persönlichen Bereich gelebten Glauben zu unterscheiden sei. Die Lage sei in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Die Religionsfreiheit werde überall anerkannt außer in Saudi-Arabien, dem einzigen Land, wo es für die über 800.000 dort ansässigen Katholiken keine Kultstätte gebe. Der König von Saudi-Arabien verbiete es jedoch nicht, im Privaten zu beten, solange dies nicht zu „Störungen“ führe.

Eine Gefahr stellte Bischof Hinder in den Vordergrund: „die Tendenz zur Arroganz, die wir in unserer Kultur haben – nicht nur gegenüber dem Islam.“ Im Westen gebe es die Tendenz, sich als den Höhepunkt der Entwicklung der Menschheit zu betrachten. Dies sei aber nicht richtig, da nicht alle Völker gezwungen seien, dieselbe Geschichte durchzumachen; es gebe auch andere Wege, die Dichotomie (*Zweigliedrigkeit*) zwischen der technisierten Welt und der Vergangenheit der eigenen Geschichte und Religion zu leben.

Hinder ist davon überzeugt, dass sich die islamische Welt mehr der Vernunft öffnen müsse. Dies dürfe aber nicht bedeuten, dass sie zu demselben Säkularismus gelangen sollte wie der Westen. „Vielleicht sind wir es,

die einen Fehler gemacht haben“, so der Bischof.

Der interreligiöse Dialog müsse in Aufrichtigkeit und Respekt geführt werden. Auf einer Gegenseitigkeit im mathematischen Sinne zu bestehen, funktioniere jedoch nicht. Vor allem der westliche Demokratiebegriff sei das Ergebnis eines langen Prozesses; auch die Kirche habe sich lange darum bemüht, ihn zu akzeptieren. „Ich kann Demokratie und Rechte, wie wir sie kennen, nicht aufzwingen, da sie Frucht eines Weges sind, von dem nicht gesagt ist, dass ihn auch die Arabischen Emirate beschreiten müssen.“ In den arabischen Ländern sei das politische Leben von der Religion durchdrungen. Gerade dies sei ein Hindernis zum Verständnis eines Begriffes, wie ihn der europäische liberale Staat darstelle. „Für die Muslime ist der Glaube ein integraler Bestandteil des Lebens“. Bei allen Schwierigkeiten mit staatlichen Stellen, so Bischof Hinder, gebe es doch auch herzliche Beziehungen zu den hohen Exponenten der islamischen Welt. Oft werde er zum gemeinsamen Mahl eingeladen, mit dem während des Fastenmonats Ramadan das tägliche Fasten unterbrochen wird.

(PS nach einem Beitrag von Mirko Testa in ZENIT.org).

AUFTRAG 273

Nicht vergessen, der Ein-sendeschluss für Beiträge zum AUFTRAG 273 ist:

Montag, der 23. Januar 2009

an:
redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Muslime in der deutschen Gesellschaft:

Muslime auf dem „Religionsmonitor“

Die Bertelsmann-Stiftung hat ihren „Religionsmonitor“¹ nun auch auf die Muslime in Deutschland gerichtet. Zwar lässt die Studie manche Fragen offen, und nicht alle Ergebnisse sind deckungsgleich mit denen anderer Untersuchungen, doch sie vermittelt ein ungewohnt differenziertes Bild der religiösen Einstellungen und Praktiken der Muslime in Deutschland. Und sie bestätigt frühere Erhebungen, dass die große Mehrheit keineswegs einem „politischen Islam“ anhängt.

Im vergangenen Jahr waren beim ersten Durchgang des „Religionsmonitors“ nur 21 von 1.000 Befragten in Deutschland Muslime – zu wenige, um aus den Antworten tragfähige Schlüsse zu ziehen. Diesmal wurden 2.007 Muslime befragt und damit eine doppelt so große Stichprobe wie aus der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich ergibt sich für die Autoren ein deutlich höherer Grad der Religiosität als bei der nichtmuslimischen Population: 90 Prozent der Muslime in Deutschland seien religiös, 41 Prozent sogar „hochreligiös“. Die Vergleichszahlen liegen bei 70/18 Prozent für die Gesamtbevölkerung sowie 84/27 Prozent

für die Katholiken und 79/14 Prozent für die Protestanten. Dabei beziehen sich die Autoren unter Projektleiter Martin Rieger auf einen von ihnen entwickelten und mit annähernd 100 Fragen erfassten „substanziellen Religionsbegriff“.

Keine homogene Gruppe

Dass Muslime dabei keine homogene Gruppe darstellen, zeigt die Unterscheidung nach Sprachgruppen (türkisch, bosnisch, iranisch, arabisch) und nach Glaubensrichtungen (65 Prozent Sunniten, 9 Prozent Schiiten, 8 Prozent Aleviten, 11 Prozent „andere Glaubensrichtung“, 8 Prozent „weiß nicht/ keine Angabe“). Die strittige Frage, ob die Aleviten nun zum Islam zugehörig sind oder nicht, sollte damit nicht abschließend beantwortet werden, sagte Rieger. Unter den Aleviten ist laut Studie der Anteil der Nichtreligiösen am größten (21 Prozent), gefolgt von den Schiiten (9 Prozent) und lediglich 2 Prozent bei den Sunniten.

Zugleich ist bei den Sunniten der Anteil der „Hochreligiösen“ am größten (47 Prozent), bei den Aleviten am niedrigsten (12 Prozent).

Nach Sprachgruppen schwankt der Anteil der „Hochreligiösen“ zwischen 44 Prozent (türkisch) und 27 Prozent (persisch). In einem Kommentar heben die Islamwissenschaftler Peter Heine und Riem Spielhaus

hervor, dass das im „akademischen und politischen Diskurs“ dominierende Konzept einer „Dualität zwischen Schiitentum und Sunnitentum“ damit die Realität nur unzureichend abbilde. Bei den Antworten der Aleviten sei allerdings zu berücksichtigen, dass mit den Fragen nach dem Fasten und dem Moscheebesuch die Besonderheiten dieser Glaubensrichtung nicht berücksichtigt worden seien. Heine/Spielhaus weisen zudem darauf hin, dass bei der quantitativen Studie, die die Selbsteinschätzungen und Eigenangaben der Befragten erfasse, „relativ offen“ bleibe, welche Motivation zu den Aussagen und zu den erfragten Handlungen führe.

Vom Ansatz her unterscheidet sich der „Religionsmonitor“ von der im vergangenen Dezember vom Bundesinnenministerium vorgestellten Islam-Studie (ID v. 3.1.2008). Darin waren die idealtypischen Richtungen Orthodoxie, Traditionalismus und Fundamentalismus unterschieden worden. Rieger wies diese Terminologie als nicht sachdienlich zurück. Unabhängig von der Begrifflichkeit spiele die Politik für die meisten Muslime nur eine untergeordnete Rolle. Und generell zeige sich im weltweiten Vergleich der Ergebnisse der Zusammenhang, dass Menschen umso toleranter seien, je religiöser sie seien. Dies gelte auch für die Muslime in Deutschland.

(KNA-ID 40)

1 http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-3F227AB5/bst/hs.xsl/85217_85222.htm
s.a. AUFTRAG

Vatikanstaat:

Daniel Anrig, neuer Kommandant der Päpstlichen Schweizergarde

Papst Benedikt XVI. hat Daniel Anrig zum 34. Kommandanten der Päpstlichen Schweizergarde ernannt, dem kleinsten und ältesten Heer der Welt. Der 36-jährige Jurist hat sein Amt im Range eines Oberst am 1. Dezember 2008 angetreten. – Die Verabschiedung von Oberst Elmar Theodor Mäder, der zehn Jahre als 33. Kommandant die Päpstliche Schweizergarde befehligte, fand am 16. September 2008 statt.

Der neue Kommandant der Päpstlichen Schweizergarde, geboren am 10. Juli 1972 in Walenstadt im Kanton St. Gallen, ist mit einer Theologin verheiratet und Vater von vier Kindern.

In der Schweizer Armee bekleidet er den Rang eines Hauptmanns.

Gegenwärtig ist Anrig Kommandant der Glarner Kantonspolizei. Von 1992-94 diente er selbst als Hellebardier in der Päpstlichen Schwei-

zergarde, bevor er sich an der Universität Freiburg (Schweiz) Zivil- und Kirchenrecht studierte. Sein Studium beendete er 1999 mit dem Lizentiat beider Rechte (lic. iur. utr.). Seine Polizei-Laufbahn begann Daniel Anrig

als Chef der Kriminalpolizei bei der Glarner Kantonspolizei.

Die Schweizer Bischöfe haben dem neuen Kommandanten ihre Glückwünsche übermittelt. Gleichzeitig dankten sie dem zurückgetretenen Kommandanten der Schweizergarde, Elmar Mäder, für seine hervorragenden Dienste.

Im Gespräch mit der Zeitschrift „Der Schweizergardist“ zog der 1963 geborene Mäder eine Bilanz seiner Dienstzeit: „Ich habe eine sehr schöne Zeit in der Schweizergarde erleben dürfen. Auch meine Persönlichkeit hat sich weiterentwickelt, und ich darf wohl auch behaupten, dass Gott mir ein Charisma gegeben hat, das gerade für die vielen öffentlichen Auftritte rund um das Jubiläum für die Garde ganz nützlich war. Am meisten beeindruckt hat mich immer wieder, was aus Kadern an Leistungen herauszuholen war, für die sie auf den ersten Blick gar nicht ausgebildet schienen. Aber der typische Gardist wächst eben an der Herausforderung. Und wir haben in unserem Umfeld gelernt, uns nicht darauf zu verlassen, dass immer alles wie geplant abläuft.“

Seinem Nachfolger Anrig, dem 34. Kommandanten der Schweizergarde, gab er folgenden Rat mit auf dem Weg: „Er muss sich einen kritischen Geist erhalten. Oft hat man mir auf meine Frage ‘Warum’ die Antwort ‘Es war immer so’ gegeben. Dann: Die Schweizergarde darf sich nur mit ihren Methoden und Mitteln der Zeit anpassen, nicht aber in ihrem Geist.“

33. Kommandanten der Päpstlichen Schweizergarde am 16. September 2008 verabschiedet

Mit einer Heiligen Messe in der Gardekappelle begann die offizielle Verabschiedung von Oberst Elmar Theodor Mäder. Anschließend wurden die zahlreichen geladenen Gäste vom Kommandanten persönlich begrüßt und in den Ehrenhof geleitet, in welchem die Verabschiedung stattfand. Nebst Repräsentanten des Staatssekretariates, des Vatikanstaates, der verschiedenen italienischen und vatikanischen Sicherheitsorgane, des italienischen Staates und der Stadt Rom, der schweizerischen Eidgenossenschaft – der Botschafter beim Hl. Stuhl, Jean-François Kammer und

der Verteidigungsattaché, Divisionär Faustus Furrer – und der Schweizerischen Bischofskonferenz waren auch zahlreiche Freunde der Garde und Ex-Gardisten vertreten. Msgr. Dr. Georg Gänswein überbrachte die persönlichen Grüsse des Papstes.

Als Auftakt der Zeremonie wurden die Vatikanhymne und der Schweizerpsalm gespielt, danach wandte sich der Kommandant an die versammelten Gäste. Man feiere eine Verabschiedung, die gar keine sei, betonte Oberst Mäder, da er ja im Herzen immer Gardist bleiben werde. Oberst Mäder hob die wichtigsten Ereignisse in seinem zehnjährigen Dienst für den Heiligen Vater hervor, insbesondere das große Jubiläum des Jahres 2000, den Tod von Papst Johannes Paul II., die Wahl von Papst Benedikt und die Feierlichkeiten zum 500-jährigen Bestehen der Schweizergarde. Bei seinem Dank an seine Vorgesetzten, seine Untergebenen und Mitarbeiter fügte der scheidende Kommandant hinzu, dass er nur etwas Kleines aber Wertvolles zurückgeben könne, sein Gebet.

Auch Kardinal Bertone wiederholte in einer kurzen Ansprache, dass Oberst Mäder die Garde und den Vatikan ja nun nicht definitiv verlasse, da er vom Heiligen Vater zum Kammerherrn (Gentiluomo di Sua Santità) ernannt werde, und somit weiterhin der Päpstlichen Familie angehöre. Diese auch für den scheidenden Kommandanten überraschende Ehrung wurde mit großem Applaus aufgenommen.

Die Zeremonie endete mit der wohl bedeutungsvollsten Geste, die

in der Schweizergarde für die Verabschiedung eines Kommandanten vorgesehen ist: Die Gardefahne wird eingeholt, zusammengelegt und dem Kommandanten als Zeichen übergeben, dass seine Fahne nun nicht mehr der Garde, sondern nur noch ihm persönlich gehört. Es schloss sich noch ein Empfang im Ulmenhof an, bei dem man sich persönlich von Oberst Mäder verabschieden und auch noch Anekdoten der vergangenen Jahre austauschen konnte.

Die Päpstliche Schweizergarde kommt ihrer Aufgabe, „ständig über die Sicherheit des Heiligen Vaters und seiner Residenz zu wachen, die Eingänge zur Vatikanstadt zu sichern sowie Ehren- und Ordnungsdienste auszuführen“, seit nunmehr 500 Jahren nach. Die 110 Gardisten, die gemeinsam die Kompanie bilden, die den Rang eines Regiments hat, orientieren sich am Leitwort „acriter et fideliter – tapfer und treu“.

Ihr Dienst ist in den Augen Benedikts XVI. eine „Schule des Lebens“. Bei der Vereidigung der neuen Rekruten im Mai dieses Jahres bekräftigte der Papst außerdem: „Eure historischen Uniformen sprechen zu Pilgern und Touristen aus allen Teilen der Welt über etwas, das sich trotz allem nicht ändert, nämlich über euren Einsatz, Gott zu dienen, indem ihr dem Diener seiner Diener dient“.

(PS nach www.zenit.org und www.schweizergarde.org)

Päpstliche Schweizergarde Mitglied bei Interpol

Seit Anfang Oktober 2008 ist die Päpstliche Schweizergarde Mitglied bei der internationalen Polizeiorganisation Interpol. Zur Unterzeichnung der Beitrittsurkunde reiste Bischof Boccardo Renato, zweiter Mann der Zivilverwaltung, zur Generalversammlung Interpols nach St. Petersburg. Die Hauptursache für diesen Schritt ist die Tatsache, dass Interpol seinen Mitgliedsorganisationen regelmäßig Informationen sendet über gesuchte und verdächtige Personen. Bei einer Besucherzahl von mehr als 12.000 pro Tag sind solche Informationen für die kleine, aber elitäre Polizeitruppe wichtig. (BB)

Weihnachten – die „geweihte Nacht“

„Wenn wir uns mit dem abendländischen Erbe auseinandersetzen, dann müssen wir uns seiner jüdischen, römischen und christlichen Wurzeln erinnern“¹. Fragen wir nach den Ursprüngen des christlichen Glaubens, so müssen wir den Blick öffnen auch für die germanischen, ägyptischen und griechischen Einflüsse, die auf das Christentum einwirkten. Dieser Frage geht der Autor, Prof. Andreas M. Rauch², im folgenden Artikel nach.

Die Christliche Religion stand zu keinem Zeitpunkt vollkommen isoliert da, sondern war unterschiedlichen kulturellen Strömungen ausgesetzt, die es teilweise in die christliche Kultur aufgenommen hat. Hinsichtlich der jüdischen Wurzeln des Christentums gab es etwa bei Adolf von Harnack (1851-1930) Ansätze, die christliche Theologie von der ‚Last‘ des Alten Testaments zu befreien³, während sein Zeitgenosse Adolf Schlatter (1852-1938) bei der Erforschung des Neuen Testaments versuchte, jüdisch-rabbinische Parallelen in der neutestamentlichen Exegese zu berücksichtigen⁴. Gerade in den Jahrzehnten seit dem zweiten Weltkrieg wurden die jüdisch-christlichen Zusammenhänge im besonderen Maße herausgearbeitet, gegenwärtig besonders durch den katholischen Theologen und Ratzinger-Schüler Joseph Wohlmüt⁵. Da die christliche Religion im Unterschied zum Judentum keine strenge Gesetzesreligion ist, war es offener für die Einflüsse

anderer Religionen, vor allem in der Zeit seiner Anfänge.

Was die römischen Wurzeln des Christentums angeht, so ist manches im Bewusstsein der Menschen teilweise verloren gegangen. So ist vielen nicht mehr gewahr, dass der Titel „Pontifex maximus“ des Papstes ursprünglich ein Titel des römischen Kaisers war. Ähnlich verhält es sich mit dem Labarum, also dem Banner, der den römischen Kaisern voraus getragen wurde. Das Labarum bestand aus einer langen Lanze, an der rechtwinklig ein Querstab und ein Adler als Sinnbild der Herrschergewalt angebracht waren. Kaiser Konstantin ersetzte den Adler durch das christliche Monogramm Chi (X) und Rho (P) als den Anfangssilben von Christos, während der Querstab als Kreuz heraus geformt wurde. Auch heute noch wird ein christliches Labarum in feierlichen Messen den katholischen Geistlichen vorweg getragen.

Germanische Wurzeln

Die germanischen Wurzeln des Christentums wurden vielen Christen in den vergangenen Jahrzehnten vor allem am Beispiel des Weihnachtsfestes bewusst. So wissen wir seit geraumer Zeit, dass die Ursprünge des christlichen Weihnachtsfestes auf die Sonnenwendfeier der Germanen in Mitteleuropa zurückgeht, die zwischen dem 21. und 25. Dezember gefeiert wurde. Das bedeutet, dass von da an die Tage wieder länger wurden und die lange Dunkelheit im Norden Europas allmählich überwunden wird. Eben deshalb war schon in germanischer Zeit die Sonnenwendfeier ein Lichterfest, welches in Mitteleuropa deshalb als Fest der Kerzen begangen wurde. Zugleich wurde diese Sonnenwendfeier auch bei den Germanen als ‚geweihte Nacht‘ (Mittelhochdeutsch: ‚wihen

nahten“) gefeiert. Die Römer griffen diesen heidnischen Kultus auf und der römische Kaiser Aurelian (214-275 n. Chr.) führte 274 n. Chr. offiziell den „Sol invictus“, also den ‚unbesiegtten Sonnengott‘ als öffentlichen Feiertag und als eine Art Staatsreligion ein – also als eine Art späte Form des indogermanischen Sonnenkultes⁶.

Auf Julius Caesar ist es zurück zu führen, dass das Weihnachtsfest am 25. Dezember gefeiert wird – also drei beziehungsweise vier Tage nach der astronomischen Sonnenwende. Im Jahr 46 v. Chr., als der römische Diktator den Julianischen Kalender einführte, lagen die Sonnenwenden nämlich noch auf dem 25. Dezember und wurden auch genau dann gefeiert. Da das Julianische Jahr aber elf Minuten länger war als das astronomische Sonnenjahr, wanderten sie im römischen Kalender alle 128 Jahre um einen Tag nach vorn und fielen zur Zeit des Konzils von Nicäa im Jahr 325 n. Chr. schon auf den 21. Dezember. Diese kalendarischen Umstände ließ Papst Gregor XIII. im Jahr 1582 wiederherstellen und dauerhaft fixieren, als er den noch heute gültigen, astronomisch genauen gregorianischen Kalender einführte. Da die kirchlichen Feiertage aber auf ihren ursprünglichen julianischen Daten blieben, ergab sich die Differenz von drei oder vier Tagen zwischen ihnen und den Daten des Naturjahres.

Ebenso verhält es sich mit den „Wintermaien“, den Tannenzweigen, die schon in germanischer Zeit als Zeichen der Fruchtbarkeit und der Natur des Lebens begriffen wurden. Die Tannenzweige oder Tannenbäume wurden oft mit Äpfeln geschmückt, da der Apfel als klassische nordeuropäische Frucht bis in den Winter hinein haltbar war. Auch auf europä-

⁶ Dennis Krüger: Die vorchristlichen Wurzeln des Christentums, in: Trojaburg, Nr. 1, 2008, S. 8-10

¹ Joseph Ratzinger: Werte in Zeichen des Umbruchs. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen. Freiburg i. B. 2005, S. 68 ff; siehe auch zu den römischen Wurzeln des Christentums: Joseph Ratzinger: Salz der Erde. München 1996, S. 137f und S. 255 und zu den jüdischen Wurzeln des Christentums S. 186 und 262f

² Professor ehrenhalber Dr. phil. Andreas M. Rauch ist Senior Research Fellow am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln und als Gymnasiallehrer tätig.

³ Adolf von Harnack: Geschichte der alt-christlichen Literatur. Leipzig 1893-1904 (3 Bd.)

⁴ Adolf Schlatter: Erläuterungen zum Neuen Testament. Erster Band (Die Evangelien und die Apostelgeschichte). Calw und Stuttgart 1908

⁵ Joseph Wohlmüt: An der Schwelle zum Heiligtum. Christliche Theologie im Gespräch mit jüdischem Denken. Paderborn 2007

ischen Weihnachtsmärkten hat sich der „Bratapfel“ oder Weihnachtsapfel erhalten.

Das christliche Weihnachtsfest wurde, wie wir heute wissen, in den ersten drei Jahrhunderten nach Christi nicht gefeiert. In den Maleiren der christlichen Katakomben in Rom wurde das Weihnachtsfest erst Ende des vierten Jahrhunderts thematisiert. Dies hängt damit zusammen, dass erst 381 n. Chr. unter dem römischen Kaiser Theodosius, der auch das Christentum zur Staatsreligion deklarierte, das Weihnachtsfest durch Konzilsbeschluss zum kirchlichen und damit im römischen Reich zum öffentlichen Feiertag wurde. Das erste christliche Weihnachtsfest wurde vermutlich am 25. Dezember 336 in Rom gefeiert. Wenig später bereitete sich der Brauch im übrigen Imperium Romanum aus, während er das nördliche Europa erst einige Jahrhunderte später nach der Christianisierung erreichte. Die vormals so erfolgreiche Sonnenreligion der Germanen verloren hingegen rasch an Bedeutung und spielte seit dem fünften Jahrhundert zumindest in Westeuropa keine große religiöse Rolle mehr.

Ägyptische Einflüsse

Aber nicht nur die Kultur der alten Germanen, sondern auch die der alten Ägypter beeinflussten das Christentum. Dass die alten Ägypter sich überhaupt mit Philosophie und Religion auseinandersetzen konnten und von hartem Überlebenskampf sowie existentiellen Sorgen befreit waren, verdankten sie dem großen Fischreichtum des Nils und der Fruchtbarkeit der Nilebene, die damals großflächiger war als heute. Eine Rolle spielt dabei auch die veränderte Bevölkerungszahl, die im alten Ägypten bei rund zwei Millionen lag, während das moderne Ägypten über siebzig Millionen Menschen beheimatet. Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund konnten sich die alten Ägypter intensiver und früher als andere Völker mit philosophischen und religiösen Fragen beschäftigen, wobei bei ihnen Fragen nach dem Tod, das Jenseits und die Bewältigung des Jenseits im Vordergrund standen.

Die Pharaonen schufen für ihre Religion ‚Tempel der Ewigkeit‘, die wir teilweise heute noch bestaunen können. Besonders Pharaos Ramses II (1279-1213 v. Chr.) tat sich während seiner langen Regentschaft als Architekt und Baumeister noch heute bestehender Tempel etwa in Luxor, Abu Simbel oder dem Ramesseum in West-Theben hervor, weshalb er schon zu Lebzeiten als „der Große“ und „Liebling der Götter“ betitelt wurde. Am Hofe Ramses II. soll auch Moses aufgewachsen sein, der Gesetzgeber des jüdischen Volkes⁷. Die alten Ägypter befanden sich nicht unter dem Druck, die Naturgewalten durch die Religion oder Rituale zu beschwören. Natur und Kosmos waren für die alten Ägypter Ausdruck göttlicher Ordnung. Die Ägypter waren zudem die erste Hochkultur, die sich Fragen nach dem Jenseits und ein Leben nach dem Tode stellten.

Verschiedentlich werden Verbindungen zwischen dem alten Glauben der Megalithkultur und der ägyptischen oder gar der christlichen Religion hergestellt⁸. Innerhalb der Ethnologie und der Religionswissenschaften gibt es die Auffassung von einem „Urmonotheismus“, nach der der Glaube an einen Gott sowie eine religiöse Vorstellungskraft von hoher Reinheit als früheste Stufe der Religion zu gelten habe, während der Polytheismus als Entartung dieser Urform dargestellt wird. Der Ethnologe Wilhelm Schmidt sah im Hochgottglauben der Naturvölker Verbindungen zum biblischen Schöpfungsbericht. Dieser Glaube an einen Hochgott war unter den Naturvölkern weit verbreitet, doch war dieses höchste Wesen durchweg sehr unbestimmt, war teilweise mit dämonischen Vorstellungen verknüpft und stand beziehungslos neben der Welt, also nicht wie der Gott des Christentums, des Islam und des Judentums als Erhalter der Welt und der Menschen und als sittliche Größe.

Den frühen Christen erschienen die altägyptischen Religionen als finsterneres Heidentum, gespickt mit bizarren

ren Götterbildern. Dabei spielt wohl auch eine Rolle, dass die wenigsten Christen der ersten Jahrhunderte je in Ägypten gewesen sind, da sie sonst wüssten, dass es ägyptische Christen seit den ersten Anfängen des Christentums in Form der koptischen Kirche gibt, die teilweise liturgische Elemente – etwa die Priestergewänder oder das Sanktuar⁹ – von der polytheistischen Religion der alten Ägypter übernahmen. Tatsächlich lassen sich ägyptische Wurzeln des christlichen Glaubens aufzeigen, die nicht allein durch die alttestamentlichen Geschichten über die Gefangenschaft der Israeliten durch die ägyptischen Pharaonen begründet ist.

Monotheismus der Alt-Ägypter

Zum einen gibt es eine monotheistische Strömung in der ägyptischen Religionsgeschichte. Pharaos Amenophis IV., der sich in Echnaton umtaufen ließ; er machte für die Dauer seiner Herrschaft mit der Göttervielfalt Schluss und reduzierte sie auf einen einzigen Gott Aton – die Sonne –, weil das Sonnenlicht die Quelle allen menschlichen Lebens sei. Echnaton stemmte sich gegen die mächtige Priesterkaste, die dadurch praktisch alle ihre Privilegien verlor und entmachtete wurde. Auch in der Kunst ging Echnaton neue Wege. So wich er von der tradierten, idealisierten Darstellungsweise ab und ließ seine Familie und sich ganz natürlich abbilden: wulstlippig, mit lang gezogenem Kinn und einem Hängebauch über den dünnen Schenkeln. Seine Gemahlin Nofrete wird in ihrer ganzen Schönheit dargestellt – wie die uns erhaltene Büste im Alten Museum in Berlin dies belegt. Auch die lebendigen, fast lebensgroßen Menschendarstellungen im Grab von Tutenchamun belegen diesen neuen Malstil, der jedoch mit diesem früh verstorbenen König gleichzeitig auch wieder sein Ende findet.

Echnatons Gott Aton ist jedoch keine gänzlich neue Schöpfung, sondern knüpft an den alt-ägyptischen Gott Re an, der vor und nach Echnaton verehrt wurde. Re, der men-

7 C. W. Ceram (eigentlich: Kurt Wilhelm Marek): Götter, Gräber und Gelehrte. Hamburg 1949, S. 185

8 Lucien Febvre: Fernand Brandel: Epochen der Menschheit. Der Mensch der Urzeit. Düsseldorf 1960

9 Gebetsraum zu Ende einer Kirche nur für Priester, vergleichbar mit den Gebetsträumen für die Priester in den Tempeln der Pharaonen

schengestaltig mit Falkenkopf und Sonnenscheibe gezeigt wird, war der alles überragende Sonnengott und mit den anderen Göttern zur Allgöttheit verbunden: in Re oder Amun-Re waren alle anderen Göttern enthalten, so wie diese anderen Götter in ihm enthalten waren. Insoweit trägt die alt-ägyptische Religion auch monotheistische Züge.

Das auch das Christentum nicht von Beginn an eine streng monotheistische Religion war, macht der Streit zwischen dem Theologen Arius und Athanasius, Bischof im ägyptischen Alexandrien, um die Wesenseinheit oder Wesensgleichheit von Gottvater, Jesus Christus und Heiligem Geist deutlich. Letztlich konnte sich im Konzil von Nicäa, welches vom römischen Kaiser Konstantin 325 n. Chr. einberufen wurde, Athanasius mit seinem Verständnis von der Wesenseinheit – „...die wir als eine Person verehren...“¹⁰ – durchsetzen, womit das Christentum monotheistisch blieb.

Leben nach dem Tode

Obwohl die alt-ägyptische Religion – mit Ausnahme der Ära Echnatons – eine polytheistische gewesen ist, finden sich für Christen Facetten einer gewissen Vertrautheit auf Grund der Auseinandersetzung mit der Frage eines Lebens nach dem Tode. Die Existenz eines göttlichen, Menschen letztlich nicht beschreibbaren Jenseits, eben eine Paradiesvorstellung, charakterisiert die altägyptische Religion seit dem Mittleren Reich und weist dadurch Bezüge zum Christlichen auf; sie dient als Bildprogramm für die Ausgestaltung der Königsgräber im Neuen Reich. Da die alten Ägypter an eine leibliche Auferstehung glaubten, wollten sie bis dahin den irdischen Körper durch Mumifizierung erhalten. Auch die Noblen, die Frauen, die Künstler und einfachen Arbeiter wurden deshalb mumifiziert; lediglich im Zeitaufwand und der Ausgestaltung der Mumifizierung gab es Unterschiede.

Interessanterweise werden zudem Osiris, der altägyptische König auf Erden und Gott der Auferstehung, der den Tod überwand, die weibliche Göttin Isis und Horus, Sohn von Osiris

und Isis, oft als drei-eine Götter dargestellt. Horus soll dabei durch eine Jungfrauengeburt zustande gekommen sein, womit Maria in Isis eine geistige Vorläuferin erhält. Horus, der auch den Beinamen „Christos“ hatte, wirkte mit zwölf Anhängern als „Menschenfischer“. Der Name „Christos“ und „Jesus“ – oder „Iusu“ oder „Jusa“ war im alten Ägypten als der kommende göttliche Sohn, den Horus symbolisierte, gut bekannt. Das bereits erwähnte Labarum war vor Konstantin ein Zeichen des Osiris und des Horus gewesen, der oft mit dem langen lateinischen Kreuz dargestellt wurde¹¹. Das Kreuz erscheint im alten Ägypten als heiliges Zeichen, als Symbol für die Inkarnation und ein künftiges neues Leben und weist in der Darstellung Parallelen zum Malteser-Kreuz unserer Tage auf.

Schließlich sei darauf hin gewiesen, dass der Dekalog, die zehn Gebote des Moses, sich fast wörtlich im älteren ägyptischen Totenbuch (Spruch 125 „...ich habe kein Unrecht gegen Menschen begangen; ich habe keinen Gott gelästert...“) wiederfindet, was Sinn macht, da Moses um ca. 1500 Chr. tatsächlich in Ägypten gewesen war. Das ägyptische Totenbuch ist eine Sammlung von Sprüchen, die dem Verstorbenen ermöglichen sollte, sein Leben nach dem Tod so zu gestalten, wie er es zu Lebzeiten für richtig hielt. Bereits um 2500 v. Chr. entstanden die ersten Sprüche dieser Art, die in den Innenwänden der Grabkammern der Pyramiden angebracht gewesen waren; sie wurden auch auf Papyrusrollen niedergeschrieben und den Mumien mit in den Sarg gelegt. Und auch die Vorstellung von einem Sohn, der von einem himmlischen König stammt und der sich in die dunkle, irdische Welt hinab begibt, Prüfungen bestehen muss, leidet, stirbt, dann aufersteht und ins eine ursprüngliche Welt zurück kehrt, finden sich auch in der ägyptischen, griechischen und römischen Religionen in Form der Göttergestalten von Osiris, Horus, Bacchus, Orpheus, Hermes, Adonis und Herkules wieder.

¹¹ Edward Gibbon: Die Geschichte des Niederganges und Verfalls des römischen Reiches

Ägyptische Hochkultur und dokumentierte Menschheitsgeschichte

Die kultur-, religions- und weltgeschichtliche Bedeutung der alten Ägypter liegt darin, dass sie zunächst einmal überhaupt eine Schriftsprache, die Hieroglyphen, entwickelten, indem sie einzelne Zeichen als Wörter verwendeten, vergleichbar der chinesischen Kalligraphie. Sodann verwendeten sie zahlreiche (Toten-) Sprüche bereits im vierten und dritten Jahrtausend v. Chr., die im Neuen Reich im so genannten Totenbuch zusammengefasst wurden. Zeitlich gesehen nach den ägyptischen (Toten-) Sprüchen lässt sich um ca. 2100 v. Chr. der mesopotamische Gesetzestext des Hammurabi datieren. Und noch einmal deutlich jünger ist das Redaktionsteam um Homer¹² zum Niederschreiben von „Ilias“ und „Odyssee“ um 800 bzw. 650 v. Chr. zu verorten. Die „Ilias“ und die „Odyssee“ wurden, als Ägypten von 330 bis 30 v. Chr. unter die griechische Fremdherrschaft der Ptolomäer geriet – General Ptolomäus war ein Mitstreiter Alexander des Großen gewesen –, weiter tradiert – vor allem in Alexandrien, dem von den Griechen erbauten Bildungszentrum des alten Ägypten mit weltberühmter Bibliothek und dem markanten Leuchtturm am Hafen – beides leider durch einen Brand bzw. ein Erdbeben zerstört. Und auch unter den Römern und römischen Christen wurden oftmals griechische Philosophie und Homers Erzählungen weitergegeben. In den ältesten bildlichen Darstellungen von Jesus, die wir in den Katakomben in Rom aus dem dritten und vierten Jahrhundert n. Chr. finden, wird Jesus als Philosoph dargestellt, während in diesen frühesten Christusdarstellungen das Motiv „Jesus am Kreuz“ fehlt. Wenn wir vom christlichen Glauben in seiner Frühzeit reden, so sollte sich auch

¹² Barry Strauss: Der Trojanische Krieg. Mythos und Wahrheit. Stuttgart 2008; Joachim Latacz, Thierry Greub, Peter Blome, Alfred Wiczorek (Hg): Homer. Der Mythos von Troja in Dichtung und Kunst. München 2008; kritisch wegen ungenügender Recherche ist die Arbeit des Literaturwissenschaftlers Raoul Schrott: Homers Heimat. Der Kampf um Troja und seine realen Hintergründe. München 2008 zu sehen.

¹⁰ siehe Apostolisches Glaubensbekenntnis

die Naherwartung der Wiederkunft Christi vergegenwärtigt werden.

Insoweit ist es von kulturgeschichtlicher Bedeutung, dass uns bereits im Zeitraum von ca. 1500 v. Chr. bis ca. 600 v. Chr. aus dem alten Ägypten Geschichten von Menschen überliefert sind, und zwar einsame Stimmen von Individuen aus der Antike, seien es Pharaonenherrscher oder einfache Bedienstete. Diese Geschichten sind in den Tempeln der Pharaonen in Steintafeln geschlagen oder uns durch Papyruschriften überliefert worden. Diese Geschichten werden durch die zahlreichen bildlichen Darstellungen in den Tempel der Pharaonen, den Pharaonengräbern sowie den Gräbern der Noblen und Arbeiter untermalt.

Pharao Thutmosis III. und die erste detailliert überlieferte Kriegshandlung

So ist uns im 23. Regierungsjahr von Thutmosis III. (1490-1439 v. Chr.) die Schlacht von Megiddo vom 25. April 1457 v. Chr. als erste historisch in Details verbürgte kriegerische Auseinandersetzung nördlich von Megiddo überliefert. Im Unterschied zu Homers „Ilias“ wird hier aber nicht vor den Gefahren des Krieges gewarnt, sondern vielmehr an die Raffinesse seiner Kriegsführer appelliert. Politischer Hintergrund der Schlacht von Megiddo war das zu Ende der Ära der Regentin Hatschepsut erwachte Bestreben lokaler Fürsten wie dem König von Kadesch aus der Region von Syrien und Palästina, Ägypten zu erobern. Beim Feldzug von Megiddo entschied sich Thutmosis III. auf Grund von Informationen seiner Späher entgegen dem Zureden seiner Berater, den direkten Weg über einen sehr schmalen Pass von Arnna nach Megiddo zu nehmen, auf dem eine Verteidigung bei einem Angriff weitgehend ausgeschlossen war. Doch der Pharao hatte Glück, da die Gegner den Pfad durch das Gebirge unbeachtet ließen. Völlig überrascht vom plötzlichen Angriff durch die Soldaten von Thutmosis III. zogen sich die gegnerischen Soldaten in die Festung von Megiddo zurück, wobei sie Pferde, Streitwagen, Gold und verletzte Krieger auf dem Schlachtfeld zurück ließen. Von Pharao Thutmosis III. ist seine eigene Meinung überliefert, dass sein Heer die Festung Megiddo eingenom-

men hätte, wenn es den Flüchtenden nachgesetzt hätte statt wertvolle Gegenstände der Flüchtenden auf dem Schlachtfeld einzusammeln¹³. Nach vier Monaten der Belagerung kapitulierte die Koalition und leistete seither Tribut an Pharao Thutmosis III., dessen prächtig ausgemaltes Grab mit seinem beeindruckenden rot-marmornen Sarkophag im Tal der Könige bewundert werden kann.

Eine weitere Geschichte erzählt bereits um ca. 1100 v. Chr. von Diebstählen in Pharaonengräber. Auf er tappte Grabräuber stand die Todesstrafe. Jedoch kam es immer wieder zu Diebstählen in Pharaonengräbern, trotz strenger Kontrolle der Arbeiter, weshalb es zu zwei Prozessserien gegen Grabräuber unter Pharao Ramses IX. (1126-1108 v. Chr.) und Pharao Ramses XI. (1098-1070) kam. Bei den Grabplünderungen der Pharaonengräber waren oft nicht nur die Arbeiter betroffen, sondern mitunter Menschen bis in die Führungsspitze des Pharaonenreiches involviert, vor allem wenn es um Tempelplünderungen ging. Politischer Hintergrund bildet die verschlechterte wirtschaftliche Situation im Alten Ägypten zu Ende des Neuen Reiches (1185-1075 v. Chr.), in der es zu Streiks, Korruption und Kriminalität (Grabräuber) kam. Eine Ursache hierfür lag darin, dass immer mehr Besitz in die Hände der Priester des Aman-Tempels von Karnak und immer weniger Finanzmittel in die Gewalt des Pharao gelangten. Deshalb blieben auch Lohnzahlungen an die Arbeiter der Pharaonengräber durch den Pharao aus. Zu dieser Situation kam es, weil die Pharaonen in Karnak nicht zugegen waren und stattdessen im fernen Ostnildelta, u.a. in Hermopolis, residierten und zudem immer weniger politische Durchsetzungskraft besaßen, sodass sie schließlich durch Militärdiktaturen 1075 v. Chr. abgelöst wurden. So ist uns in den Prozessakten eine Geschichte überliefert, wie ein einfacher Arbeiter, ein Weihrauchkocher, als Stündenbock für eine Grabplünderung verwendet wer-

13 Kurt Galling: Textbuch zur Geschichte Israels. Tübingen 1979; vgl. Peter Heather: Der Untergang des Römischen Weltreiches. München 1987; vgl. Zahi Hawass, Sandro Vannini: Tutanchamun. Das legendäre Grab des Pharao. München 2007

den sollte, der jedoch die beteiligte Führungsspitze mit entlarvte, sodass es zu vielen Hinrichtungen und Verteilungen kam¹⁴.

Die ägyptische Hochkultur mit ihren Bauten und Papyri wurde unter west- bzw. oströmischer Herrschaft bis zu Anfang des siebten Jahrhunderts erhalten. Um 450 n. Chr. können wir in Oberägypten den letztmaligen Gebrauch der alt-ägyptischen Hieroglyphen feststellen. Vieles geriet dann in Vergessenheit und wurde lediglich durch das trockene Wüstenklima gut konserviert. Durch Napoleon und Grabfunde im 19. Jahrhundert geriet Ägypten wieder in das Licht der Weltöffentlichkeit. Prinz Heinrich von Preußen (1726-1802), der Bruder Friedrich II., fühlte sich von der ägyptischen Kultur inspiriert und ließ sich in seinem Schlosspark im brandenburgischen Rheinsberg in einem Sarkophag mit Pyramide begraben. Zwischen 1870 und 1910 gab es in Deutschland eine gewisse Orientbegeisterung, die sich mit Ägypten, dem Nil, Palmen und den altägyptischen Tempelruinen verband – etwa auch beim bayrischen König Ludwig II. – und sich in der bildenden Kunst der Zeit niederschlug. Aber auch die Altertumskunde und die Ägyptologie stießen auf große Resonanz, bis hin zum 1907 gegründeten Deutschen Archäologischen Institut Kairo.

Theologische Überlegungen

Die Auseinandersetzung mit der altägyptischen Religion und Geschichte führt uns in die Anfänge der Menschheitsgeschichte und der Glaubensüberzeugungen von Menschen. Vielfach werden die von Anthropologen und Religionswissenschaftlern aufgezeigten Bezüge zwischen der christlichen Religion und anderen Religionen als Ansatz zu Kritik genommen: das Christentum, so etwa der evangelische Theologe und Religionswissenschaftler Marco Freuschowski in seinem 2007 in Wiesbaden erschienen Werk „Mysterium des Urchristentums. Eine kritische Sich-

14 Michael Höveler-Müller: „Nenne mir alle Männer, die mit dir in den Gräbern waren!“. Aus den Prozessakten gegen ägyptische Grab- und Tempelräuber gehen zahlreiche Details zu den Hintergründen der Plünderungen hervor, in: Antike Welt, Nr. 2, 2007, S. 15 ff

tung spekulativer Theorien zum frühen Christentum“ sei letztlich nur „abgekupfert“ und stelle ein Plagiat dar. Doch diese Ansicht ist fehlgeleitet und verleugnet die eigenständige Botschaft Jesu Christi.

Richtig ist der Überlegungsansatz, dass wir uns auch im kirchlichen Raum in Zeiten von Globalisierung und einem Zusammenprall der Religionen im 20. und 21. Jahrhundert im Sinne von Samuel Huntington (geb. 1927)¹⁵ in verstärktem Maße mit den Kulturen und Religionen anderer Völker und Menschen auseinandersetzen müssen und dabei historische, kulturelle und religiöse Wurzeln beachten müssen. Vielen wird erst in unserer Zeit gewahr, dass das an einem Ausläufer der Seidenstraße gelegene Palästina zu Zeiten Jesu ein buntes Gemisch von Kulturen, Philosophen und Religionen bot, deren Einfluss sich auch die Christen nicht entziehen konnten. Doch haben diese verschiedenen kulturellen und religiösen Einflüsse keine Bedeutung auf das christliche Proprium an sich. Das Menschen lieb gewordene Gewohnheiten wie das Feiern gewisser Feste auch in ihre neue Religion hinüber retten wollen – wie etwa das Weihnachtsfest, das frühere Fest der Sonnenwende – erschließt sich nur als allzu menschlicher Vorgang.

Eine geschichtstheoretische Kritik finden wir bei Oswald Spengler zu Anfang des 20. Jahrhunderts, indem er die These aufstellte, dass Staaten

und Länder, Kulturen und Religionen von ihrer Geburt bis zum Tod einen Zyklus durchlaufen, so wie dies Edward Gibbon (1737-1794) Jahre zuvor in Bezug auf das römische Reich formulierte. Spenglers Überlegungen weisen Parallelen zu seinem Zeitgenossen, dem russischen Wirtschaftswissenschaftler Nikolai Kondratieff (1842-1939) auf, der zyklische Bewegungen in volkswirtschaftlichen Verläufen erkannte. Und auch Paul Kennedy greift diese These in seinem Buch „The Rise and Fall of the great nations“ auf; gemäß diesen Überlegungen befindet sich das Christentum in einer Abschwungphase, die zu ihrem vollständigen Niedergang führe¹⁶. Übertragen auf die katholische Kirche würde dieser Ansatz bedeuten, dass die Kirche sich derzeit in einem Niedergang befände. Mögen auch geschichtstheoretische Überlegungen in Bezug auf Wertewandel und den Säkularisierungsprozess in Westeuropa neue Sichtweisen eröffnen, für die katholische Weltkirche mit seinen starken Verwurzelungen in Lateinamerika und Afrika bleiben diese Überlegungen ohne Gewicht. Und sie lassen sich auch nicht auf die anderen Weltreligionen, das Judentum, den Islam, den Hinduismus und den Buddhismus übertragen, wenngleich einzelne Religionen, so etwa der Buddhismus in Tibet oder das Christentum auf der arabischen Halbinsel oder der Türkei, mitunter einen sehr schweren Stand haben.

Die Kultur Ägyptens ist heute vom Islam geprägt. Wie im christlichen Mittelalter, als Staat und Kirche in Europa eine Einheit bildeten und alle Lebensbereiche der damaligen Menschen erfasste, so umgreift auch der Islam alle Lebensräume muslimischer Ägypter. Das wird einem besonders deutlich, wenn der Mudschaheddin fünf Mal am Tag laut zum Gebet ruft und dann die Arbeit schweigt, auch in Banken und Reisebüros. Und selbst in westlich geprägten Fitnessstudios finden sich Gebetsräume, um die Einheit von Glaube und Alltag zu demonstrieren. Stellen wir geschichtstheoretische Überlegungen an, so können wir sagen, dass der Islam wohl zeitversetzt ähnliche Entwicklungen wie das Christentum in Westeuropa durchläuft – zumindest auf die Ebene der Konfessionalisierung des Islam bezogen.

Die Frage nach Macht und Ohnmacht in dieser irdischen Welt bleiben im Horizont des christlichen Glaubens ohne Bedeutung und sie ändern nichts an den Glaubensaussagen von Christen und ihrem Bekenntnis zum dreieinigen Gott, so wie ihn Christen von Beginn an bezeugen und wie im Glaubensbekenntnis von Nicäa 325 n. Chr. die katholische Kirche im Sinne von Joseph Ratzinger immer neu mit Petrus zu Jesus sagt: „Du bist Christus, der Sohn des lebendigen Gottes“ (Matthäus 16,16)¹⁷ □.

15 Samuel Huntington: *Clash of civilizations and the remaking of world order*. New York 1996

16 Paul Kennedy: *The rise and fall of the great nations*. München 2003

17 Joseph Ratzinger: *Jesus von Nazareth*. Freiburg, Basel, Wien 2007, S. 407

Lage der Christen in Indien:

Indischer Bischof befürchtet Ausweitung der Christenverfolgung

Der indische Bischof Antony Devotta befürchtet eine Ausbreitung der Gewalt gegen Christen in seinem Land. „Die Angriffe drohen sich zu einer allgemeinen Verfolgung auszuweiten, wenn die Regierung nicht rechtzeitig einschreitet, um die Aktionen der Hindu-Extremisten zu stoppen“, sagte er der Vatikanzeitung „Osservatore Romano“. Da Indien insgesamt bereits in den „Strudel des religiösen Fundamentalismus“ geraten sei, könnte die Gewalt von der Unruheregion Orissa leicht auf andere Bundesstaaten übergreifen. Devotta, der Bischof von Tiruchirapalli ist, nimmt derzeit an der im Vatikan tagenden Weltbischofssynode teil.

Indien sei traditionell ein tolerantes Land, gezeichnet von gegenseitigem Verständnis der unterschiedlichen Volksgruppen, führte der Bischof aus. Aber wie in anderen Ländern hätten auch dort der Verlust an Werten und die Säkularisierung eine Revolte von Seiten religiöser Gruppen ausgelöst. Diese wollten zu den alten Traditionen zurückkehren und griffen dabei zu brutalen Methoden wie Zwangsbekehrungen. Allerdings tragen nach Einschätzung Devottas auch manche christliche Gruppen wie die Pfingstler durch ihr Verhalten zu Irritationen unter den Hindus bei. Diese gingen in die Dörfer und schüchterten die Bewohner ein, indem sie mit der Hölle drohten, falls sie sich nicht zum Christentum bekehrten. Dieses Verhalten schädige das Ansehen der Christen insgesamt, da die meisten Hindus nicht zwischen Katholiken und Pfingstlern unterscheiden könnten. (KNA)

Blick in die Geschichte:

Seit 90 Jahren Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Weltkrieg I. war der erste Konflikt, der nicht nur zwischen zwei, drei oder vier Staaten als Koalitionskrieg geführt wurde, es waren Blöcke, die mehrere Erdteile in den Krieg zogen. Darüber hinaus war es ein Krieg der Waffentechnik und der beginnenden Motorisierung, bezeichnenderweise am Beispiel des ersten Gasangriffes, des ersten Panzerangriffes sowie der Bedeutung der Luftstreitkräfte und der U-Boot Technik festgemacht.

Die Massenheere, die sich in diesem Konflikt gegenüberstanden, zählten nach Millionen. Nachdem im Westen die Gegner in den Stellungskrieg übergingen, standen sich auf sehr engem Raum die Soldaten beider Seiten in mehr oder weniger ausgeklügelten Grabensystemen gegenüber. Dies hatte zur Folge, dass vor jedem Angriff hunderttausende Granaten das entsprechende Gelände „umgruben“. Die Verluste jeder Seite gingen bei diesem Stahlgewitter in Größenordnungen, die bis dahin absolut unbekannt waren. Dadurch wurden tausende von Soldaten zur Unkenntlichkeit zerfetzt oder verstümmelt. Für die identifizierbaren Verluste wurden in den jeweiligen Gegenden Kriegsgräberfriedhöfe angelegt, die schon während des Konfliktes die Aufmerksamkeit der Heimat hatten. Für die zahllosen Verschollenen und die zahllosen Opfer auf beiden Seiten der maritimen Auseinandersetzung wurde nach Ende des Krieges das Grabmal des „Unbekannten Soldaten“ eingerichtet, damit den Hinterbliebenen ein Ort gegeben werden konnte, an dem man sich der Trauer um den gefallenen Bruder, Vater etc. hingeben konnte. Noch vor Kriegsende machte man sich in Deutschland Gedanken, wie man am Ende dieses weltumspannenden Ringens dieser Gedenkstätten weiter Aufmerksamkeit zollen könne.

Am 10. September 1918 beschlosssen acht Männer in Berlin die Gründung einer deutschen Kriegsgräberfürsorge. Jeder zahlte 100 Mark

ein. Unter ihnen waren der Architekt Heinrich Straumer, der bereits gegen Ende des Krieges in der Gräberfürsorge tätig gewesen war, und Siegfried Emmo Eulen, der während des Krieges nach Polen und in die Türkei entsandt war, um dort Friedhöfe zu bauen und die Kriegsgräberfürsorge zu organisieren. Dem vorbereiteten Gründungskongress am 26. November lag als Arbeitsunterlage die Broschüre „Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ vor.

In Sorge um die Kriegsgräber im Ausland hatten sich in Deutschland bereits einige Organisationen gebildet, die sich um Grabpflege und Erteilung von Auskünften an Angehörige bemühen wollten. So gab es in Bayern seit dem 14. September den „Deutschen Kriegsgräber-Schutzbund“, in Braunschweig den „Verein zur Erforschung und Erhaltung Deutsche Kriegsgräber e. V.“, in Salzwedel die „Deutsche Kriegsgräber-Interessenten-Vereinigung“ und in Hagen (Westfalen) den „Bund Heimatdank“.

Die Reichsregierung war weder politisch noch wirtschaftlich nach Kriegsende in der Lage, sich um die Gräber der Gefallenen jenseits der Reichsgrenzen zu kümmern. Sie mussten zunächst ihrem Schicksal überlassen bleiben. Heimkehrende Soldaten, Hinterbliebene der Opfer und andere Bürger suchten nach Wegen, um diesen von der Mehrheit als unerträglich empfundenen Zustand zu ändern.

So wurde am 16. Dezember der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. gegründet. Erster Präsident war Oberst a. D. Koeth (bis 1923). Am 23. August hatte Eulen den Entwurf für die Statuten einer „Internationalen Kriegsgräberfürsorge“ verfasst. Als ihr Sitz war Genf vorgesehen, um eine enge Zusammenarbeit mit dem Völkerbund, der sich erst im Gründungsgedanken befand, zu ermöglichen. Diese Pläne konnten nicht verwirklicht werden, da für eine solche internationale Zusammenarbeit die Zeit noch nicht „reif“ war.

Nach einer Unterbrechung während des Dritten Reiches, ging nach dem zweiten Weltkrieg die Arbeit dieser „ersten Bürgerinitiative“ weiter. Von der Bundesregierung im Jahr 1954 offiziell beauftragt, kümmert sich der Volksbund nicht nur um die Gräber bzw. Umbettungen, sondern auch um Identifizierung, Nachforschung und damit verbunden um Auskunft über das Schicksal verschollener Soldaten. Zurzeit betreut der Volksbund ca. 2 Millionen Kriegsgräber auf 847 Friedhöfen in 45 Staaten, davon 500 Friedhöfe in Mittel-, Ost- und Südosteuropa.

Aber auch Gräbernachweis und die Betreuung der Angehörigen gehört nach wie vor zu den Aufgaben des Volksbundes, der den größten Teil seiner Aufwendungen seit seiner Gründung aus Spendenmitteln bestreitet. Das geschieht unter dem unveränderten Leitmotiv des Volksbundes: „Versöhnung über die Gräber hinweg“. Das beste Beispiel hierfür ist die stark ausgeprägte Jugendarbeit, die der Volksbund auch mit Unterstützung der Bundeswehr leistet.

(Autor BB)

Soldatenfriedhof im Kaukasus

Anfang September 2008 ist mit einer Rede des Generalinspektors der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, bei der Stadt Apscheronsk im südrussischen Kaukasus ein rund drei Hektar großer Soldatenfriedhof eröffnet worden. Aus Anlass der Einweihung fanden auch ein deutsch-russisches Jugendlager, sowie ein gemeinsamer Arbeitseinsatz deutscher und russischer Soldaten statt. Über 6.600 Tote wurden bislang dort zur letzten Ruhe gebettet. Im Einzugsbereich des Friedhofes rechnet der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge mit bis zu 45.000 gefallenen deutschen Soldaten, deren Grablagen nur teilweise bekannt sind. (BB)

Zeitgeschichte – 50 Jahre Bundeswehr:

Prof. Dr. Ludwig Erhard, der zweite Bundeskanzler und die Bundeswehr

Vom schwer verwundeten Artilleristen zum Regierungschef

VON DIETER KILIAN



1 – Bundeskanzler Ludwig Erhard; Porträt (Ausschnitt) von Günter Rittner 1974, Kanzlergalerie im Bundeskanzleramt, Berlin.

Ludwig Erhard wurde am 4. Februar 1897 im fränkischen Fürth als drittes Kind des Textilwarenhändlers Wilhelm Philipp Erhard (1858-1937) und seiner Ehefrau Augusta (geb. Hassold; 1859-1936) geboren; seine beiden älteren Geschwister waren Max (1889-1915) und Rose (1893-1981). Zwei Jahre nach Ludwig kam sein zweiter Bruder Willi (1899-



2 – Geburtshaus Ludwig Erhards in Fürth, Ansicht von der Gartenstraße, Aufnahme zum 20. Betriebsjubiläum Ende Juli 1912.

1958) zur Welt. Rose und Willi Erhard konnten den späteren Aufstieg ihres Bruders in der Politik noch erleben. Vater Wilhelm stammte aus einer Bau-

ernfamilie aus dem Dorf Rannungen nördlich von Schweinfurt. 1888 hatte er – mit dreißig Jahren – ein Wäsche- und Ausstattungsgeschäft in der Gartenstraße in Fürth gegründet. Mutter Augusta stammte aus einer Kunsthandwerkerfamilie aus Rothenburg. Auf eine militärische Tradition kann die Familie nicht zurückblicken. Allerdings heiratete Erhards Schwester später den ehemaligen Offizier Dr. Karl Guth aus Rottweil. Dieser stieg 1934 zum Hauptgeschäftsführer der „Reichsgruppe Industrie“ (RGI – entspricht dem heutigen BDI) auf. Als Dreijähriger erkrankte Ludwig Erhard an Kinderlähmung; sein rechter Fuß wurde verformt. Zwar halfen orthopädische Schuhe, doch mit der Behinderung war Sportausübung nicht mehr möglich. Und so zog die Musik Ludwig Erhard in ihren Bann. Er wollte Dirigent werden und spielte in jungen Jahren sehr gut Klavier. Doch diese Jugendträume erfüllten sich nicht. Nach Abschluss der Mittleren Reife im Jahr 1913 absolvierte Erhard bis 1916 eine kaufmännische Lehre in Nürnberg – von Muse keine Spur. Doch die nüchternen Zahlen faszinierten ihn und bestimmten sein weiteres Leben. Dann – mitten in der Lehrzeit – brach der Erste Weltkrieg aus. Bruder Max meldete sich sofort zu den Fahnen.

Als Neunzehnjähriger meldete sich Ludwig Erhard in freiwillig zu den Fahnen und wurde am 4. April 1916 – seinen Zivilberuf hatte er mit „Kaufmann“ angegeben – als Rekrut zur Ersatzbatterie des Königlichen 8. Feldartillerieregiments (FAR) in der Tillystraße in Fürth¹ eingezogen.

1 Fürth war seit September 1890 wieder Garnisonsstadt. Zuerst hatte ein Artillerieverband Quartier genommen. Drei

Wahrscheinlich wäre er lieber seinem Bruder Max zur Infanterie gefolgt, aber dies war ihm wegen seiner Behinderung verwehrt. Bereits früh hatte die Familie schweren Blutzoll zahlen müssen: Fast auf den Tag genau ein Jahr zuvor – am 5. April 1915 – war Ludwigs älterer Bruder Max mit 25 Jahren als Leutnant der Reserve im I. Bataillon des 21. Königlich Bayerischen 21. Infanterieregiments² bei Thiaucourt, 30 km südwestlich von Metz, gefallen. Nach dem Verlust ihres Ältesten war für die Eltern die Entscheidung ihres zweiten Sohnes, ebenfalls freiwillig in den Krieg zu ziehen, sicherlich schmerzlich. Dabei wäre eine Zurückstellung vom Wehrdienst, zumindest dem Fronteinsatz, wegen Ludwigs körperlicher Einschränkung durchaus möglich gewesen. Doch Erhard war schon in frühen Jahren Patriot und vor allem eine Kämpfernatur.

Jahre später folgte das 1. Bataillon des Königlich Bayerischen 14. Infanterieregiments „Hartmann“, aus dem 1897 das 21. Infanterieregiment „Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin“ gebildet wurde. Im Jahre 1900 wurden das 6. Feldartillerieregiment „Prinz Ferdinand von Bourbon – Herzog von Kalabrien“, die 5. Feldartilleriebrigade und die 3. Train-Abteilung in Fürth stationiert. Die Truppenteile gehörten zum Königlich Bayerischen III. Armeekorps unter dem kommandierenden General Ludwig Freiherr von Gobsattel (1857-1930). Der Stab des Generalkommandos lag in Nürnberg.

2 Das Regiment – seit 1914 unter Oberst Karl Reber (später Generalmajor) – war im Friedensstandort in Fürth (Stab und I. Btl), Sulzbach (II. Btl) und Eichstätt (III. Btl) beheimatet und unterstand der 9. Reserve Infanteriebrigade (5. Königlich Bayerische Reserve-Division unter dem General der Infanterie Friedrich Freiherr Krefß von Kressenstein – 1870-1948).

„Zum Militärdienst gemustert, legte ich trotz meiner Behinderung Wert darauf, einer kämpfenden Truppe – der Feldartillerie – zugeordnet zu werden.“³

Nach einer zehnwöchigen Grundausbildung wurde Erhard zur 4. Ersatzbatterie der II. Abteilung des 8. FAR („Prinz Heinrich von Preußen“) versetzt, wo er zum Richtkanonier ausgebildet wurde. Am 23. Juni 1916 schließlich kam er zu seinem Stammtruppenteil, der 6. Batterie des neu aufgestellten 22. FAR und zog mit diesem Verband in den Ersten Weltkrieg. Kommandeur des Regiments war von 1916 bis Ende 1918 Oberstleutnant Emil von Chlingensperg auf Berg (1868-1945; 1921 Oberst). Das Regiment bestand aus zwei Abteilungen (I. Abt. mit 12 Kanonen und II. Abt. mit 4 leichten Feldhaubitzen) und unterstand der im Juli 1916 aufgestellten 12. Bayerischen Infanteriedivision⁴ – zunächst unter Generalleutnant Hugo Ritter von Huller (1859-1931) und ab Juli 1917 unter Generalmajor Heinrich Freiherr von Nagel zu Aichberg (1850-1922; später General der Kavallerie). Zuerst war die Division im Rahmen der Armeeabteilung Gaede (General der Infanterie Dr. Hans Emil Gaede – 1852-1916) zwei Monate an der Westfront im Stellungskampf am Col du Hilsenfirst und im Münstertal in den Vogesen im Oberelsass eingesetzt. Danach wurde Erhard mit seinem Regiment vom 4. bis 9. Oktober an die rumänische Front verlegt und kämpfte dort – mit wechselndem Unterstellungsverhältnis (u.a. XVIII. Reservekorps und Armeeoberkommando 9) – in den Südkarpaten zwischen Kronstadt (Brasov) und Bukarest gegen rumänische Truppen. Am 28. Oktober 1916 wurde er zum „überzähligen Gefreiten“⁵ befördert, doch nur wenige Wochen später, Ende Dezember 1916, erkrankte Erhard an Fleckfieber und kam am Neujahrstag 1917 in das Feldlazarett 102 im rumänischen Foczani, wo er den gesamten Januar blieb. Ein zweites Mal zeigte sich seine Kämpfernatur:

„In Rumänien lag ich todkrank an Fleckfieber danieder, dem seinerzeit die medizinische Wissenschaft noch fast hilflos gegenüberstand. Auch da war es wohl wiederum ein starker Selbsterhaltungstrieb, der mich dem Leben zurückgab. Kaum genesen, wollte ich nicht der Heimatgarnison überwiesen werden, sondern setzte alles daran, um von meinem an der Ypern-Front kämpfenden Regiment angefordert zu werden. Nach kaum vierzehn Tagen wurde ich dort durch Granatsplitter so schwer verwundet, dass ich erst nach insgesamt sieben Operationen, aber auch dann noch immer schwer behindert, ins Zivilleben zurückkehren konnte.“⁶



3 – Erhard als Richtkanonier an der Front in Rumänien 1917 (Gastgeschenk Erhards an das ArtRgt 10 im Jahr 1965).

Er überlebte die Krankheit und setzte – wie ein knappes Jahr zuvor, als er sich freiwillig zur Truppe meldete – wieder alle Hebel in Bewegung, um erneut an die Front zu kommen. Im September 1917 war das Regiment dem neuen Bayerischen Artillerie-

kommando 12 unterstellt worden, das von Generalmajor Theodor Pöhlmann († 22.02.1918 an der Marne) befehligt wurde.⁷ Nach dem Waffenstillstand an der rumänischen Front am 10. Dezember 1917 – das Regiment lag im Raum Isvorul Dulce – folgten drei Monate der Ruhe und Ausbildung. Sein Regimentskommandeur wurde am 14. Dezember 1917 zum Oberstleutnant und Erhard am 5. Januar 1918 zum Wachtmeister befördert. Am 2. März wurde das Regiment im Rahmen der 12. Infanteriedivision in einem 10-tägigen Eisenbahntransport erneut an die Westfront, diesmal in den Raum um Reims, verlegt und der Heeresgruppe „Deutscher Kronprinz“ unter Friedrich Wilhelm Victor August Ernst von Preußen (1882-1951) unterstellt. Unmittelbar vor Beginn der Verlegung – am 1. März 1918 – war Erhard in den Stab der II. Abteilung des 22. FAR versetzt worden, wo er bis zum 1. April 1918 blieb. Am 5. März 1918 war er – nur zwei Monate nach seiner Beförderung zum Wachtmeister – zum „Offizier-Aspirant“ (Offizieranwärter) ernannt worden. Am Montag,

dem 18. März 1918, um 3 Uhr begann die Vierte Flandernschlacht. Erhards Regiment lag an der Ypern-Front. Die fruchtbaren Felder um die kleine Stadt Ypern in Westflandern, über vier

3 Erhard, Ludwig: Vorwort zur Denkschrift Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung, S. VIII.

4 Ihr unterstanden die 22. InfBrig mit den IR 26, 27 und 28, sowie eine Anzahl von Divisionstruppenteilen.

5 auch Vize-Gefreiter

6 Erhard, Ludwig: a.a.O.

7 Nachdem Pöhlmann gefallen war, übernahm Oberstleutnant Emil Beckh das Kommando und führte es bis zum Kriegsende.

Jahre immer und immer wieder vom unaufhörlichen Artilleriefeuer umgepflügt, hatten sich in eine schlammige Mondlandschaft verwandelt.

Hatte Erhard das Fleckfieber in Rumänien mit Gottes Hilfe und viel Glück überlebt, so wurde er – kaum wieder zu seinem Regiment zurückgekehrt – ein zweites Mal außer Gefecht gesetzt, diesmal durch die feindliche Artillerie. Eine Granate zerfetzte ihm die linke Schulter. Und wieder überlebte er nur knapp. Zwar blieb ihm eine Amputation des Armes erspart, aber sein verkürzter linker Arm und das linke Bein waren auf Dauer geschwächt. Am 1. April 1918 wurde Erhard – nach seiner Soldbuch-Eintragung – in das Feldlazarett 38 eingeliefert und nur drei Tage später wegen der Schwere seiner Verwundung in das Kriegslazarett 123 verlegt. Das Kriegsende erlebte Erhard im Lazarett Recklinghausen; dieses war in einem 1897 erbauten, ca. 1.000 qm großen Saalbau am Sandweg (heute Dorstener Straße), der vormaligen Gastwirtschaft „Kaisergarten“ untergebracht. Insgesamt verbrachte Erhard 14 Monate im Lazarett. Nach sieben Operationen wurde er erst im Juni 1919 – mehr als ein halbes Jahr nach Kriegsende – als Unteroffizier der bayerischen Artillerie aus dem Armeedienst entlassen. Ausgezeichnet mit dem Bayerischen Kriegsverdienstkreuz III. Klasse hatte man ihm die Befähigung zum „Einjährig-Freiwilligen“⁸ zuerkannt und seine Führung mit „sehr gut“ beurteilt.

Von 1919 bis 1922 besuchte Erhard in Nürnberg die Handelshochschule und entdeckte dort sein Interesse an Wirtschaftstheorie. Ohne Abitur erwarb er den Titel eines Diplomkaufmanns. Seine Lehrer waren Wilhelm Rieger und Wilhelm Vershofen

8 Preußen führte 1813 als erste Nation die Möglichkeit zum Dienst als Einjährig-Freiwilliger als einen verkürzten Wehrdienst ein. Der Einjährig-Freiwillige diente ein Jahr statt der sonst üblichen zwei oder drei Jahre, musste sich aber auf eigene Kosten ausrüsten und versorgen. Mit der Mittleren Reife erfüllt Erhard die Voraussetzungen. Nach Ableistung des Dienstjahres und zweier Militärübungen wurden die Einjährig-Freiwilligen üblicherweise zu Offizieren des Beurlaubtenstandes (Reserve) weiterbefördert. Bayern hatte diese Regelung bereits 1866 übernommen.

(1878-1960). Er lernte dort die vier Jahre ältere Kommilitonin Luise Schuster, (1893-1975; geborene Lotter) kennen. 1923 heirateten die beiden. Luises erster Mann, der Jurist Dr. Friedrich Schuster, den sie ein halbes Jahr vor Kriegsausbruch 1914 geheiratet hatte, war bereits in den ersten Kriegsmonaten gefallen. Ihre Eltern waren Lebküchler gewesen; auch in der Familie Lotter gab es keine militärische Tradition.

Nach Nürnberg folgten für Ludwig Erhard drei weitere Jahre des Lernens. Im Jahre 1922 zog Erhard mit seiner Frau und deren Tochter Eleonore (geb. 1915) aus erster Ehe nach Frankfurt am Main und studierte bis 1925 Betriebswirtschaftslehre und Soziologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Hier promovierte er bei Professor Franz Oppenheimer zum Doktor rer. pol über das währungspolitische Thema „Wesen und Inhalt der Welteinheit“. Ursprünglich sollte der älteste Bruder Max, der bis zu seiner Einberufung 1914 bereits als Geschäftsführer fungiert hatte, das elterliche Geschäft übernehmen. Nachdem er aber nicht mehr aus dem Krieg heimgekehrt war, führte Vater Wilhelm es notgedrungen bis 1925 weiter. Dann aber – inzwischen 67 Jahre alt – war er den Belastungen nicht mehr gewachsen, und so sprang Ludwig nach dem Ende seines Studiums als Geschäftsführer des väterlichen Betriebes ein. Doch 1928 – nach drei Jahren – kam das Aus. Erhard musste wegen der Weltwirtschaftskrise Konkurs anmelden. Der Vater – inzwischen siebzig – sah sein Lebenswerk in Trümmern; wenige Jahre später starb er – nur ein knappes Jahr nach seiner Frau Augusta.

Ludwig Erhard wechselte zum „Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware“ in Nürnberg; diese Einrichtung für Marktforschung war 1925 von seinem Lehrer Vershofen gegründet worden und betrieb vor allem Konsumforschung. Er arbeitete zunächst als wissenschaftlicher Assistent und stieg später zum Stellvertretenden Leiter des Instituts auf. 1942 schied er im Streit mit seinem Mentor Vershofen aus und gründete in Berlin eine kleine, eigene Einrichtung, das Institut für

Industrieforschung“.⁹ Es wurde von der „Reichsgruppe Industrie“ finanziert, deren Hauptgeschäftsführer sein Schwager Dr. Guth von 1934 bis 1945 war. Erhards Versuch einer Habilitation in den frühen dreißiger Jahren scheiterte, möglicherweise, weil er sich weigerte, einer nationalsozialistischen Organisation beizutreten. Letztendlich war dies aber einer der Gründe seiner steilen Karriere nach Kriegsende. Den Ersten Weltkrieg hat Erhard an der Front erlebt, den Zweiten an der Heimatfront, denn als mittlerweile über vierzig Jahre alter, kriegsversehrter Veteran – 20 bis 30 % erwerbsunfähig – wurde er nicht mehr eingezogen.

In Berlin pflegte Erhard berufliche und gesellschaftliche Kontakte u. a. mit Carl Friedrich Goerdeler (1884-1945), den er aus den frühen dreißiger Jahren kannte, als dieser Reichskommissar für Preisüberwachung war. Goerdeler, der frühere Oberbürgermeister von Leipzig, machte Erhard mit General Ludwig Beck (1880-1944), dem Generalstabschef des Heeres von 1935 bis 1938, bekannt.

„Goerdeler stellt mich dort (im „Hospiz am Askanischen Platz“ in Berlin) auch General Beck vor, der in saloppem Zivil englischer Art erschien. In diesem Gespräch wurden Fragen der deutschen Zukunft sachlich erörtert“.¹⁰

Erhard hat General Beck offenbar mehrmals getroffen. 1943 hatte Erhard im Auftrag der RGI eine Denkschrift mit der Überschrift „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“ begonnen und sie im Frühjahr 1944 abgeschlossen. Das 268-seitige Dokument befasste sich mit der wirtschaftlichen Planung nach dem Krieg. Kopien der Studie schickte Erhard u. a. an den Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, seinen Schwager Dr. Guth. Die Reichsgruppe leitete das Papier im Herbst 1944 an das Reichswirtschaftsministerium weiter. Der stellvertretende Staatssekretär dieser Behörde, SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf (1907-1951) traf Erhard am 17. November 1944

9 Es bestand nur aus ihm und seiner Sekretärin Ella Muhr.

10 Erhard, Ludwig: Vorwort zur Denkschrift Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung, S. X.

zu einem Meinungsaustausch unter vier Augen. Zu Ohlendorfs Aufgaben gehörte die geheime Planung für den wirtschaftlichen Aufbau nach dem Krieg. Der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler Ohlendorf – zehn Jahre jünger als Erhard – war zugleich Chef des Sicherheitsdienstes Inland im Reichssicherheitshauptamt. Doch auch Goerdeler, einer der führenden Köpfe des Widerstands, hatte eine Kopie der Studie erhalten – nur wenige Monate vor dem Attentat auf Hitler war dies mit einem sehr hohem Risiko behaftet. Goerdeler soll seinen Mitverschwörern die Botschaft hinterlassen haben: „Er (Erhard) wird Euch gut beraten.“¹¹ Doch Erhards Sicherheit war nicht nur wegen seiner Kontakte zu Goerdeler und Beck gefährdet. Auch sein Schwager Dr. Guth gehörte zum Widerstand gegen Hitler. Die höchste Gefahr jedoch lag in den brisanten Annahmen und Aussagen der Studie. Erhard ging darin zwar von einem – wie immer gearteten – Fortbestand des Deutschen Reiches, doch zugleich auch stillschweigend von seiner militärischen Niederlage aus, was nach damaliger Lesart den Tatbestand der „Wehrkraftzersetzung“ erfüllte. An vielen Stellen benutzte er die Formulierung „nach Beendigung des Krieges“, nicht etwa die damals verordnete Floskel „nach dem Sieg“ oder gar „nach dem Endsieg“. Erhard stellte sein liberales, marktwirtschaftliches gegen das totalitäre Wirtschaftskonzept Hitlers. Seine Aussagen zu den wirtschaftlichen Folgen des Krieges für Deutschland waren vernichtend. Seine Schätzung der Staatsschulden des Dritten Reiches belief sich auf 400 Milliarden Reichsmark (RM). Er schlug eine Währungsreform vor und plädierte für eine „aus den Fesseln der staatlichen Bevormundung“ – d. h. jener durch die NSDAP und damit durch Hitler selbst – gelöste Wirtschaft. Erhards zutiefst ablehnende Haltung gegenüber Hitlers Krieg wird in folgenden Passagen, die in der Deutlichkeit ihrer Kritik kaum zu überbieten sind, ersichtlich:

„Die gemeine Erfahrung lehrt uns, dass kein moderner Staat die mit Mobilisierung großer Heere und der Krieg-

führung verbundenen außerordentlichen Lasten der mannigfachsten Art aus seinem ordentlichen Etat zu decken in der Lage ist.“¹²

„Noch lässt sich nicht absehen, bis zu welchem Grad der Zerstörung dieser Krieg noch führen und auf welcher materiellen Grundlage das deutsche Volk den Aufbau zu vollziehen haben wird.“¹³

„Der Krieg hat vielfach die engste Form der Gemeinschaft – die Familie – gesprengt.“¹⁴

„Die im Felde stehenden Männer kehren zurück, erfüllt von der Sehnsucht, nach den vielen Jahren kollektiver und primitiver Lebensgestaltung im Kreis ihrer Familie wieder ein ihrem Wesen gemäßes Eigenleben zu führen. ... Alle diese ... Beispiele sind immer dahin zu deuten, dass nach dem Kriege ein übermächtiges Bedürfnis nach privater und individueller Lebensgestaltung wach werden wird, dass aber die äußeren Voraussetzungen die Erfüllung solcher Sehnsüchte kaum oder doch nur sehr bedingt möglich erscheinen lassen.“¹⁵

Es erscheint aus heutiger Sicht wie ein Wunder, dass Erhard die Herausgabe der Studie ohne Verhaftung überstanden hat. Es sind in jener Zeit Menschen für weit weniger kritische Worte inhaftiert und getötet worden. Vermutlich hat sich – außer Ohlendorf – niemand in Gestapo und Partei die Mühe gemacht, die umfangreiche Studie zu lesen; die Sprache war wissenschaftlich-nüchtern, der Stoff zu trocken. Ohlendorf war zwar ein überzeugter Anhänger Hitlers,¹⁶ besaß aber zugleich wirtschaftlichen Sachverstand, um die Richtigkeit der Erhardschen Analyse zu erkennen und gab vermutlich deshalb Erhards „defätistische“ Aussagen nicht an die Strafverfolgungsbehörden und die Gestapo weiter.

Erhard stand bereits in den Vorkriegsjahren Hitler und dem Drit-

12 Erhard, Ludwig Vorwort zur Denkschrift Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung, S. 1.

13 a.a.O., S. 265.

14 Ebenda

15 a.a.O., S. 265 f.

16 Er war für die Ermordung von etwa 90.000 Juden auf der Krim von 1941 bis 1942 verantwortlich, wurde dafür von einem US-Militärgericht zum Tode verurteilt und 1951 in Landsberg gehängt.

ten Reich ablehnend gegenüber. Dr. Wilfried Guth (* 1919),¹⁷ der Neffe Erhards, berichtet, sein Onkel habe im Hause seines Vaters Dr. Karl Guth ungeniert, d.h. auch in Anwesenheit regimetreuer Gäste, Witze über die Nazis erzählt. So hätte er einmal auf einen Reichsadler gezeigt und gesagt: „Da ist ja unser Pleitegeier!“

Am 18. April 1945 besetzten Verbände der 3. US-Armee unter General George S. Patton (1885-1945) kampfflos Erhards Heimatstadt Fürth. Der Krieg war zu Ende. Erhard konnte nun auf den Ergebnissen seiner Studie – so bitter und ernüchternd sie waren – aufbauen. 1945/46 wurde er zum Staatsminister für Handel und Gewerbe in das bayrische Kabinett unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (1887-1980) berufen. Ab 1947 leitete er die Expertenkommission „Sonderstelle Geld und Kredit“. Eine seiner letzten Aktivitäten als deren Leiter war ein Treffen mit den Generalen Lucius D. Clay (1897-1978) und Sir Brian H. Robertson (1896-1974) am 31. März 1948. Wiederholt war er mit beiden alliierten Offizieren über die Gestaltung der Wirtschaftspolitik aneinander geraten. In dieser Zeit wurde er zum Honorarprofessor an die Ludwig-Maximilians-Universität in München berufen. Auf Empfehlung der FDP wählte der Wirtschaftsrat der britisch-amerikanischen Bizone Ludwig Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft mit Sitz in Frankfurt am Main. Am 19. Juni 1948, einen Tag vor der Währungsreform,

17 Wilfried Guth war Soldat im Zweiten Weltkrieg. Er kehrte als Oberleutnant 1949 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurück. 1985-1990 war er Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank.

18 Sohn von Field Marshal Sir William Robertson (1860-1933), der als erster britischer Soldat aus dem Mannschaftsrang zum höchsten militärischen Dienstgrad aufstieg. Sir William war 1919-1920 Oberbefehlshaber der britischen Besatzungstruppen am Rhein, sein Sohn von 1945-1949 Militärgouverneur der britischen Besatzungszone.

19 Im Frühjahr 1948 vereinigten die amerikanische und britische Militäregierung ihre beiden Besatzungszonen hinsichtlich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zur sog. „Bi-Zone“. Diese wurden durch einen Verwaltungsrat mit Sitz in Frankfurt geleitet, unter dem sechs Verwaltungen arbeiteten.

11 Der SPIEGEL 3/1997.

verkündet Erhard die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung und der Preisbindung. Diese Verkündung gilt als einer der Gründe für das danach einsetzende Wirtschaftswunder.

Erhard neigte dem Liberalismus zu. Doch bei den ersten Bundestagswahlen im Jahre 1949 kandidierte er – obwohl vermutlich keine formelle Parteimitgliedschaft bestand – für die CDU in Baden-Württemberg. Nach dem Wahlsieg berief Konrad Adenauer ihn zum Wirtschaftsminister in sein erstes Kabinett. Mit am Kabinetttisch saß der FDP-Bundesminister für Wiederaufbau, Hermann-Eberhard Wildermuth (1890-1952)²⁰. Mit Inkrafttreten der Montanunion im Juli 1952 wurde Erhard Mitglied des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, sowie deutscher Gouverneur der Weltbank. Nach den Wahlen zum 2. Deutschen Bundestag im Herbst 1953 übernahm Erhard zum zweiten Mal das Wirtschaftsressort, und 1957 – im 3. Kabinett Adenauers – wurde er zusätzlich Vizekanzler.

Im Februar 1959, wenige Monate vor dem Ende der zweiten Amtszeit von Bundespräsident Prof. Heuss, schlug Adenauer seinen populären Wirtschaftsminister überraschend und vor allem gegen dessen Willen für das Amt des Staatsoberhauptes vor. Erhard lehnte ab. Nach den Wahlen zum 4. Deutschen Bundestag im Herbst 1961 übernahm er wiederum die Ämter des Vizekanzlers und des Wirtschaftsministers. Mit dem Aufbau der Bundeswehr und den Streitkräften hatte er in all diesen Jahren nichts zu tun, und zu sicherheitspolitischen Themen hat sich der Wirtschaftsfachmann Erhard nur sehr selten geäußert. Nur als Vizekanzler in Vertretung von Konrad Adenauer nahm er in der Re-

gierungserklärung vom 29. November 1961 zu sicherheitspolitischen Fragen Stellung:

„Nach Auffassung der Bundesregierung sollte der Plan einer NATO-Atom-Streitmacht baldmöglichst verwirklicht werden. ... Die zur Verbesserung der Kampfkraft unserer Streitkräfte erforderlichen Maßnahmen führen zwangsläufig zu einer wesentlichen Erhöhung der Verteidigungslasten. ... Wir sind davon überzeugt, dass nur eine ganz klare, entschlossene Haltung uns helfen kann, Sicherheit und Frieden zu erhalten.“

Die darin zum Ausdruck kommende Einstellung zur nuklearen Rolle der Bundesrepublik verfolgte er auch während seiner Kanzlerschaft. Im April 1963 nominierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erhard zum Kanzlerkandidaten. Überzeugend war das Votum nicht, denn er erhielt nur 159 der 206 Stimmen – gerade einmal 77 %. Nach dem Rücktritt Adenauers am 15. Oktober 1963²¹ wurde er einen Tag später vom Deutschen Bundestag mit 279 (d.h. 61 %) zu 180 Gegenstimmen zum zweiten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. In seiner Regierungserklärung am 18. Oktober vor dem Bundestag kündigte Erhard eine „Politik der Mitte und der Verständigung“ und einen „neuen politischen Stil“ an.

Der neue Kanzler wies auf die sich abzeichnenden weltpolitischen Veränderungen im Ost-West-Verhältnis durch die zaghaft beginnenden Verhandlungen über eine Einstellung der Kernwaffenversuche²² hin. Er betonte die Bedeutung der NATO als Grundpfeiler deutscher Politik und den Aufbau einer multilateralen nuklearen Streitmacht. Als Schwerpunkt seiner sicherheitspolitischen Regierungs-

arbeit nannte er die Konsolidierung der Bundeswehr, die Erhöhung ihrer Kampfkraft als sichtbares Zeichen des Verteidigungswillens und den Aufbau der territorialen Verteidigung. Zu letzterer gehöre auch die geplante Notstandsverfassung und die Dringlichkeit, alliiertes durch deutsches Recht zu ersetzen. Im Juli 1964 wurde das „Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates“ unter Minister Dr. Heinrich Krone (1895-1989) gebildet, das allerdings schon im Dezember 1966 wieder aufgelöst wurde.

Kai Uwe von Hassel (1913-1997), der als Nachfolger von Strauß bereits am 11. Dezember 1962 das Amt des Verteidigungsministers übernommen hatte, wurde erneut zum Chef des Ver-



4 – Bundeskanzler Erhard mit Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel und Generalinspekteur Ulrich de Maizière.

teidigungsressorts berufen. Während der Kanzlerschaft Erhards standen die Generale Friedrich Foertsch (bis 1964), Heinz Trettner (bis August 1966) und nur wenige Monate Ulrich de Maizière an der militärischen Spitze der Bundeswehr.

Nach dem Grundgesetz hat der vom Bundestag gewählte Kanzler folgende Kompetenzen:

- Er besitzt das Recht, sich die Bundesminister seines Kabinetts frei auszusuchen (Kabinettsbildungs- bzw. Entlassungsrecht).
- Er besitzt die Richtlinienkompetenz (Art. 65) und trägt dafür die Verantwortung. Dies bedeutet, er hat das Recht und die Pflicht, auf die Durchführung seiner Vorgaben zu achten.

20 Der Jurist Wildermuth war – 1915 und damit drei Jahre früher Erhard – als Infanterist des Württembergischen Grenadierregiments „Königin Olga“ im Ersten Weltkrieg ebenfalls an der Ypern-Front schwer verwundet worden. Er diente auch im Zweiten Weltkrieg, wurde 1940 mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet und stieg bis zum Oberst und Regimentskommandeur auf. Er gehörte der Widerstandsbewegung gegen Hitler an, blieb aber unentdeckt. 1950 ernannte ihn die Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität in Bonn zum Honorarprofessor für Rechts- und Staatswissenschaften. Er starb 1952 im Amt.

21 Adenauer hatte mit Schreiben vom 10.10.1963 dem Bundespräsidenten Lübke seinen Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers erklärt und war am 15.10.1963 vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden. Am Nachmittag hatte Lübke ihm und den Bundesministern die Entlassungsurkunden ausgehändigt und Adenauer in einem gesonderten Schreiben gebeten, gemäß Artikel 63 Abs. 3 GG die Geschäfte bis zur Ernennung des Nachfolgers weiterzuführen.

22 Atomtestabkommen zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion vom 19.08.1963.

- Er besitzt die Leitungskompetenz (Art. 65 Absatz 4) und leitet die Geschäfte der Bundesregierung nach einer Geschäftsordnung.

Diese Aufgaben kann er nur erfüllen, wenn er über alle wichtigen Ereignisse und Vorhaben aktuell und umfassend unterrichtet ist. Die Zentrale, in der die gesamten Aktivitäten des Regierungsapparates zusammenlaufen und gesteuert werden, ist das Kanzleramt, der – militärisch ausgedrückt – „Führungsstab des Regierungschefs“. Gleichzeitig ist es das Verbindungsorgan und Scharnier zwischen Kanzler, den Ministerien, sowie den parlamentarischen und außerparlamentarischen Gremien. Dessen Organisationsstruktur wurde unter jedem Kanzler – bisweilen auch mehrfach – den sich wandelnden Gegebenheiten angepasst. Hier nun ist ein kurzer Blick darauf zu werfen, wie die militärischen Angelegenheiten darin organisatorisch abgebildet waren. Zwischen 1949 und 1955 spielten militärische Sachfragen in der Tagespolitik keine Rolle, gleichwohl war das „Amt Blank“ integraler Bestandteil des Kanzleramtes, d.h. der Regierungschef hatte direkten, unmittelbaren Zugriff auf militärische Expertise, so diese benötigt wurde. Zusätzlich war im Kanzleramt noch ein eigenes Referat²³ für Grundsatzfragen und Kabinettsachen u.a. aus dem Geschäftsbereich der Dienststelle Blank zuständig. Militärischer Sachverstand war in diesem Referat insofern vorhanden, da die wichtigsten Mitarbeiter im Krieg Soldat gewesen waren.²⁴

Mit Gründung der Bundeswehr, der Bildung des Verteidigungsministeriums, dessen Ressortchef

23 Die Bezeichnung wurde mehrfach geändert: 1952: Referat 5; 1957: Referat 10; 1960: Referat 4; 1966: I A/6 (ab Aug 1966 III A/6); 1967: III A/1; 1968: II/3; 1971: Gruppe II/2; 1973: Gruppe II/3; 1976-1994: Gruppe 23; 1994-1998: Gruppe 22; 1999-2002: Gruppe 23; seit 2002: Gruppe 22.

24 Zum Beispiel war Dr. Günter Bachmann von 1939 bis 1946 Soldat gewesen, hatte von 1952 bis 1955 als Hilfsreferent im Referat 5 gearbeitet und es von 1955 bis 1958 geleitet. Von 1958 bis 1959 war er Persönlicher Referent Adenauers und von 1964 bis 1969 Leiter der für die militärische und zivile Verteidigung zuständigen Unterabteilung I A.

zugleich Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt im Frieden wurde, sowie der Schaffung des Bundesverteidigungsrates (am 08.11.1969 umbenannt in: Bundessicherheitsrat²⁵) im Jahre 1955, vervielfältigte sich das militärische Informationsaufkommen. Zwar übernahm und übernimmt bis heute der Generalinspekteur die Funktion des militärpolitischen Beraters der gesamten Bundesregierung, d.h. auch der des Kanzlers, aber er besitzt selbst in dieser eigenständigen, vom Verteidigungsminister unabhängigen Rolle kein unmittelbares Vortragsrecht beim Regierungschef. Für die aktuelle Information über militär-



5 – Der Bundeskanzler bei einer Waffenschau in Pfullendorf 1965; rechts vom Bundeskanzler Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel, links von ihm Generalleutnant Ulrich de Maizière, Inspekteur des Heeres und Generalleutnant Leo Hepp, KG des II Korps - der Luftwaffenoffizier in der oberen Reihe (2. v.r.) ist Oberst Gerhard Stamp

politische oder militärische Angelegenheiten im Bundeskanzleramt und die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates war und ist die oben erwähnte militärische Organisationseinheit zuständig.

Nach dem Wechsel des Regierungschefs im Oktober 1963 wurde der Posten des militärischen Referenten (später: Referatsleiter) erstmals durch einen Offizier, den Luftwaffen-Oberst und Ritterkreuzträger Gerhard Stamp (1920-1998)²⁶, besetzt. Seinem

25 99. Kabinettsitzung am 06.10.1955.

26 Stamp war ab 1939 zunächst bei den Kampffliegern (I./ Lehrgeschwader 1; „Helbig-Staffel“). Ritterkreuz 1943;

Referat I A/ 6 oblagen die Strategie und die militärische Sicherheit (einschließlich NATO, WEU und Abrüstungsfragen). Kanzler Erhard war von Stamps Arbeit so angetan, dass er ihn zu seinem Persönlichen Referenten machte – eine bis heute einmalige Konstellation. In dieser Funktion arbeitete Stamp mit Dr. Karl Hohmann (1916-2003), dem Leiter des Kanzlerbüros, zusammen, der von 1938 bis 1945 Soldat gewesen war. Offenbar nahm Stamp zugleich noch seine alte Aufgabe als militärischer Fachmann im Kanzleramt wahr, denn der Dienstposten blieb zunächst auch unter Erhards Nachfolger Kiesinger un-

besetzt.²⁷ Die Aufgaben des Bundesverteidigungsrates und der Verteidigung hingegen wurden einem eigenen Referat I A/7 unter Ministerialrat Hans-Leo Stolz Häuser (1912-1997) übertragen. Stolz Häuser war von 1939 bis 1946 Soldat gewesen. Die Offiziere, die dieses Referat (später: Grup-

Wechsel zu den Jagdfliegern (Jagdgeschwader 300). Als Major führte er einen Nachtjagdverband, der mit Me 262-Jägern ausgestattet war. 1956 Eintritt in die Bundeswehr. Er diente auch Kanzler Kiesinger zunächst noch mehrere Monate als Persönlicher Referent; 1978 Ruhestand.

27 s. Organigramm des Kanzleramtes vom Juni 1967.

pe) leiteten, hatten jedoch nicht die Aufgabe eines „militärischen Adjutanten des Bundeskanzlers“. Sie waren weder militärischer Berater des Kanzlers, noch übernahmen sie z.B. bei Auslandsbesuchen protokollarische Aufgaben, wie dies in anderen Ländern üblich ist. Daran hat sich bis heute – trotz mehrfach wechselnder Organisationsstruktur – nichts geändert. Der Referatsleiter (heute: Gruppenleiter) mit dem Dienstgrad eines Obersten bzw. Kapitäns zur See²⁸ bewegt sich in der Beamtenhierarchie im Mittelfeld. Zwar haben alle ihren Kanzlern bisweilen direkt vorgetragen und sie auch auf Reisen begleitet, jedoch stets auf Abstand. Generalmajor Dr. Dietrich Genschel, unter Kanzler Schmidt Gruppenleiter 23, beschrieb diese distanzierte Nähe mit den Worten: „Man war schon sehr nahe dran am Kanzler, aber doch am Rand oder dahinter.“²⁹

Militärpolitische und militärische Fragen spielten in den ersten Kabinettsitzungen bis zum Ende des Jahres 1963 keine Rolle. In der 95. Sitzung am 17.10.1963 – es war die erste unter Leitung des neuen Kanzlers – bat der Bundesminister für besondere Aufgaben Heinrich Krone (1895-1989) um Klärung, wer den Bundeskanzler als Vorsitzenden des Bundesverteidigungsrates vertritt; Erhard bestimmte diesen zu seinem ständigen Vertreter und wies ihn an, die laufenden Geschäfte zu führen. In den folgenden Sitzungen wurden lediglich einige hochrangige militärische Personalentscheidungen routinemäßig im Kabinett abgesegnet: so z.B. die Beförderungen von Dr. med. Fritz Dörner (1908-1976) zum Generalarzt (97. Kabinettsitzung am 30.10.), von Josef Moll zum Generalmajor (103. Kabinettsitzung am 11.12.1963), von Wilhelm Meyer-Detring, Wolf Graf von Baudissin und Werner Hoffmann zu Generalleutnanten und Heinz Trettnner zum General (104. Sitzung am 18.12.1963).

Am 27. November 1963 wurde der rechtliche Aspekt³⁰ eines Vorfall dis-

²⁸ Bisher hatten nur zweimal Offiziere im Range eines Brigadegenerals diesen Posten inne. Die Einstufung erfolgt durch das BMVg.

²⁹ Schreiben an den Verfasser vom 13.09.2008.

³⁰ Der Bundesminister der Justiz teilte

kuert, der bereits zwei Jahre zurücklag: Während eines NATO-Manövers hatten zwei F-84 F („Thunderstreak“) – Maschinen des Jabo-Geschwaders 32 (Rottenführer Feldweibel Pfefferkorn und Stabsunteroffizier Eberl als Rottenkamerad) aus Lechfeld am 14.09.1961 – vier Wochen nach dem Mauerbau in Berlin – irrtümlich die Grenze zur DDR überflogen und waren auf dem Flughafen Tegel in West-Berlin gelandet. Der damalige Verteidigungsminister Strauß hatte den Geschwaderkommodore, Oberstleutnant Siegfried Barth, von seinem Posten abgelöst.³¹ Am 10. Mai 1962 hatte sich der Verteidigungsausschuss des Bundestags mit der Angelegenheit



6 - Bundeskanzler Erhard 1965 an der Heeresunteroffizierschule I Sonthofen (v.l.: VgMin von Hassel, InspH Generalleutnant de Maizière und Oberst Bürger, Kdr HUS I).

befasst und dem Minister einstimmig ein völlig korrektes Verhalten bescheinigt.³²

dem Kanzler mit, dass der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss ihn als Zeuge über den Fall des Oberstleutnants Barth und das Rechtsgutachten des Auswärtigen Amtes hören solle und bat, ihm die Aussagegenehmigung zu erteilen.

³¹ Der Wehrdienstsenat des Bundesdisziplinarhofs in München hatte am 31.01.1962 auf eine Beschwerde Barths dessen Ablösung als einstweilige Sofortmaßnahme zwar gerechtfertigt, die Schuldfrage jedoch offen gelassen.

³² Bulletin Nr. 88 vom 12.05.1962, S. 743. Nachdem bekannt geworden war, dass der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerhard Jahn (1927-1998) das Protokoll

Bereits drei Wochen nach seiner Wahl besuchte Erhard am 8. November 1963 die Kommandeurtagung der Bundeswehr in Köln-Wahn unter der Leitung von Generalinspekteur Foertsch (1900-1976). Es war das erste Mal, dass ein deutscher Regierungschef vor den versammelten Kommandeuren der Bundeswehr sprach. Erhard betonte, dass er Wert darauf gelegt habe, schon bald nach seinem Amtsantritt vor den Kommandeuren zu sprechen. Minister von Hassel war nicht anwesend. In seiner Anrede begrüßte Erhard nur Staatssekretär Gumbel, nicht aber den Generalinspekteur als Gastgeber. Mit den Worten, „Vergessen Sie nicht, wo

wir vor zehn Jahren standen“ lobte er die Aufbauleistungen der Armee und betonte, dass es keine rein nationale Verteidigung mehr gäbe. Diese sei zu einer „Gemeinschaftsaufgabe einer Vielzahl sich bedroht, aber darum auch sich verbunden fühlender Völker geworden“. Militärische Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele lehnte er ebenso ab wie einen konstruierten

der Ausschusssitzung an den „Spiegel“-Redakteur Schmelz weitergegeben hatte, hatte der BMJustiz beim BMVg und beim Auswärtigen Amt Gutachten zu der Frage eingeholt, ob das Dokument materielle Staatsgeheimnisse enthielt. Diese waren am 15. 11.1962 bzw. 05.03.1963 vorgelegt worden.

Gegensatz zwischen Bürgern und Soldaten, den er „*widersinnig*“ nannte. In der Frage der NATO-Strategie betonte Erhard die Notwendigkeit der Schaffung einer „*multilateralen nuklearen Streitkraft*“, die mit deutscher Beteiligung aus verschiedenen Waffensystemen bestehen soll. Erhard war offenbar skeptisch, dass die USA – zumal mit beträchtlichen Kräften und Mitteln im Vietnamkrieg gebunden – die Bundesrepublik verteidigen würden, wenn dadurch ihre eigene Sicherheit gefährdet würde. Zwar wurde Erhards Meinung von Außenminister Schröder und Verteidigungsminister von Hassel geteilt, doch es gab im Kabinett und in den Regierungsparteien auch Gegenstimmen.³³ Als Wirtschaftsfachmann wies er darauf hin, dass Verteidigungsanstrengungen jedoch „*ihren Sinn verlieren, wenn sie nach Art und Umfang das wirtschaftliche, finanzielle und soziale Gesamtgefüge unseres Staatswesens erschüttern würden*“. Doch insgesamt ist die Rede farblos und enthält wenig Neues. So erwähnte Erhard mit keinem Wort seine eigenen Bindungen an das Militär, auch wenn diese 45 Jahre zurücklagen.

Im Dezember 1963 – wenige Wochen nach dem ersten Arbeitsbesuch des neuen Kanzlers beim französischen Staatspräsidenten de Gaulle – bat Erhard General Speidel zu einem Gespräch. Dieser war zu diesem Zeitpunkt bereits als NATO-Befehlshaber ausgeschieden und fungierte als „Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Fragen der atlantischen Verteidigung.“

„*Nach meiner Rückkehr (= im Dezember 1963) hatte ich die erste Aussprache mit dem neuen Bundeskanzler Erhard; er kritisierte das Verhalten Adenauers gegenüber de Gaulle ohne Zurückhaltung in der schärfsten Weise. Diese Nachgiebigkeit werde uns nichts bringen.*“³⁴ Speidel spielt damit vor allem auf das Einwilligen Adenauers gegenüber französischem Druck in

33 Die Front der Gegner bestand aus der Schwesterpartei CSU (mit Rücksicht auf Frankreich und das deutsch-französische Verhältnis) und dem Koalitionspartner FDP (mit Rücksicht auf die Sowjetunion und die Ost-West-Entspannung). Auch Parteichef Adenauer und Krone und Fraktionschef Barzel waren dagegen.

34 Speidel, Hans: Aus unserer Zeit, S. 423

der Frage seiner eigenen vorzeitigen Abberufung als NATO-Befehlshaber im September 1963 an.

Nach der Beurteilung von General de Maizière hatte Erhard Berührungsängste in Bezug auf die Bundeswehr. „*Es war auch nicht einfach, Erhard zu einem Truppenbesuch beim Heer zu bewegen*“.³⁵

Doch es gelang dem damaligen Inspekteur des Heeres de Maizière (1912-2006). Am 25. Juni 1965 besuchte Erhard die damalige Heeresunteroffizierschule (HUS I)³⁶ in der Generaloberst-Beck-Kaserne in Sonthofen unter ihrem Kommandeur Oberst Bürger (†) und danach das II. Korps in Ulm.



7 – Kanzler Erhard überreicht Oberst Habicht ein Bild, das ihn als Richtkanonier 1917 in Rumänien zeigt (s. Abb. S. -xy).

Am nächsten Tag reiste der Kanzler nach Pfullendorf weiter. Am späten Vormittag landete er mit einem Sikorsky Hubschrauber in der Generaloberst-von-Fritsch-Kaserne direkt vor dem Wirtschaftsgebäude. Die Kaserne beherbergte den Stab des Artillerieregiments 10, sowie die beiden ihm unterstellten Artillerieverbände der 10. Panzerdivision, das schwere Feldartilleriebataillon (FArtBtl) 101 und das Raketenartilleriebataillon (RakArtBtl) 102. Erhard wurde vom Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel, Generalleutnant Ulrich de Maizière,

35 Maizière, de Ulrich: In der Pflicht, S. 270

36 von 1964 bis 1972

dem Inspekteur des Heeres und Generalleutnant Leo Hepp (1907-1987), dem KG des II Korps, sowie Generalmajor Kurt Gerber (1913-1984), dem Divisionskommandeur der 10. Panzerdivision, begleitet. Oberst Heinz Habicht, der Kommandeur des Artillerieregiments 10, begrüßte die Gäste als Hausherr, zusammen mit dem scheidenden Kommandeur des RakArtBtl 102, OTL Hans Holder. Der Besuch begann mit einem gemeinsamen Mittagessen im großen Mannschaftsspeisesaal. Der Bundeskanzler, ehemals Richtkanonier einer 105mm Haubitze im 1. Weltkrieg, erzählte dabei von seinen Erfahrungen als Artillerist und erklärte schmunzelnd, dass

er umgesattelt habe. Er überreichte Oberst Habicht eine alte Fotografie, die ihn als Richtkanonier im Ersten Weltkrieg an einer Haubitze zeigt. Dann schloss sich eine Waffenvorführung auf dem Standortübungsplatz an. Von einer Tribüne beobachtete der ehemalige Artillerist Erhard nach einem halben Jahrhundert die Vorführungen der neuesten Waffensysteme der Artillerie und das Instellunggehen von langrohrigen 175mm Kanonen (M 107) und kurzrohrigen 203 mm Feldhaubitzen (M-110) – beide auf Selbstfahrlafette – der 2. und 3. Batterie des FArtBtl 101. Das RakArtBtl 102 führte den nuklearfähigen „Honest John“-Raketenwerfer (M-139F)

vor. Erhard zeigte sich von den neuen Waffensystemen und deren Leistungsvermögen sehr beeindruckt. Als Artillerist im Ersten Weltkrieg kannte er noch die gezogene Artillerie und hatte deren Wirkung am eigenen Leib erfahren. Allerdings soll er sich – so de Maizière später – bei dem Besuch „offensichtlich unbehaglich“ gefühlt haben. Als einer der Fotografen ein Bild Erhards neben einem Geschütz gelang, entfuhr es – so de Maizière – dem Kanzler: „Ich bin doch kein Militarist!“³⁷ Die Bemerkung drückt die Unsicherheit des Politikers Erhard im Umgang mit dem Militär aus. Zwar fühlte er sich den Soldaten einerseits innerlich verbunden, wollte diese Bindung andererseits aber nicht öffentlich werden lassen, weil er dies vermutlich für politisch schädlich hielt. Strauß schreibt, Erhard sei „ein ausgesprochener Gegner jeder Machtpolitik“ gewesen und habe „überhaupt kein Verhältnis zum Militärischen und seinen Notwendigkeiten.“³⁸ Er habe Strauß, seinen Kabinettskollegen, sogar gerügt, als dieser 1959 Strafanzeige gegen Pastor Martin Niemöller (1892-1984) stellte, der die Ausbildung der Bundeswehr als eine „Hohe Schule für Berufsverbrecher“ bezeichnet hatte.

Nach den Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965 wurde Ludwig Erhard erneut zum Bundeskanzler gewählt. In seiner Regierungserklärung am 10. November wies Erhard – wie bereits in seiner Erklärung zwei Jahre zuvor – auf die Erhöhung der Kampfkraft, die Notwendigkeit zur Modernisierung, die Bedeutung der Festigung des inneren Gefüges und den Aufbau der Territorialverteidigung hin. Er sagte ein Organisationsgesetz und geeignete Maßnahmen zu, „die der Überwindung des Personalengpasses dienen“.

Drei herausragende sicherheitspolitische Probleme bestimmten die Kanzlerschaft Erhards: der sich ausweitende Vietnamkrieg, der Wechsel der NATO-Strategie von der massiven Vergeltung („Massive Retaliation“)³⁹

zur flexiblen Antwort („Flexible Response“) und die noch unzureichende militärische Fähigkeit der NATO zur Vorverteidigung.

Erhards mangelndes Verständnis für außenpolitische Zusammenhänge – so ebenfalls Strauß – habe sich z.B. offenbart, als er gegenüber den USA die Bereitschaft erklärt hatte, Bundeswehrsoldaten zur Unterstützung nach Vietnam zu entsenden.⁴⁰ Diese Darstellung ist jedoch nur zum Teil richtig. Tatsächlich hatte US-Präsident Johnson Erhard massiv bedrängt, 200 Sanitäter und 1.000 Pioniere der Bundeswehr nach Vietnam zu schicken. Erhard lehnte dieses Ansinnen jedoch ab.⁴¹ Deutsche Soldaten nur zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder in einen Krieg zu schicken, hätte das schnelle Ende seiner Kanzlerschaft bedeutet.

Auch die innere Lage der Bundeswehr war während Erhards Amtszeit nicht frei von Turbulenzen. Beim Mörserschießen auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne ereignete sich am 9. April 1964 ein schweres Unglück, das neun Todesopfer und zehn Verwundete forderte. Die „Starfighter-Krise“⁴² warf über Jahre lange Schatten und mündete im August 1966 in den Rücktritt von Luftwaffeninspekteur Werner Panitzki (1911-2000). Nur wenige Tage danach trat Generalinspekteur Trettner (1907-2006)⁴³ zurück, weil er als oberster

21.03.1957. Jeder Angriff des Warschauer Pakts – gleich, ob konventionell oder nuklear – sollte mit einem massiven nuklearen Gegenschlag beantwortet werden. 1967 löste die – durch Präsident Kennedy initiierte – „Flexible Response“ (MC 14/3) die „Massive Retaliation“ ab und war bis zum Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums gültig.

40 Strauß, Franz Josef, a.a.O., S. 428.

41 In der 123. Kabinettsitzung am 27.05.1964 hatte Erhard erklärt, äußerstenfalls könne als Hilfe für Süd-Vietnam an ein Lazarettsschiff gedacht werden.

42 Durch technische Überfrachtung und zusätzliche Einsatzrollen für die deutsche Version des US-Flugzeugmusters Lockheed F-104 stieg dessen Gesamtgewicht beträchtlich und verlangte höchstes fliegerisches Können. Zwischen 1962 und der Ausmusterung 1991 stürzten 292 Maschinen ab, und 108 Piloten verloren ihr Leben.

43 Gleichzeitig bat der Befehlshaber im Wehrbereich II, Generalmajor Günther Pape (1907-1986), aus diesem Grund

Soldat bei der Entscheidung über den ÖTV-Gewerkschaftserlass durch die politische Leitung übergangen worden war. Erhard selbst trug für keine dieser armeeinternen Ereignisse eine Schuld, auch sind keine öffentlichen Stellungnahmen des Kanzlers zu diesen Vorfällen bekannt.

Die CDU wählte Erhard im März 1966 zu ihrem Bundesvorsitzenden, obgleich er niemals formell der CDU beigetreten war. Wenige Monate später geriet Erhards politischer Kurs ins Schlingern. Walter Scheel, der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit trat aus Protest gegen Erhards Haushaltsentscheidungen von seinem Amt zurück. Die übrigen FDP-Minister schlossen sich ihm an. Nachdem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Kurt Georg Kiesinger am 10. November zum Kanzlerkandidaten nominiert hatte, kam nach knapp drei Jahren das Aus für Erhard. Am 1. Dezember 1966 trat er zurück. In seiner Abschiedsansprache in Rundfunk und Fernsehen am 30. November 1966 sagte Erhard: „*Meine Liebe und meine Kraft werden immer dem ganzen deutschen Volk gehören. Gott schütze unser Vaterland*“.

Danach arbeitete er als „einfacher“ Abgeordneter weiter. Bei den drei Wahlen zum 6., 7. und 8. Deutschen Bundestag (1969, 1972 und 1976) errang er jedes Mal ein Bundestagsmandat. Die Sitzungen 1972 und 1976 eröffnete er als Alterspräsident. Im September 1968 kam Erhard als „Altbundeskanzler“ ein weiteres Mal zum II. Korps nach Ulm. Die Vorliebe für diese Kommandobehörde war vermutlich auch darin begründet, dass sie in seinem Wahlkreis lag; andere Politiker haben – was nicht zu kritisieren ist – die in ihrem Wahlkreis stationierten Truppenteile in ähnlicher Weise bevorzugt wahrgenommen. Während des Manövers „Schwarzer Löwe“ im Herbst 1968 besuchte er Truppenteile in Süddeutschland,⁴⁴ so u.a. in der

um seine Entlassung.

44 Das Manöver des II. Korps sollte zunächst vom 15.-21.09.1968 in Bayern nahe der tschechoslowakischen Grenze stattfinden. Jedoch wurde es wegen des Einmarsches der WP-Truppen in die CSSR einen Monat zuvor auf Drängen von Kanzler Kiesinger in den Südwesten Deutschlands verlegt, um politische Spannungen und eine denkbare Eskala-

37 Maizière, de Ulrich, a.a.O.

38 Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, S. 427 f.

39 NATO-Dokumente MC 14/1 vom 09.12.1952 und MC 14/2 vom

Herzog-Albrecht-Kaserne in Münsingen. Zum Abschluss der Gefechtsübung wurde im Beisein von Bundespräsident Lübke, Altbundeskanzler Erhard und Generalinspekteur de Maizière auf dem Truppenübungsplatz Münsingen ein „Schießen verbundener Waffen“ durchgeführt.



8 – Briefmarke der Deutschen Post aus dem Jahr 1987 zum 10. Todestag von Ludwig Erhard.

Als Altkanzler gehörte Erhard zu der von Bundespräsident Heinemann angeführten Delegation, die – zusammen mit Minister Schmidt als Vertreter von Kanzler Brandt, Generalinspekteur de Maizière und Altkanzler Kiesinger – am Begräbnis von General de Gaulle in Colombey-les-deux-Eglises im November 1970 teilnahm.

Seit 1953 hatten Erhard, seine Frau Luise und Tochter Elisabeth Klotz († 1996) – unauffällig und ohne bevorzugt werden zu wollen – ihren Zweitwohnsitz am Tegernsee. Am Ackerberg in Gmund erholten sie sich regelmäßig von den beruflichen Anstrengungen. Am 9. März 1977, zwei Jahre nach dem Tod seiner Ehefrau, verunglückte Erhard auf dem Weg dorthin bei einem Autounfall. Er brach sich eine Rippe und einen Brustwirbel und wurde nach Bonn zurückgebracht. Dort starb er am 5. Mai 1977 an Herzversagen. In einem Staatsakt gedachte der Deutsche Bundestag im Plenarsaal am 11. Mai des zweiten Kanzlers. Einen Tag später wurde Ludwig Erhard auf dem

lation zu vermeiden. Insgesamt nahmen ca. 42.000 Soldaten mit etwas 15.000 Kfz teil. Übungsgruppe BLAU: 10. Pz-Div (PzBrig 29 und 30, eine US-PzBrig, LLBrig 25 und französische Verbände). Übungsgruppe ROT: 4. PzGrenDiv (PzGrenBrig 11 und GebJgBrig 22).

Bergfriedhof in Gmund beigesetzt. Die Beisetzung des zweiten Kanzlers war – gemessen am prunkvollen Zeremoniell beim Begräbnis des Vorgängers zehn Jahre zuvor – bescheiden. In dem schlichten Familiengrab – geschmückt mit einem 130 cm hohen rechteckigen, hellgelben Kelheimer Auersandstein und einem schmiedeeisernen Kreuz – ruhen neben Ludwig Erhard seine Ehefrau Luise, Tochter Elisabeth († 1995) und Enkelin Sabine Klotz-Schulze († 1997). □

Literatur:

- Adenauer, Konrad, Rhöndorfer Ausgabe: Briefe 1957-1959.
- Chlingensperg auf Berg, von: Familienchronik der Familie (Privatbesitz Dr. Günther von Chlingensperg).
- Dellmensingen, Konrad Krafft von & Feeser Friedrichfranz: Das Bayernbuch vom Weltkriege 1914-1918, 2 Bände, Chr. Belser A.G. Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1930.
- Erhard, Ludwig: Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung (Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44), Propyläen, Frankfurt 1977.
- Hentschel, Volker: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, Olzog Verlag, München 1996.
- Herbst, Ludolf : Krisenüberwindung und Wirtschaftsneuordnung
- Ludwig Erhards Beteiligung an den Nachkriegsplanungen am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 3 1977.
- Hohmann, Karl: Ludwig Erhard (1897-1977), Eine Biographie, ST Verlag 1997.
- Hohmann, Karl (Hrsg.): Ludwig Erhard – Gedanken, Reden und Schriften, Econ Verlag, Düsseldorf 1988 .
- Knoll, Thomas: Das Bonner Bundeskanzleramt – Organisation und Funktionen von 1949-1999, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004.
- Maizière, Ulrich de: In der Pflicht, Verlag E. S. Mittler & Söhne, Herford/ Bonn 1989.

- Mierzejewski, Alfred C.: Ludwig Erhard, Siedler Verlag, München 2005.
- Mümler, Manfred, Ludwig Erhard – eine biographische Skizze
- Speidel, Hans: Aus unserer Zeit, Erinnerungen, Verlag Ullstein, Frankfurt/Main 1977.
- Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Wolf Jobst Siedler Verlag, Berlin 1989.
- Stadtarchiv Nürnberg – Norbert Mittelsdorf und Dr. Alexander Mayer (Stadtarchivar)
- Ludwig Erhard und seine Politik – Nach-Denken, Argon Wissenschaftliches Symposium am 13.03.1997, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
- Walterskirchen, Helene: An der Seite der Macht – Deutschlands First Ladies, Verlag Ueberreuter, Wien 2002

Bildnachweis:

- Stadtmuseum Fürth (2); Archiv ArtRgt 10 Pfullendorf (3, 5, 7); IP-Stab BMVg (4, 6), Internet (1, 8)
- Besonderer Dank gilt: Dr. Günther von Chlingensperg, Rechtsanwalt H.-H. Stamp sowie Hans Sieber und Heinrich Sievert vom Traditionsverein ArtRgt 10 in Pfullendorf

Verfasser:

Dieter Kilian, Oberst a.D.; Militärattaché 1880-84 in Pakistan und 1991-94 in Saudi-Arabien; zahlreiche Veröffentlichungen im AUFTRAG, u.a. in: AUFTRAG Nr. 251/Juli 2003 (Sonderdruck) „Islam und Westliche Welt; AUFTRAG Nr. 259/August 2005 bis 268/Dezember 2007 „Die Bundespräsidenten und die Bundeswehr“ sowie Nr. 269/März 2008 bis 271/September 2008 „Adenauer und die Bundeswehr“.



Seminar für Funktionsträger

VON BERTRAM BASTIAN

Im zwei Jahres Rhythmus veranstaltet die Gemeinschaft katholischer Soldaten ein Seminar für ihre Funktionsträger. Die Leitung hat der Haushaltsbeauftragte der GKS, OStFw a.D. Johann A. Schacherl, der zusammen mit handelnden Mitgliedern aus der Kreis-, Bereichs- und Bundesebene den ehrenamtlich Tätigen Neuigkeiten vermittelt bzw. Einsichten in Struktur und Organisation.

Vom 27. bis 29. Juni 2008 fand in Mülheim/Ruhr wieder ein Seminar für Funktionsträger der GKS statt. Johann Schacherl, der die Veranstaltung organisierte und leitete begrüßte in der Wolfsburg ein volles Haus. Sinn und Zweck des Seminars war es, jüngeren Kameraden Einblicke in die Struktur und Organisation der Gemeinschaft zu geben. Deshalb setzte sich der Teilnehmerkreis nicht nur aus ganz jungen Funktionsträgern zusammen, sondern gerade der „Mix“ zwischen „alten Hasen“ und jüngeren Ehrenamtlichen brachte lockere Gespräche, in denen die Verfahrensweisen und Durchführungen von Veranstaltungen miteinander besprochen wurden.

Den Anfang machte der Wehrbereichsdekan Mainz, Msgr. Rainer Schnettker, der die rechtliche und kirchenrechtliche Verankerung der Militärseelsorge vortrug. Nachdem so aus berufenem Munde die rechtliche Stellung des katholischen Verbandes GKS ausführlich zu Wort kam,

beitenden Ausschüsse besser gewürdigt. Der Redakteur des AUFTRAG hielt einen Vortrag über die Pressearbeit, wobei er in der Hauptsache darauf zu sprechen kam, wie Beiträge an die Redaktion zu schicken seien, damit diese dann einfacher den Beitrag zu einer Vorlage für den Layouter bewerkstelligen könne.

Am zweiten Tag drehte sich alles um das liebe Geld. Zusammen mit dem IT-Beauftragten des Bundesvorstandes, OStFw a.D. Hubert Berners, wurde vom Haushaltsbeauftragten Haushaltsanforderung und –kalkulation vorgestellt. Dabei trug der Gestalter des Programms Hubert Berners vor, warum einige Dinge nicht vom Kreisvorsitzenden ausgefüllt werden könnten und führte mit den Teilnehmern Beispielkalkulationen durch, um die Funktionsweise besser zu erklären. Sinn und Zweck der damit durchzuführenden, genauen Kalkulation (natürlich nur dann genau, wenn man so genau wie möglich die Eckdaten der Veranstaltung eingrenzt) sei es, eine Überplanung im Vorfeld der Haushaltsmittelzuweisung zu vermeiden. Es lag auf der Hand, dass gerade zu diesem Thema das Interesse, auch der alten Hasen, am größten war. Deshalb nahm sich die Leitung des Seminars hier ausgiebig Zeit, um den Funktionsträgern dieses neue System nahezubringen, welches mit einiger Übung den Umgang mit dem anvertrauten Geld erleichtere. Dabei wurde der Haushaltsbeauftragte nicht müde, immer wieder zu erklären, dass ein vorher mit ihm geführtes Gespräch viele Friktionen und Probleme schon bei der Entstehung lösen könne, bevor man eine genehmigte Summe überschreiten würde.

Der Pfarrhelfer aus Köln-Wahn, Johannes Bresa, trug den Funktionsträgern noch Beispiele aus der Zusammenarbeit eines Militärfarramtes mit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten vor. Hier wurde vertieft, dass ein Militärfarrer und sein Pfarrhelfer zwar die Gemeinschaft unterstützen können, aber die Arbeit müsse die Gemeinschaft in der Hauptsache schon selbst machen. Synergieeffekte könnten genutzt werden, es seien aber nach wie vor zwei verschiedene Seiten einer Medaille.

Am Sonntag nach dem Gottesdienst unterhielt man sich noch über abschließende Fragen, bevor man sich nach dem Mittagessen auf den Nachhauseweg machte.



Pfarrhelfer Johannes Bresa erläutert mit OStFw Johann Schacherl die praktische Zusammenarbeit zwischen Militärfarramt und Gemeinschaft Katholischer Soldaten

stellte der Bundesvorsitzende, Oberstlt Paul Brochhagen, das Leitershofener Programm vor, Ziele und Wege der Gemeinschaft. Er stellte ebenfalls die Sachausschüsse und ihre Arbeit vor und ermunterte alle Anwesenden, die Produkte der Ausschüsse nicht nur zu verteilen, sondern ruhig auch Veranstaltungen mit den Mitgliedern der Sachausschüsse durchzuführen. So wie dieses Seminar für Funktionsträger ja gleichfalls mit Referenten aus der GKS zu bewerkstelligen war, stehen die Ausschüsse für solche Anforderungen aus den Kreisen zur Verfügung. Damit würde die Arbeit der für den Bundesvorstand ar-

Apostolat Militaire International

VON BERTRAM BASTIAN



Das Apostolat Militaire International (AMI) wurde 1965 in Santiago de Compostela in Spanien gegründet. Es ist ein Zusammenschluss der katholischen Laienorganisationen der angeschlossenen Militärseelsorgen der verschiedenen Armeen, die nicht der NATO angehören müssen. Das Symbol zeigt die gekreuzten Schwerter, die in zahlreichen Staaten das Signet für die bewaffnete Macht darstellen. Zusammen mit dem senkrechten Schwert bilden sie das Zeichen XP für Christus. Zurzeit sind über 30 Staaten von vier Kontinenten Mitglied, weitere sind akkreditiert und streben die Mitgliedschaft an. Seit drei Jahren ist Oberst i.G. Reinhard Kloss, Referatsleiter im BMVg, 1. Dienststz Bonn, Präsident dieser Organisation und hat als solcher auch die diesjährige Generalversammlung einberufen und geleitet. Sie fand in der Zeit vom 5. bis 12. September im Konferenzzentrum Mennorode in den Niederlanden statt.

Nachdem am Samstag, den 6.09. die teilnehmenden Nationen zu der Lage der katholischen Militärseelsorgen in ihren jeweiligen Armeen vorgetragen hatten,

fällen, die Kampf bedeuten, damit einhergehend, Verwundung und Tod, der eigenen Kameraden, des Angreifers oder schlimmstenfalls unbeteiligter Zivilisten. BrigGen

Ammon führte weiter aus, dass sich daraus Folgerungen für die Auswahl und Ausbildung der Führer ergeben, für die Vermittlung von Werten, um mit ihnen und aus ihnen heraus, die Entscheidungen fällen und tragen zu können, sowie die Unterstützung und das Zur-Seite-stehen für die handelnden Soldaten, damit Vertrauen in die Führung und in die Fürsorge wachsen können.

In den anschließenden Wahlen wurde die deutsche Präsidentschaft von Oberst i.G. Reinhard Kloss für drei weitere Jahre bestätigt. Das Generalsekretariat geht von Österreich ab dem 1. Januar 2009 an die Niederlande über.

Am Donnerstag Abend beschloss eine Heilige Messe, zelebriert durch den apostolischen Nuntius in den Niederlanden, Erzbischof François Bacqué, die Generalversammlung des Apostolat Militaire International 2008.



Die teilnehmenden Delegationen stellen sich dem offiziellen Tagungsphoto. In der dritten Reihe von oben, zweiter von links, der Präsident O i.G. Kloss

fand am Sonntag ein feierliches Pontifikalamt mit dem Bischof von Haarlem, Dr. Josef Punt statt, der auch das Amt des Niederländischen Militärbischofs bekleidet. Begrüßt wurden danach die Delegationen durch den Staatssekretär im niederländischen Verteidigungsministerium, DDr. Jack de Vries.

Nach den Berichten des Präsidenten, des Generalsekretärs, des Geistlichen Beirates und der ständigen Arbeitsgruppen, eröffnete der Vortrag der Prof.'in Desiree Verweij über „Ethik und Einsätze“ den Vortragsteil der Hauptversammlung. Der deutsche Kommandeur der KSK, BrigGen Christoph Ammon, trug zu dem Thema vor: „Kampf gegen Terror und christliche Werte“. Dabei stellte er anhand eines realen Einsatzszenarios die Probleme vor, die einen in Verantwortung stehenden Soldaten treffen können. Die latent vorhandene Gefahr, verbunden mit Unsicherheit erzeugt ängstliche Gefühle, führte er aus. In unklarer Lage muss der Soldat – ohne lange zu zögern – Entscheidungen



Die Arbeitsgruppen nutzen die Tagung zum regen Gedankenaustausch

Ungarischer Militärbischof informiert sich über die „Löwendivision“

Der ungarische evangelische Militärbischof, Brigadegeneral Mag. theol. Pál Lackner, hat am 14. Oktober den Stab der 10. Panzerdivision in Sigmaringen besucht.

Der Kommandeur der „Zehnten“, Generalmajor Markus Bentler, begrüßte persönlich den hochrangigen Militärgeistlichen an der Spitze der 7-köpfigen ungarischen Delegation in der Graf-Stauffenberg-Kaserne. Der evangelische Militärdekan Christian Renovanz aus Ulm und zwei weitere Militärpfarrer aus Baden-Württemberg vervollständigten den Gästekreis. Nach dem Eintrag in das Gästebuch und einem Gespräch mit Bentler wurde Lackner zusammen mit seinen Kollegen mittels eines Vortrags in die Besonderheiten „der süddeutschen Division“ als Stabilisierungsdivision des deutschen Heeres eingewiesen. Bentler freute sich, „weil wir auch von einander lernen können“, sichtlich über das große Interesse des Militärbischofs am Thema „Ethik - Wertevermittlung als Erziehungsaufgabe“ in der 10. Panzerdivision. Ein Besuch in der militärhistorischen Sammlung der Kaserne und in der Sigmaringer Kreuzkirche rundete die Visite in der Hohenzollernstadt ab.

Der Besuch der Geistlichen geht auf eine Partnerschaft zwischen der Evangelischen Militärseelsorge in Ungarn



GenMaj Markus Bentler mit dem ungarischen Militärbischof Pál Lackner beim Briefing

und der Evangelischen Militärseelsorge in Baden-Württemberg zurück, die seit zehn Jahren besteht. Regelmäßige Besuche, die im jährlichen Wechsel in den jeweiligen Ländern durchgeführt werden, halten diese Verbindung lebendig.

(Text und Foto: 10. Panzerdivision)

Patrozinium in Bonn

Anfang Oktober wird in Bonn immer das Patrozinium gefeiert. Dabei wurde in diesem Jahr besonders der beiden Stadtpatrone Cassius und Florentius gedacht, zweier Legionäre der thebäischen Legion, die für ihren christlichen Glauben den Martyrertod in den Jahren 303/304 n.Chr. erleiden mussten. Das Motto des diesjährigen Patroziniums lautete deshalb auch „Helden mit langer Haltbarkeit“. Ort der Feierlichkeiten war das Bonner Münster St. Martin, seit 1956 eine „basilica minor“, die diesen Brauch des Patroziniums von der 1812 abgerissenen Stadtkirche St. Martin übernommen hat. Das Bonner Münster soll den damals hier studierenden preußischen Kronprinzen, den späteren Wilhelm II., derart inspiriert haben, dass er maßgeblichen Einfluss auf die Architektur der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin genommen haben soll und diese als Kopie des Münsters bauen ließ.

Während der Festwoche zum Patrozinium 2008 feierte der katholische Militärpfarrer Bonn, Militärdekan Benno Porovne, einen Standortgottesdienst in der Hauptkirche Bonns. Am 13.10.08 konnte Militärdekan Porovne nach dem feierlichen Einzug mit den Fahnen der Militärseelsorge und der GKS hochrangige Gäste aus Politik und Militär begrüßen. An ihrer Spitze die Stellvertreterin des

Landrates, Uta Gräfin Strachwitz, und das Mitglied des Landtages, Gerhard Lorth, sowie für die Soldatinnen und Soldaten der stellvertretende Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Günter Weiler. Eine besondere Bedeutung hatte dieser Standortgottesdienst für Hptm Dr. Ulrich Müller, der während der heiligen Messe in Anwesenheit seiner Familie in die Gemeinschaft der katholischen Kirche aufgenommen wurde. Nachdem er gemeinsam mit der Gemeinde das Große Glaubensbekenntnis gesprochen hatte, wurde ihm das Sakrament der Firmung gespendet und er empfing die Erste Heilige Kommunion. Umrahmt wurde dieses feierliche Hochamt durch eine Bläsergruppe des Musikkorps aus Siegburg unter der Leitung von Hauptfeldwebel Uwe Berning und dem Pfarrhelfer Johannes Bresa von Porz-Wahn an der Orgel.

Nach dem Gottesdienst lud die katholische Militärseelsorge zu einem Empfang mit Imbiss ein. Auf Grund der Tatsache, dass der Kreuzgang des Münsters noch renoviert wurde, begab man sich zu Fuß durch die Innenstadt zu St. Remigius. Nach einer kurzen Begrüßung durch Militärdekan Porovne, konnten sich die Gäste bei Gulaschsuppe und Getränken intensiven Gesprächen widmen.

(Text: Reinhold Gradl)

GKS-Kreis Köln

Familiennachmittag am Scheuermühlenteich

Ein strahlend sonnigen Tag hatte sich der Vorsitzende, Oberstleutnant Albert Hecht, der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Kreis Wahn, für einen Familiennachmittag ausgesucht. Viele waren seiner Einladung, am Samstag den 30. August, gefolgt.



Ob die Diskussion auf der Wanderung um den Scheuermühlenteich wirklich um religiöse Themen ging, bleibt das Geheimnis der jungen Männer

Das Nachmittagsprogramm startete nach der Begrüßung mit einer Gedenkminute an den in Afghanistan getöteten Kameraden. Im Anschluss an die Kaffeerunde folgte ein Spaziergang unter der Führung von Stabsfeldwebel Dirk Ponzel rund um den Scheuermühlenteich. Ponzel führte die Teilnehmer durch die geschichtsträchtige Vergangenheit bis hin zur Zukunft des Scheuermühlenteiches. Die Teilnehmer genossen auf dem Rundweg nicht nur die herrlichen Farben der Natur sondern auch die warmen Sonnenstrahlen. Ein Wortgottesdienst unter der Leitung von Stabsfeldwebel Ponzel in der Standortkapelle rundete den Familiennachmittag ab.

Um den Heimweg, nach so viel Natur, nicht hungrig bewältigen zu müssen gab es noch eine Stärkung in Form eines gemeinsamen Abendessens. Damit und mit vielen angeregten Gesprächen ging eine rundum gelungene GKS-Veranstaltung ihrem Ende zu. □

GKS-Kreis Köln

GKS beim Weltrekordlauf dabei

Beim 35. Berlin-Marathon am 28. September 2008 erreichten alle Läufer des Marathon-Teams der Gemeinschaft Katholischer Soldaten das Ziel.

Das Wetter und die Stimmung passten und der amtierende Weltrekordhalter, Haile Gebrselassie, war auch

wieder dabei und konnte seinen Vorjahresweltrekord unterbieten. Da konnte nichts schief gehen und das Team der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) kam nicht nur ins Ziel, sondern erzielte auch zum Teil persönliche Bestleistungen. So konnte Albert Hecht, Vorsitzender im GKS-Bereich Nordrhein-Westfalen und zugleich Beisitzer der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. mit 3:39 Stunden seine bisherige Zeit unterbieten. Artur Ernst, Bundesgeschäftsführer der GKS mit 26 Läufen der „Profi“ in der Gruppe, fungierte als „Pacemaker“ für Hubert Berners und zeigte sich mit dem Gesamtergebnis zufrieden. Komplettiert wurde die Gruppe durch Reinhard Sauerzweig, Matthias Hasebrink und dem Marathon-Debitanten, Sandro Pflug.

Die sechs Läufer verteilten sich auf vier Altersklassen und konnten aufgrund ihrer bisherigen Ergebnisse nicht in einem Startblock starten. Die Vorbereitungen für den Marathon wurden aber nach Möglichkeit koordiniert, um gemeinsame Läufe und Trainingseinheiten zu absolvieren. Das harte Training hat sich ausgezahlt und keiner der Sportler trug Verletzungen davon.

So konnte am darauf folgenden Tag auch noch der Berlinaufenthalt mit einem Besuch im Bundestag abgeschlossen werden. Eine Führung für das GKS-Team durch das Reichstagsgebäude hatte das Mitglied des Bundestages Markus Grübel arrangiert, Vorsitzender der KAS e.V. und Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK).

(Text und Bild: Walter Fröhler)

GKS-Kreis Bonn

Zeit für die Liebe

Vom 15. bis 17. August trafen sich 28 Erwachsene und 21 Kinder aus dem GKS-Kreis Bonn bei herrlichem Wetter im Ferienhaus Maria in der Aue, um gemeinsam mit Militärdekan Benno Porovne und StFw Joachim Lensch das Wochenende zu verbringen. Im Bildungsteil des Wochenendes referierte Dipl. Egetherapeutin Evamaria Wernze über das Thema „Zeit für die Liebe“.

Ausgehend von der Tatsache, dass zwar jeder seine Situation anders wahrnimmt wie seine Umgebung, hat doch jeder die gleiche Zeit. Nämlich sein Leben, wobei keiner von uns weiß, wie viel Zeit ihm gegeben ist, dies macht wiederum alle gleich. Da wir in einer Leistungsgesellschaft leben, Leistung sich definiert als Arbeit pro Zeit, schließt sich die Folgerung an, dass Zeit gleich Geld sei. Übrigens schon seit 1748, als ein Nationalökonom dies sagte. Dass dies nicht richtig sein kann, enttarnt ein tiefer gehender Blick in die Schattenseite der Leistungsgesellschaft, denn der Hartz IV Empfänger hat zwar Zeit, aber garantiert kein Geld.

Nach diesem Exkurs über die Zeit, beschäftigte sich die Referentin mit der Liebe. „Liebe ist ein Suchweg, der Zeit braucht“, trug die erfahrene Egetherapeutin vor. Die erste Suche, um sich mit einem Partner zusammenzufinden, danach das Ausbalancieren der gegenseitigen Posi-

tionen, die Suche nach der richtigen Kindererziehung, die Suche nach dem Partnerleben, wenn „die Kinder aus dem Haus sind“. Das ganze partnerschaftliche Leben ist eine Suche nach dem gemeinsamen Weg in der gemeinsamen Zeit, denn sonst würde sich jeder selbst entwickeln, die Partnerschaft auseinander driften.

Um dies alles zu verdeutlichen, war Gruppenarbeit angesagt, man füllte gemeinsam eine Tagesuhr aus mit dem Ziel, die Zeiten festzuhalten, die man mit dem Partner verbringt. Eine weitere Übung erforderte das Ausfüllen einer Liste mit der Gegenüberstellung von erfüllter Zeit und verlorener Zeit, damit wurde man sich bewusster, wie man seine „Zeit verbringt“. Die nächste Übung, das Zuhören konnte nicht im erforderlichen Umfang geübt werden, da die Zeit dafür einfach zu knapp war. Jeder Partner sollte in der „Ich-Form“ 15 Minuten lang erzählen, wie er sich fühle, wie er die Dinge sähe. Danach sollte der Partner seine Sicht der Dinge darlegen, aber nicht kommentierend, sondern ebenfalls in der „Ich-Form“. Diese Übung erforderte zuviel Zeit, so dass man sich mit der Schilderung begnügen musste. In der letzten Übung füllten die Partner eine Zeitleiste aus, in der Zufriedenheit/Unzufriedenheit dargestellt wurde. Interessanter Weise war immer bei Neuverwendungen der Soldaten die Zufriedenheit des Soldaten zwar hoch, die des Partners aber nicht, da er in die entstandene Lücke in der Familie „einspringen“, oder gar seinen Arbeitsplatz aufgeben musste.

Fazit: In dem Bewusstsein, dass der Mensch fehlerhaft handeln kann, bleibt das Streben, das Sich-Bemühen um die Vollkommenheit als Ziel eines gemeinsamen Lebens. Dabei hilft die Einsicht, dass sowohl Liebe als auch die Vergebung Gnadengeschenke sind, die sich weder erzwingen noch erarbeiten lassen.



Der Feldgottesdienst wurde mit Gitarrenmusik der Teilnehmer umrahmt

Nach dieser mit Arbeit erfüllten Zeit, wanderte die Gruppe zum Altenberger Dom und feierte mit Militärdemokan Porovne im Freien bei herrlichstem Sonnenschein einen „Feldgottesdienst“.

Zum Abschluss am Sonntag gab die versammelte Gruppe Joachim Lensch den Wunsch mit auf den Weg, auch im nächsten Jahr in diesem Haus ein Familienwochenende zu organisieren.

(Text und Bilder: Reinhold Gradl)

GKS Kreis Bad Neuenahr – Ahrweiler

GKS auf der Landesgartenschau in Bingen

Der Sommerausflug des Kreises Bad Neuenahr-Ahrweiler der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) führte die Mitglieder mit ihren Familien zur Landesgartenschau in Bingen. Mit dem Zug ging es Rheinaufwärts, den Blick auf den Rhein und die wunderschönen Weinberge



des Rheingaus, vorbei an Burgen und der Loreley bis der Mäuseturm und die Burgruine Ehrenfels in Bingen erreicht wurden. Nach einem zünftigen Frühstück im Zug betrat die Gruppe erwartungsfroh das Gelände der Gartenschau. Das Gelände liegt direkt am Rhein, man blickt auf Schiffe, Weinberge und das Niederwald-Denkmal. Und dann noch alles, was zu einer Gartenschau dazugehört: Blumenrabatte, Skulpturen, gestaltete Gartenanlagen, Ausstellungen, Spielplätze für Kinder und Jugendliche, Ruheoasen, usw. usw. Sie ist sehr schön die Landesgartenschau in Bingen und zur Freude der Veranstalter wird sie auch gut besucht. Auch die Kirchen sind dabei. Direkt am Rhein liegt der Kirchenpavillon und unmittelbar daneben steht ein schöner großer alter Baum, eine Eiche. Einen Garten der Sehnsüchte wurde von der evangelischen Kirche aufgebaut, der katholische Beitrag beschäftigt sich mit den vier Elementen Feuer, Wasser, Luft und Erde. Nach einer Einweisung durch den Vorsitzenden Michael Wilke tauchte die Gruppe der GKS ein in diese bunte Vielfalt, besuchte auch den Kräutergarten der Hildegard von Bingen und traf sich zum Abschluss des Tages am Kirchenpavillon zur Andacht an der großen alten Eiche.

Da die Sonne den ganzen Tag herrlich schien, ließ es sich gut im Schatten des Baumes ausruhen. Dieser Baum verkörpert die Botschaft: Komm, Mensch, setz dich unter diesen Baum. Er bietet dir Schutz und spendet dir Schatten. Ruh dich aus, genieße die Landschaft und freu dich an der Natur, an Gottes guter Schöpfung. Und wenn du wieder zu Hause bist, dann erinnere dich an diesen Baum und an die wunderschöne Landschaft. Und mach Dir klar, dass es deine – dir von Gott zugewiesene Aufgabe ist – die Schönheit der Schöpfung zu erhalten. Und dafür zu sorgen, dass noch viele Generationen nach Dir unter einer solchen Eiche ausruhen können.

Nach dem Abendsegen trat die Gruppe mit vielen Eindrücken die Heimreise ins Ahrtal an. □

Bereich Süd

Fusion der Bereiche Baden-Württemberg und Bayern

In den Bereichen Baden-Württemberg und Bayern wurden durch Versetzungen in den Ruhestand sowie durch Versetzungen im Rahmen der dienstlichen Förderung Neuwahlen erforderlich. Im Verlauf der Arbeitskonferenz II im Dienstaufsichtsbezirk des Leitenden Militärdekans Süd, Msgr. Reinhold Bartmann, fusionierten bei dieser Gelegenheit diese beiden „Großbereiche“ zu einem einzigen Bereich „Süd“. Vom 26. bis 28. Oktober trafen sich die Delegierten beider Bereiche und wählten in Vierzehnteligen ihren neuen, gemeinsamen Vorstand. Dabei wurde auch der langjährige Vorsitzende Bayern, StFw Josef „Sepp“ Wagmann, verabschiedet, der sich in absehbarer Zeit in den Ruhestand begeben wird, sowie sein Stellvertreter OSTFw a.D. Georg Schneeberger, der sich schon im Ruhestand befindet. Die Wahlen brachten folgendes Ergebnis: Als Vorsitzender Süd wurde OSTFw Peter Strauß aus Roth gewählt, ihm zur Seite stehen zwei Stellvertreter für den alten Bereich Bayern, Oberstlt Wolfgang Dargl aus Sonthofen und OSTFw Reinhard Kießner aus München. Aus



v.l.n.r. OSTFw a.D. Schneeberger, StFw Wagmann, Msgr. Bartmann, Oberstlt Dargl, OSTFw Kießner, OSTFw Strauß

dem ehemaligen Bereich Baden-Württemberg wurde der bisherige Stellvertreter StFw a.D. Alfred Bergmann und (neu) HptFw Raphael Sikorski (beide Veitshöchheim) als Stellvertreter gewählt. Als Geschäftsführer im neuen Bereich wurde Hptm a.D. Albert Goll (Sonthofen) bestätigt. Alle Gewählten nahmen die Wahl an und wurden durch Msgr. Bartmann bestätigt.

(Text und Foto: Albert Goll)

Religionsunterricht gehört in die Schule

Die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Andrea Nahles hat vor einer schwindenden Zahl kirchlicher Angebote in der Öffentlichkeit gewarnt. Zugleich plädierte sie am Donnerstagabend in Berlin nachdrücklich für schulischen Religionsunterricht. „Religionsunterricht sollte an öffentlichen Schulen als ordentliches Lehrfach gegeben werden“, sagte die frühere Juso-Bundesvorsitzende.

Ohne die aktuelle Berliner Kontroverse um den Religionsunterricht ausdrücklich zu nennen, fügte sie hinzu, für sie bedeute Wahlfreiheit „echte Wahl“. Der Religionsunterricht sei für Heranwachsende eine Hilfe dabei, zu selbstbewussten Menschen zu werden und nicht falschen Göttern nachzulaufen. Derzeit hat das Fach Religion in der Hauptstadt nur den Rang einer zusätzlichen Arbeitsgemeinschaft. Dagegen läuft bis Ende Januar ein Volksbegehren.

Nahles sagte, ihr tue es „immer noch weh“, wenn Kirchengebäude abgerissen oder umfunktioniert würden. Gleichwohl gehe das Christentum über einen Ort aus Stein hinaus; dafür stehe die Menschwerdung Gottes. Trotzdem brauche es Gotteshäuser. Kirchen böten Raum für Begegnungen, die nicht gleich mit Nützlichkeits-erwägungen verbunden seien. Es gehe um Orte, die Transzendenz und die Fülle des Lebens vermittelten, nicht Zwänge oder Arbeit; Orte, an denen Menschen „zusammenkommen und keine Meetings abhalten“.

Die Politikerin beklagte zugleich einen überzogenen Körperkult. Der Opferkult der alten Welt sei dem Körperkult der Gegenwart gewichen. Körper müssten um jeden Preis perfekt sein. Es sei oft schier nicht zu fassen, was Menschen mit ihrem Körper, „diesem Geschenk Gottes“, anstellen wollten.

Nahles, die katholisch ist, äußerte sich bei einer Reihe „Politikerkanzeln“ einer evangelischen Kirchengemeinde in Berlin-Schöneberg. Ihre Ansprache zum biblischen Bericht von der Vertreibung der Händler aus dem Tempel durch Jesus wurde von knapp 100 Zuhörern mit Applaus aufgenommen.

(KNA)

Buchbesprechung

Im Allgemeinen weiß man von Alfred von Tirpitz nur, dass er der Schöpfer und Motor der deutschen Hochseeflotte war, welche den Deutschen die Sektsteuer brachte und das Verhältnis zu Großbritannien so schädigte, dass das Vereinigte Königreich gegen das Kaiserreich in den Weltkrieg eingegriffen hat.

Dies wird dem Menschen Alfred von Tirpitz (19.03.1849 – 06.03.1930) in keinsten Weise gerecht. Der promovierte Historiker Dr. Franz Uhle-Wettler beschreibt in der zweiten Auflage seines Werkes über den Großadmiral, der immerhin fast 17 Jahre lang Staatssekretär des Reichsmarineamtes war, nicht nur den Menschen, sondern auch den Soldaten und den politischen Offizier Tirpitz, ob er jetzt Politiker sein wollte oder nicht. An der Stelle, an der diese lange Zeit wirkte, war sein Handeln stets ein Ringen mit der Politik (zur Bewilligung der Gelder) und sein Werk hatte natürlich politischen Charakter (Bündnisfähigkeit des Reiches).

Der Autor schildert den jungen Menschen Tirpitz, der in einem gutbürgerlichen Elternhaus aufwuchs, der letztendlich zur Marine ging, um der „Schulmiese“ zu entkommen. Der als Nichttechniker, aber als Pragmatiker die Probleme der Torpedowaffe in verantwortlicher Position ganz wesentlich zu lösen half, diese neuentwickelte Waffe aber sogleich im seekriegsstrategischen Zusammenhang sah und so zunehmend in eine Vordenkerrolle hineinwuchs. Um diesen Lebensabschnitt besser verstehen zu können, lässt der Autor noch einmal kurz Marinegeschichte aufleben. Damit wird der Autor dem Titel gerecht, Alfred von Tirpitz in seiner Zeit zu sehen.

Seine Ausbildung in der Marine, während Preußen in zwei Kriegen zuerst die Deutsche Frage löst und danach das Reich einigt, wird ebenso detailliert geschildert, wie auch die Leistungen der Brüder angesprochen werden. Der heutige Leser vergisst zu schnell, dass in der damaligen Zeit der Krieg ein legitimes Mittel war, seine Staatsinteressen zu verwirklichen und durchzusetzen. Ab 1870 beschäftigt sich Tirpitz (wie ein großer Teil der Deutschen) mit der Frage, ob eine Marine notwendig sei und wie stark sie sein müsse. Hierin zeigt der Autor die Eigenschaft Tirpitz, ein Problem mehrdimensional zu betrachten, um danach ebenso detailliert Stellung zu beziehen. Tirpitz macht früh auf sich aufmerksam und besucht

Alfred von Tirpitz in seiner Zeit

den Admiralstabslehrgang an der neuen Marineakademie.

Sein Aufstieg in der jungen deutschen Marine beginnt mit seiner Verwendung in der Torpedoversuchs- und Prüfungskommission. Von da an werden die Vorgesetzten auf den strebsamen Marineoffizier aufmerksam, der ohne Scheuklappen Probleme anspricht und Lösungen anbietet. Nach 11 Jahren verlässt er diesen Bereich, um in mehreren Verwendungen Truppen- und Führungserfahrung zu sammeln.

Mit seiner Ernennung zum Staatssekretär im Reichsmarineamt war Tirpitz dann auch noch Politiker, war er doch durch die Stellung verantwortlich für die Budgetierung der Marine. Der Autor



beschreibt in diesem Abschnitt ebenfalls das nötige Hintergrundwissen, um die Handlungsweise von Tirpitz besser verstehen zu können. Denn jetzt kommt die Schaffung der deutschen Reichsflotte, die in der Schlacht im Skagerrak mehr als einen Achtungserfolg gegen die damals mächtigste Flotte der Welt erkämpft hat. Ausführlich geht der Autor in die Beschreibung des Wirkens des Staatssekretärs, seine Verantwortlichkeiten, wie er seine Vorlagen auch im Reichstag durchsetzte und wie er stets das Ziel verfolgte, Deutschland eine Flotte zu geben, mit der das Reich ein willkommener Bündnispartner werden könnte. Ebenso wird die Spitzengliederung des Reiches geschildert, die nicht unbedingt zum Gelingen beitragen konnte, war doch der Kaiser frem-

den Einflüssen zugetan und konnte seine Meinung auch mal ändern. In diesem Abschnitt des Buches greift der Autor auf Aufzeichnungen aus dem reichhaltigen schriftlichen Nachlass zurück, um das Ringen um Meinungen und die Mühen des mit Immediatrechts versehenen Staatssekretärs zu schildern.

Auch hier wird der Autor seinem Anspruch gerecht, Alfred von Tirpitz in seiner Zeit zu sehen, indem er gleichfalls seine Gegenspieler (vor allem in England) schildert. Die innerdeutschen Widerstände werden geschildert und welche Maßnahmen Tirpitz ergriffen hat, um seine Vorstellung durchzusetzen. Da sein Arbeitsstil nichts anderes zuließ, als Probleme von allen Seiten zu beleuchten, bevor er seinen Entschluss fasste, war Tirpitz von seinen Vorstellungen durchdrungen und konnte nur durch eine ebenso sachgerechte Argumentation vom Gegenteil überzeugt werden.

So schildert Uhle-Wettler das Ringen im Krieg um die richtigen Entschlüsse bis hin zur Entlassung des unbequemen Staatssekretärs 1916, der in die operative Führung der Marine nicht eingreifen konnte. Zu diesem Zeitpunkt war Tirpitz 67 Jahre alt. Nach dem Krieg versuchte er parteiübergreifend für Deutschland zu wirken, was aber zu der damaligen Zeit nicht möglich war. So verbrachte der Großadmiral seine letzten Jahre in der Deutschnationalen Volkspartei, er trat stets gemäßigt auf, strebte nie nach Parteiämtern, denn Intrigen waren seinem Wesen fremd.

Das Buch ist flüssig geschrieben, ein geschichtlich interessierter Leser wird es nicht nur einmal zur Hand nehmen, da die ausführliche Quellen- und Literaturangabe bemerkenswert ist und zum Zitieren geradezu einlädt. Es beleuchtet ein Kapitel der deutschen Geschichte (und Militärgeschichte), die nach wie vor von Vorurteilen geprägt ist. Dabei wird die Zeitgeschichte nicht auf Deutschland fokussiert, sondern im europäischen Rahmen gesehen, mit dem Anwachsen des amerikanischen Einflusses darüber hinaus. So wird der Autor der geschichtlichen Person und dem Titel des Buches „Alfred von Tirpitz in seiner Zeit“ mehr als gerecht. (BB)

Franz Uhle-Wettler: „Alfred von Tirpitz in seiner Zeit“, Ares Verlag, Graz 2008. 559 S., geb.



Termine für das Laienapostolat in der Kath. Militärseelsorge



2009 Allg. Termine u. Bundesebene

08.01.	Internationaler Soldatengottesdienst im Hohen Dom zu Köln
24.01.	Jahresempfang MGv in Berlin
24.-25.01	KR-Vorst.-Sitzung in Berlin
24.-25.01.	Sitzung EA GKS in Berlin
05.03.	Weltfriedenstag GKS in Bonn
22.-26.04.	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
08.-09.05.	VV ZdK
13.-19.05.	51. Internationale Soldatenwallfahrt, Lourdes
03.-07.06.	Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
20.-24.05	32. Deutscher Evangelischer Kirchentag, Bremen
20.06.	KR-Vorst.-Sitzung in Hamburg
26.-28.06.	gem. Sitzung SA S+F u. InFü in Berlin
13.-19.09.	49. WdB in Hamburg
13.-14.09.	Vorkonferenz,
14.-17.09.	Katholikenrat (KR)
17.-19.09.	BuKonf GKS
19.-23.10.	54. Gesamtkonferenz der kath. Militärseelsorge
21.-25.10.	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
07.11.	KR-Vorst.-Sitzung, Berlin
20.-21.11.	VV ZdK, Bad Godesberg

Bereichs- / Arbeitskonferenzen / Familienwochenenden

KMiLD Kiel / GKS Nord / Küste

13.-15.03.	AK I in Berklum
13.-15.11.	AK II in Salem

KMiLD Erfurt / Hannover / GKS Bereich NS / Ost

Termine lagen bei Redaktionsschluss nicht vor

KMiLD Mainz / GKS Nordrhein-Westfalen

Termine lagen bei Redaktionsschluss nicht vor

KMiLD München / GKS Bayern u. Baden-Württemberg

Termine lagen bei Redaktionsschluss nicht vor

GKS-Sachausschüsse

SA »Innere Führung«

26.-28.10. gem. Sitzung SA S+F in Berlin

SA »Sicherheit und Frieden«

26.-28.10. gem. Sitzung SA InFü in Berlin

Internationaler SA

Termine lagen bei Redaktionsschluss nicht vor

Vorschau 2010

23.01.10	Sitzungen KR-Vorstand, EA-GKS, Jahresempfang MGv in Berlin
16.-17.04.10	VV ZdK, Bad Godesberg
21.-25.04.	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
12.-16.05.10	2. Ökumenischer Kirchentag in München
09.-13.06.10	Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
18.-20.06.	Seminar für Funktionsträger, Mülheim / Ruhr
19.-20.11.10	VV ZdK, Bad Godesberg

Regionale Zuständigkeit

der Katholischen Militärdekanate

KMiLD Kiel: Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Dienststellen im Bereich des Flottenkommandos

KMiLD Mainz: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland

KMiLD München: Bayern, Baden-Württemberg

KMiLD Erfurt: Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Niedersachsen

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK** – Arbeitskonferenz beim Kath. Leitenden Militärdekan im KMiLD ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz der GKS, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivsausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der kath. Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **IThF** – Institut Theologie und Frieden, Hamburg, **KMiLD** – Kath. Militärdekanat, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss »Innere Führung«, **SA S+F** – Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **KR** – Katholikenrat beim Militärbischof, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortlicher Redakteur
Bertram Bastian (BB),
Paul Schulz (PS), Oberstlt a.D., Redakteur,
Klaus Brandt (bt), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Rochusstr. 67, 53123 Bonn,
Tel: 0178-4025613, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Verlag Haus Altenberg GmbH,
Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf.
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 107 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843